

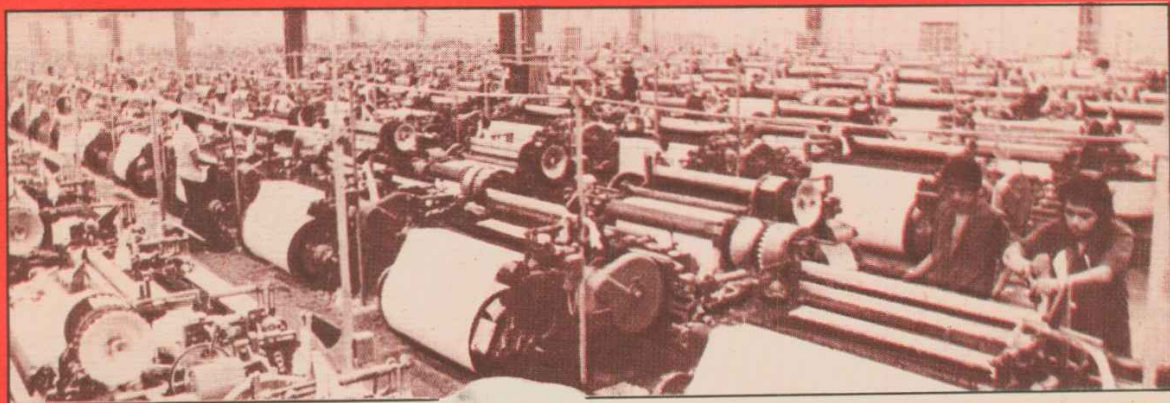
NEUE ZEIT

JUNI 1985

24
auf-
genommen

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK



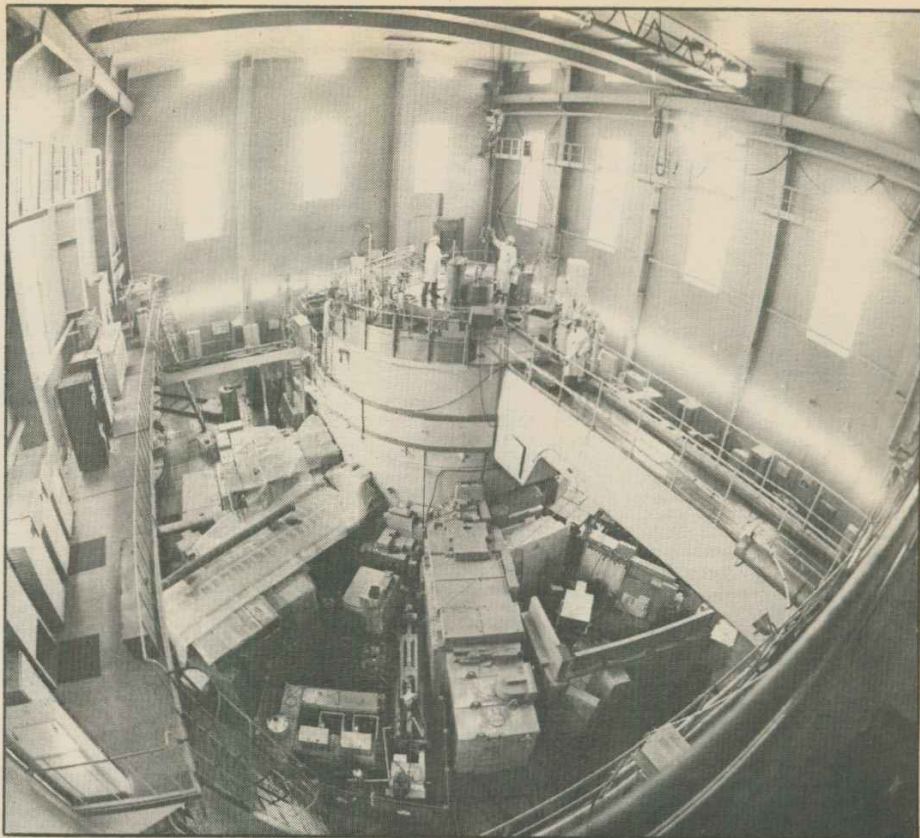
**NIKARAGUA:
SCHUTZ
DER FRIEDLICHEN ARBEIT**



Vor mehr als 30 Jahren wurde in der UdSSR das erste Atomkraftwerk der Welt in Betrieb genommen. Die Leistung des Atomkraftwerkes Obninsk betrug damals 5 MW. Heute gehört die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken mit einer Kapazität von 1 Mio kW zum Alltag.

In der UdSSR erlangt der Aufbau einer bedeutenden, hocheffektiven Atomenergie-wirtschaft besondere Bedeutung. Mit der Lösung dieser Aufgabe befassen sich zahlreiche Forschungsinstitute, u. a. das Institut für Nuklearfor-schungen der AdW der Ukrai-nischen SSR. Hier wird Grund-lagen- und angewandte For-schung im Bereich der Kernphysik, der Atomenergie-wirtschaft und der Festkör-perstrahlungsphysik durchge-führt. Viele dieser Forschungs-vorhaben erfolgen in Zusam-menarbeit mit der Internatio-nalen Atomenergiebehörde.

In den letzten Jahren be-faßten sich die Mitarbeiter des Instituts mit bedeutenden Forschungen zur rapiden Steigerung der Wirtschaftlich-

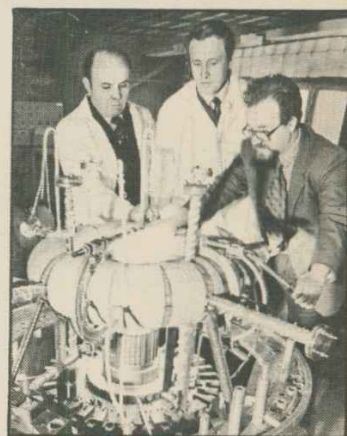


Atomreaktor
des Instituts

Montage
der Totus-Versuchsanlage
zur Erforschung
des heißen
Plasmas

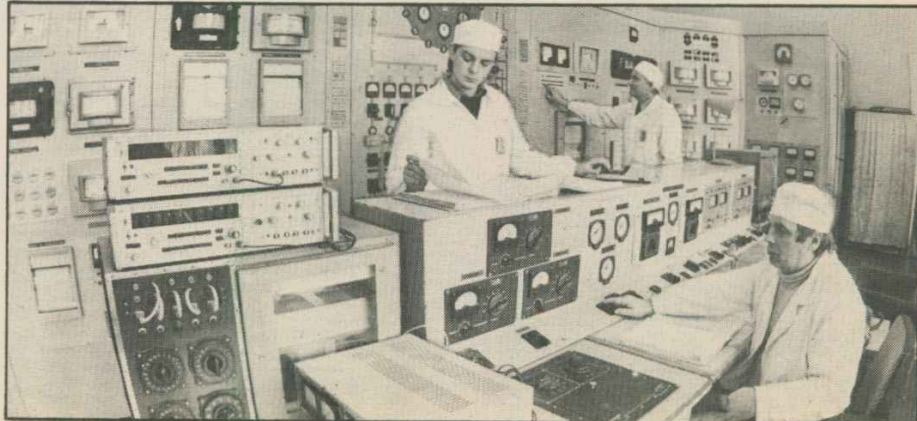


V. Schewel,
Leiter
des Strahlungssicherheits-
dienstes



keit der Atomkraftwerke. Die Entdeckungen werden effek-tiv in der Produktion genutzt — z. B. in den Atomkraft-werken Armjanskaja, Nowo-woroneshskaja, Tscherno-bylskaja, Kolskaja und Ro-wenskaja. Die Überleitung von Entwicklungen des Insti-tuts in die Volkswirtschaft hat bereits seit Beginn des 11. Planjahrhünfts einen wirt-schaftlichen Gesamteffekt von über 20 Mio Rubel erbracht.

Schalt-pult
des Reaktors



WERTVOLLES GUT

Dieser Tage zeigte sich wieder einmal das ganze breite Spektrum der Außenpolitik der UdSSR, unserer Diplomatie. Die Genfer Verhandlungen geben eine klare Vorstellung von der Haltung der Sowjetunion zu den Hauptproblemen der Gegenwart, zu den Fragen von Krieg und Frieden: Die Sowjetunion setzt sich für eine Beendigung des Wettrüstens, vor allem des nuklearen, auf der Erde und dafür ein, daß es nicht auf den Weltraum ausgeweitet wird. Bei dem Besuch Rajiv Gandhis demonstrierte die Sowjetunion ihre feste Unterstützung für den Kampf nicht nur Indiens, sondern auch der anderen Entwicklungsländer für die Konsolidierung ihrer politischen und ökonomischen Selbständigkeit, bei dem Besuch Bettino Craxi — das Streben, die Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern auszubauen, wenn das Vertrauen mit Vertrauen, die Bereitschaft zu ehrlicher Zusammenarbeit mit der gleichen Bereitschaft erwidert wird.

Eines der vornehmsten Ziele in der sowjetischen Außenpolitik ist die Festigung der Einheit und die Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft. Michail Gorbatschow bezeichnete in seiner Rede bei der feierlichen Verabschiedung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Präsidenten der CSSR, Gustav Husak, die Freundschaft der Völker der sozialistischen Länder als unser gemeinsames kostbares Gut. Die Koordinierung der außenpolitischen Aktivitäten half uns, die Klippen des kalten Krieges zu umschiffen, jenen sozialistischen Staaten aber, die mit einer direkten Aggression des US-Imperialismus konfrontiert wurden, standzuhalten und sie abzuwehren. Die Zusammenarbeit bei der Festigung der Verteidigungsfähigkeit, vor allem im Rahmen des Warschauer Vertrages, ist eine zuverlässige Barriere gegen die Kräfte des Krieges. Ob das unsere politischen Gegner wollen oder nicht — sie müssen mit der Existenz der sozialistischen Gemeinschaft, die immer größeren Einfluß auf das Weltgeschehen ausübt, rechnen.

Das wertvolle Gut der Freundschaft unserer Bruderländer nimmt mit den Jahren zu, bringt immer größere Nutzen auch im wirtschaftlichen Bereich. Die Volkswirtschaft der RGW-Länder entwickelt sich schneller als die Wirtschaft der führenden kapitalistischen Staaten. Natürlich läuft nicht alles so glatt wie wir das wollen. Zu Beginn des laufenden Planjahr fünfths hat sich das Wachstumstempo der Volkswirtschaft in den

meisten RGW-Ländern verlangsamt. Doch in den letzten beiden Jahren erreichten wir positive Veränderungen.

Der RGW-Wirtschaftsgipfel vom Juni v. J. führte zu dem Schluß, daß eine weitere Ausweitung der Dimensionen und größere Effektivität der Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Volkswirtschaft notwendig sind. Im Mittelpunkt steht die gemeinsame Arbeit zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Wir verfügen über alles Erforderliche, um in Wissenschaft, Technik und Technologie die Weltspitze zu erreichen. Heute wird in den Bruderländern nach optimalen Lösungen für diese Aufgabe gesucht. Zweiseitige Programme der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit — mit einer Laufzeit von 15 Jahren — werden unterzeichnet. Besonders große Bedeutung messen die RGW-Länder der Ausarbeitung eines Komplexprogramms für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bis zum Jahre 2000 bei. Bedeutende vielseitige Abkommen zur Kooperation der Produktion und zur gemeinsamen Erschließung von Naturressourcen werden vorbereitet.

Die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts — das ist der Weg zur Intensivierung der Wirtschaft, zur Hebung des Volkswohlstandes und zur Vervollkommenung der sozialistischen Gesellschaft. Doch eine solche Wirtschaftsstrategie ermöglicht uns auch, die Positionen des Sozialismus, unsere Unabhängigkeit vom Kapitalismus zu festigen. Wir sehen, wie wichtig das ist. Ist es ja nicht nur so, daß die kapitalistische Wirtschaft mit ihren unausweichlichen zyklischen Krisen und langwierigen Stagnationsphasen negativ das gesamte System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen beeinflusst. Die Feinde des Sozialismus, vor allem die herrschenden Kreise der USA, haben die Hoffnung nicht aufgegeben, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen politisch zu mißbrauchen — mit Handels-, Kredit- und Technologieblockaden gegen die sozialistischen Länder, mit Embargos und Sanktionen.

Doch unser gemeinsamer Kurs auf die Festigung unserer ökonomischen Unabhängigkeit bedeutet keineswegs, daß wir dem friedlichen Handel Hindernisse in den Weg stellen wollten. Bekanntlich haben die höchsten Repräsentanten der RGW-Länder auf ihrem Moskauer Wirtschaftsgipfel v. J. eine Erklärung angenommen, in der sie die Völker der Welt und die Regierungen auf die Notwendigkeit hinwiesen, vordringliche Maßnahmen zur Sicherung einer normalen Entwicklung der internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen zu ergreifen. Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft ihrerseits tun alles, was von ihnen abhängt, für die Festigung des Weltfriedens und den Fortschritt der Menschheit.

● Bitburg und Torgau. Zwei deutsche Städte, heute einem jeden bekannt, dem der 40. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg nicht gleichgültig ist. Beide sind Symbole: Torgau ein Symbol des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus und der Verständigung, die heute leider viel zu wünschen übrig läßt; Bitburg ein Symbol der "Aussöhnung und Zusammenarbeit" mit den damaligen Feinden. Die in Anführungszeichen gesetzten Worte sind die offizielle Devise, unter der die US-Regierung den 40. Jahrestag des großen Sieges begangen hat. Zu allem Überflut hat der US-Präsident Kränze an den Gräbern von Nazis, darunter einem gewissen Otto Franz Bengel, niedergelegt, dem seinerzeit das EK dafür verliehen wurde, daß er 10 amerikanische Soldaten mit eigener Hand ermordete.

In Torgauer Erde ruht Joseph Polowsky. Als ich das erste Mal von ihm hörte, dachte ich mir: Es gibt also auch in den USA Leute, die mit dem wütenden Antikommunismus nicht einverstanden sind, den man ihnen Tag für Tag einzuhaßern sucht. Ebenso wie früher Polowsky legen sie die Hände nicht in den Schoß, sondern kämpfen dafür, daß der Geist von Torgau unvergessen bleibt.

Erstaunlich, aber folgerichtig ist es, daß der einfache Taxifahrer Polowsky aus Chicago verstand, was der US-Präsident nicht begreifen kann. Reagan hat gezeigt, wie er zum 40. Jahrestag des Sieges, zu Joseph Polowsky und zu den Zehntausenden Amerikanern steht, die im zweiten Weltkrieg gefallen sind. Die verabscheuenswürdigste Handlungsweise Reagans hat uns das Siegesfest aber nicht trüben können.

Es ist ein Fest aller, die die Vergangenheit im Sinn haben und an die Zukunft denken.

A. KURGANOW

Kolonna, Gebiet Moskau

● Als die Nazis die Macht ergriffen, war ich 10 Jahre alt. Aber schon damals erlebte ich, daß vor diesen auch ganz harmlose Familien nicht sicher waren. Obwohl meine Eltern, die in Hamburg eine Gastwirtschaft besaßen, unpolitisch waren, wurde bei uns Haussuchung gemacht. Die Nazis suchten Beweise dafür, daß jemand aus der Familie gegen das Hitlerregime sei.

Mein Entschluß, gegen den Faschismus zu kämpfen, reifte in Italien an der Front heran, wohin ich im Februar 1944 als Soldat der Wehrmacht verlegt wurde. Eines Nachts im April kroch ich durch den Drahtverhaue und desertierte. Zu dem entschlossenen Schritt hatte mich alles getrieben, was die Faschisten Millionen Menschen an unsäglichem Leid zufügten.

Heute, nach Jahrzehnten, setze ich mich mit aller Kraft für den Frieden ein, denn es darf nie wieder zu einem Weltkrieg kommen.

Werner MAASSEN

Eisenhüttenstadt, DDR

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 24 JUNI 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), I. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:

R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Wertvolles Gut (Wort des Redakteurs)	1
W. Kusnezow — Fruchtbare Dialoge	5
W. Iwanow — Nützlicher Besuch	6
L. Mironow — UdSSR—ČSSR. Gemeinsam voran	8
J. Girenko — UdSSR—SFRJ. Auf dem Wege der Freundschaft	8
N. Miroshchnik — Griechenland. PASOK bleibt an der Macht	10
L. Michailow — UdSSR—Kanada. „Wir haben viel gemein“	11
A. Ignatow — Frankreich. Zur Schau gefragene „Freiheit“	12
M. Ossokin — „Neuigkeiten“ auf Bestellung (Gegen Desinformation und Verleumdung)	13
S. Petrow — Zypern. Wem nützt die Spaltung?	14
A. Uswatow — Unterstützung für Nikaragua (Kommentar)	15
Notizen ♦ Glossen	16
E. Kowaljow — Wer gehört auf die Anklagebank? (Hinter den Kulissen)	18
V. Andrejew — Indonesien. Djakarta steuert Ausgleichskurs	20
R. Krestjaninow — DDR—UdSSR. Der Weg übers Meer	22
L. Jelissejew — Henker vors Gericht!	23
G. Swetlow — „Militärische Expedition in Sibirien“ (Zeitungsgeschichte)	24
J. Botschkarjow — Süden Afrikas. Erpapt	26
L. Bogdanowitsch — 100 Jahre und mehr (Wissenschaft, Technik, Menschheit)	27
Biographisches: Radovan Vlakovic	29
G. Schurin — Diplomaten in der Ukraine	30
L. Jelin — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Regierung Reagan betreibt Nikaragua gegenüber eine aggressive Politik. Sie hat über dieses Land ein Handels- und Wirtschaftsembargo verhängt, schickt konterrevolutionäre Söldner dagegen vor und droht mit einer bewaffneten Invasion. Das Volk Nikaraguas aber ist fest entschlossen, seine revolutionären Errungenschaften zu verteidigen. In diesem Kampf hat es starken internationalen Rückhalt.

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-62, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.



Am 31. Mai traf Michail Gorbatschow mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsidenten der CSSR, Gustav Husak, zusammen, der am 30. Mai zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau eingetroffen war. Mit Genugtuung wurde der hohe Stand der Zusammenarbeit zwischen beiden Bruderparteien, der intensive Charakter der sowjetisch-tschechoslowakischen Verbindungen auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene konstatiert. Das beiderseitige Streben nach weiterer Entwicklung der Bündnisbeziehungen zwischen beiden Ländern, nach Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und der Tschechoslowakei wurde bekundet. Am 31. Mai unterzeichneten Michail Gorbatschow und Gustav Husak ein Programm der langfristigen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der CSSR für den Zeitraum bis zum Jahre 2000. Gustav Husak nahm an der feierlichen Eröffnung der nationalen Ausstellung "Tschechoslowakei 1985" teil. Am 31. Mai reiste Gustav Husak in die Heimat zurück (S. 8). Unser Bild: Während der Begegnung Michail Gorbatschows mit Gustav Husak

Foto: S. Smirnow und A. Steschanow

Das Politbüro des ZK der KPdSU erörterte auf seiner Sitzung am 30. Mai die Ergebnisse des Gesprächs von Michail Gorbatschow mit dem SPD- und SI-Vorsitzenden Willy Brandt. Dieses Gespräch zeigte die Gemeinsamkeit der Positionen der KPdSU und der SPD zu solchen Grundproblemen der heutigen Lage wie der Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums und die Notwendigkeit, einen realen Fortschritt bei den Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA bei Beachtung des Prinzips zu erreichen, daß die Probleme der Weltraum- und der Nuklearwaffen im gegenseitigen Zusammenhang zu behandeln sind. Ähnlich oder identisch sind die Positionen beider Parteien zur Gewährleistung zuverlässiger Sicherheit in Europa, bezüglich einer Rückkehr zur Entspannung und zur Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Ländern dieses Kontinents, einschließlich der UdSSR und der BRD. Das Politbüro betonte, daß in der heutigen angespannten und gefährlichen Weltlage, da die Ausweitung und Aktivierung der

Zusammenarbeit aller Kräfte, die aufrichtiges Interesse an der Bewahrung und Festigung des Friedens zeigen, notwendig ist, die Fortführung und Entwicklung der Kontakte der KPdSU zur SI, zu den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, insbesondere zur SPD, wesentliche Bedeutung für die Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit der Völker erlangen.

Das Politbüro nahm einen Bericht über die Gespräche der sowjetischen Führung mit dem Vorsitzenden des Ministerrates Italiens, Bettino Craxi, der der UdSSR einen Besuch abstattete, entgegen. Hierbei wurde die zügige Entwicklung der sowjetisch-italienischen Beziehungen in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur sowie der politischen Konsultationen und des Meinungsaustausches über aktuelle Fragen der europäischen und der Weltpolitik betont. Die Gespräche bestätigten, daß die UdSSR und Italien trotz unterschiedlicher Positionen zu einer Reihe bedeutender internationaler Fragen die Möglichkeit und den Wunsch haben, Berührungspunkte bei so lebenswichtigen

Problemen zu finden wie der Beendigung des Wettrüstens, der Senkung des militärischen Konfrontationsstandes, besonders in Europa, der Wiederbelebung der Entspannung und der Entwicklung einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Staaten.

Am 29. Mai führte Michail Gorbatschow im Kreml Gespräche mit dem Vorsitzenden des Ministerrates Italiens, Bettino Craxi. An ihnen nahmen Nikolai Tichonow und Andrej Gromyko, italienischerseits Außenminister Giulio Andreotti teil. Im Mittelpunkt des eingehenden Meinungsaustausches standen internationale Kernprobleme und Fragen der weiteren Entwicklung der sowjetisch-italienischen Beziehungen. Bettino Craxi überbrachte Michail Gorbatschow die Einladung zu einem Italien-Besuch, die dankend angenommen wurde. Am 30. Mai reiste Bettino Craxi aus der Sowjetunion ab (S. 5).

Am 28. Mai konferierte Andrej Gromyko im Kreml mit T. Aziz, Mitglied des Kommandorates der Revolution, stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Republik Irak. Dabei ging es um die bilateralen sowjetisch-irakischen Beziehungen sowie einige andere Fragen von beiderseitigem Interesse.

Vom 27. Mai bis zum 1. Juni hielt sich eine Delegation von Parteiarbeitern der Rumänischen KP unter dem Mitglied des Politischen Exekutivsausschusses des ZK der RKP, dem Vorsitzenden des Zentralen Parteikollegiums, Min Dobrescu, in der UdSSR auf. Im ZK der KP Georgiens fand ein Gespräch mit Eduard Schewardnadse statt. Die Delegation wurde von Michail Solomenzew empfangen.

Am 28. Mai führten Boris Ponomarew und Wadim Sagladin, Mitglied des ZK der KPdSU, Erster Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, ein Gespräch mit Willy Brandt, mit den Mitgliedern der SPD-Präsidiums, Egon Bahr und Hans Koschnick, dem Mitglied des SPD-Vorstandes, Björn Engholm, und dem Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag, Dietrich Stobbe (S. 5-7).

Am 31. Mai empfingen Boris Ponomarew und Wadim Sagladin eine Delegation der DKP unter dem Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des DKP-Parteivorstandes, Kurt Fritsch. Im Namen der Führung der DKP, aller Kommunisten der BRD bekundete Kurt Fritsch volles Verständnis und Unterstützung für die Politik der KPdSU.

Wassili Kusnezow empfing am 30. Mai im Kreml den Prinz von Nepal, Gyanendra Bir Bikram Shah, der zu einem kurzen inoffiziellen Besuch in Moskau weilte.

Alle Teilnehmerländer des Warschauer Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe übergaben der Regierung der VR Polen die Ratifikationsurkunden des Protokolls über die Vertrag wurde so um 20 Jahre verlängert. Infolgedessen trat das am 26. April d. J. in Warschau unterzeichnete Protokoll am 31. Mai 1985 in Kraft. Der Warschauer Vertrag wurde so um 20 Jahre verlängert, mit der Möglichkeit einer anschließenden Verlängerung um weitere 10 Jahre.

Am 29. Mai führte Vitali Worotnikow, der sich in Kanada zu einem Freundschaftsbesuch aufhielt, Gespräche mit Charles Mayer, dem für die kanadische Weizenbehörde verantwortlichen Staatsminister, David Crombie, dem Minister für Indienfragen und Entwicklung des Nordens, mit Mitgliedern des Senatsausschusses für Äußeres und des ständigen Ausschusses des Unterhauses für Äußeres und nationale Verteidigung. Vitali Worotnikow traf ferner mit dem Generalsekretär der KP Kanadas, William Kashtan, zusammen. Am 2. Juni kehrte Vitali Worotnikow nach Moskau zurück (S. 11).

Auf dem Territorium der CSSR ging eine gemeinsame Übung der Zentralen Gruppe der Sowjetarmee und der Tschechoslowakischen Volksarmee zu Ende, an der Einheiten und Truppenteile der Land- und Luftstreitkräfte, insgesamt ca. 25 000 Mann, teilnahmen.

Am 30. Mai begann in Genf die zweite Runde der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen.

Wissenschaftler mahnen

Vor zwei Jahren gründete eine Gruppe sowjetischer Wissenschaftler, über die gewachsene Gefahr des Ausbruchs eines nuklearen Brandes alarmiert, das Komitee der sowjetischen Wissenschaftler zum Schutz der Welt gegen die Gefahr eines Nuklearkrieges. Die Komiteemitglieder forderten damals alle ihre Kollegen auf, Forschungen über globale Folgen eines nuklearen Konfliktes anzustellen, die Öffentlichkeit über seine Unumkehrbarkeit für die Geschichte der Menschheit aufzuklären und einen Dialog der Wissenschaftler aller Länder über Fragen der Abrüstung zu beginnen.

Auf einer am 31. Mai im Pressezentrum des sowjetischen Außenministeriums abgehaltenen Pressekonferenz berichtete der Komiteevorsitzende, Vizepräsident der AdW der UdSSR, Akademiemitglied Jewgeni Welichow über die Bemühungen seiner Mitglieder und Experten, zur Begrenzung des Waffentests, vor allem des nuklearen, und zur Verhinderung seiner qualitativ neuen, kosmischen Runde beizutragen. Journalisten gegenüber betonten Komiteemitglieder, daß die Weltraumpläne der US-Regierung letztendlich auf die Schaffung eines Erstschlagspotentials gerichtet sind, demonstrierten die Unhaltbarkeit der Idee eines "undurchdringlichen kosmischen Schildes" und ihre destabilisierende Wirkung auf das bestehende strategische Gleichgewicht der Seiten, auf den gesamten Komplex der internationalen Beziehungen.

Die Kämpfe dauern an

Die Situation in Beirut ist noch immer gespannt. Die blutigen Kämpfe zwischen Palästinensern und den schiitischen Amal-Milizen haben schon über 3500 Tote und Verwundete gefordert.

Ende Mai fanden in Damaskus Gespräche zwischen dem libanesischen Präsidenten Gemayel und dem syrischen Präsidenten Hafez Assad statt. Sie betrafen die Lage in Libanon und Maßnahmen zur Einstellung der blutigen Auseinandersetzung. In einem Interview für die Presse teilte Präsident Gemayel mit, es sei nicht ausgeschlossen, daß gemeinsame For-

mationen syrischer und libanesischer Truppen aufgestellt werden, um Maßnahmen im Rahmen des "Sicherheitsplans" zu treffen.

Am 1. Juni gaben die Amal-Trupps, die das palästinensische Lager Sabra besetzten, die einseitige Feuereinstellung bekannt. Amal-Führer Nabih Berri erklärte, die Amal habe das "auf Forderung des syrischen Präsidenten" getan. Doch wurde keine endgültige Regelung erzielt, und bald setzte das Feuer wieder ein. Die Situation in Libanon wurde auf einer Dringlichkeitssitzung des UNO-Sicherheitsrates erörtert. In der daraufhin angenommenen Resolution werden alle Seiten aufgefordert, die Gewaltakte gegenüber der Zivilbevölkerung einzustellen und den Opfern die notwendige humane Hilfe zu erweisen.

Das Drama im Stadion

Das, was sich am 29. Mai auf dem Brüsseler Stadion vor einem Fußballspiel um den Europameister-Pokal abspielte, bewegt die Öffentlichkeit noch immer. Bekanntlich überfielen alkoholisierte britische Fans des FC Liverpool die Anhänger des italienischen FC Juventus. Sie warfen mit Flaschen und Steinen und schließlich mit Stahlrohren auf Menschen. Unter dem Gewicht der Zuschauer, die sich vor den Angreifern flüchteten, brach eine Betonmauer zusammen und begrub mehrere Personen. Insgesamt sind über 40 Menschen umgekommen, weitere 350 trugen Verletzungen davon.

Die an diesen Begebenheiten Schuldigen hätten, sagte Margaret Thatcher, ihr Land mit Schmach und Schande bedeckt. Sie billigte den Entscheid der Football Association Großbritanniens, die den britischen Fußballklubs die Teilnahme an den UEFA-Spielen der nächsten Saison verboten hat. Durch einen UEFA-Beschluß sind die britischen Fußballklubs von den Europa-Cupspielen für unbestimmte Zeit ausgeschlossen worden.

Schuldig am blutigen Drama waren laut BBC britische Neonazis aus der "Nationalen Front". Bekanntlich spekulieren die Neofaschisten auf die durch die besonders unter Jugendlichen zunehmende Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Gefühle der Ausweglosigkeit.

FRUCHTBARE DIALOGE

Willy Brandt und Bettino Craxi in Moskau

Ende Mai war von denkwürdigen Ereignissen in der europäischen und der Weltpolitik gekennzeichnet. Michail Gorbatschow führte in Moskau Gespräche mit dem Vorsitzenden der SPD und der Sozialistischen Internationale (SI), Willy Brandt. Es folgten die Gespräche der sowjetischen Führung mit dem Vorsitzenden des Ministerrates Italiens, Bettino Craxi.

Diese politischen Kontakte und Konsultationen fanden großes Interesse und breite Billigung in der BRD, Italien, anderen Ländern Europas, ja weltweit. Die Begegnungen mit den bedeutenden Politikern der BRD und Italiens wurden vom Politbüro des ZK der KPdSU hoch eingeschätzt, das die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Erweiterung und Aktivierung des Zusammenwirkens aller Kräfte, die nach Bewahrung und Festigung des Friedens streben, in der heutigen angespannten, gefährlichen Weltlage befürwortete. Solche Kontakte erlauben es trotz der ideologischen und anderen Differenzen, Berührungspunkte in den lebenswichtigen Fragen der Beendigung des Wettrüstens, der Rückkehr zur Entspannung sowie der Entwicklung eines produktiven politischen Dialogs und der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Staaten beider Systeme zu finden.

Die Gesprächspartner in Moskau beschränkten sich nicht auf einen allgemeinen Überblick der europäischen und internationalen Situation. Der Meinungsaustausch wurde zugleich auch zur gemeinsamen Suche nach Wegen, die zu einem Abbau der jetzigen gefährlichen Spannungen führen könnten. Eine ganze Reihe konstruktiver Ideen wurde vorgebracht, die die Möglichkeit einer Wende zum Besseren in den heutigen internationalen Beziehungen herbeiführen würden.

Die Moskauer Dialoge fanden am Vorabend der Eröffnung der zweiten Runde der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf statt. Ihrer Problematik widmeten die Gesprächspartner natürlich besondere Aufmerksamkeit. Man wollte um die **Genfer Verhandlungen eine solche Atmosphäre schaffen, die Fortschritte zu den zwischen beiden Seiten abgestimmten Zielen weitmöglichst gewährleisten würde.**

Eben eine solche Atmosphäre wird von der Sowjetunion geschaffen. Die elementare Logik sagt, daß der Rüstungswettkampf erst einmal gestoppt werden muß. Das ist die Auffassung der UdSSR. Gespräche über den Abbau der Waffen können dann nicht sinnvoll sein, wenn in Wirklichkeit immer mehr Waffen produziert werden, meint auch Willy Brandt.

Die UdSSR hat den USA vorgeschlagen,

für die Verhandlungsdauer jegliche Tätigkeit zur Entwicklung kosmischer Angriffswaffen einzustellen und die Nuklearraketenarsenale einzufrieren. Dann könnte man zu tiefgreifenden, radikalen Reduzierungen der beiden anderen Waffenkategorien — der strategischen und der Mittelstreckenwaffen — übergehen. Die Sowjetunion ließ es nicht bei dem Aufruf bewenden — sie hat ein einseitiges Moratorium für die Aufstellung ihrer Mittelstreckenraketen verkündet und die anderen Gegenmaßnahmen in Europa gestoppt.

Und die USA? Sie antworten mit der Verteilung von Aufträgen zur Waffenherstellung für das "Sternenkriegs"-Programm. Damit, daß sie zur praktischen Erprobung von Elementen dieses Systems übergehen, daß sie das Programm für den Bau der interkontinentalen MX-Erstschlagsraketen im Kongreß durchpeitschen. Gerade erst fand der Stapellauf eines mit 24 strategischen Raketen bestückten Trident-U-Bootes statt. Sie antworten mit der weiteren Aufstellung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa. Zur gleichen Zeit, wie die amerikanischen Delegierten in Genf versichern, die Welt habe in Gestalt des Weißen Hauses den leidenschaftlichsten Verfechter der Vernichtung aller Nuklearwaffen, gedenkt man jenseits des Atlantik dem Nachrichtenmagazin "Newsweek" zufolge die "Gunst der Stunde zu nutzen", um das gesamte System der Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen zu zerstören.

Selbst manche Kongreßabgeordnete, die es weiß Gott gewohnt sind, den militaristischen Heißhunger der Administration zu stillen, haben ein ungutes Gefühl beim Anblick dieser Heuchelei des Weißen Hauses und versuchen, es halbwegs zur Raison zu bringen, indem sie kleine Streichungen an den beantragten Geldern für Rüstungsprogramme vornehmen. Doch jene, die nach militärischer Überlegenheit greifen, wollen von Raison nichts wissen. Als "Bande von Liliputs, die der Exekutive die Hände binden wollen", beschimpfte der Ober-"Abrüster" Kenneth Adelman, Direktor der Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, den US-Kongreß. Kann sich der Präsident selbst ja nicht genug am Pentagon-Gulliver ergötzen, der seine Muskeln spielen läßt...

Und die Genfer Verhandlungen, die prinzipielle Vereinbarung, gemeinsam mit der UdSSR die Beendigung des Wettrüstens auf der Erde und dessen Nichtausweitung auf den Weltraum anzustreben? Ein kleines, doch bezeichnendes Detail: Im Schlußkommunique der Mai-Tagung des NATO-Ausschusses für Ver-

teidigungsplanung erinnerte man sich erst in Punkt 11 (unter 13 Punkten) an die "Möglichkeiten, die die Verhandlungen in Genf eröffnen". Kennt man ja in der NATO nur zu gut die Stimmungen und Prioritäten im Weißen Haus — und entsprechend plant man alles andere als eine Begrenzung der Rüstungen.

"Früher waren wir geneigt", formuliert US-Außenminister Shultz die heutige Haltung der USA zur Rüstungskontrolle, "mal unsere Macht zu verstärken, mal Verhandlungen zu führen. Doch das muß parallel geschehen." Die Hochrüstung wird gründlich, auf lange Sicht betrieben. Was hingegen die Verhandlungen angeht, so legt das gesamte Verhalten der US-Administration die Frage nahe, ob diese "Parallelität" nicht darin besteht, daß man auf Zeitgewinn spielt, um die strategische Macht weiter auszubauen, um eine neue Waffenkategorie zu schaffen — kosmische Angriffswaffen, ein Potential für "Sternenkriege". Und wird nicht dadurch der von den USA praktizierte Stil bei den Genfer Verhandlungen bestimmt? Überall, auch in den USA, sind kritische Stimmen zu diesem destruktiven Kurs zu hören. So soll Washington bewegt werden, ihn zu korrigieren, um eine beiderseitig annehmbare Vereinbarung zu erreichen, die nicht nur beiden Ländern, sondern allen Staaten nützen würde. Doch es gibt auch andere Stimmen. So tönt BRD-Kanzler Helmut Kohl: Je geschlossener die NATO die amerikanische Verhandlungsführung unterstützen werde, desto größer seien die Erfolgsaussichten in Genf.

Die Erfolgchancen für Genf liegen woanders. Bettino Craxi erinnerte an die Notwendigkeit, die sowjetisch-amerikanische Vereinbarung vom 8. Januar d. J., Geist und Buchstaben des Vertrages über die Raketenabwehrsysteme und ein ungefähres Kräftegleichgewicht zu beachten. Der italienische Premier sagte: "Verhandlungen sind immer schwer, nichtsdestoweniger aber würde ein wiederholtes Scheitern der Verhandlungen eine ungleich kompliziertere Lage schaffen." Eine Warnung zur rechten Zeit.

Einen besonderen Platz bei den Moskauer Gesprächen nahm die Frage ein, **wie der Weltraum sein wird — frei von Waffen oder militarisiert.** Das ist ohne jegliche Übertreibung auch die Frage, ob es eine reale Abrüstung, ob es Frieden geben wird oder nicht.

Bei den sowjetisch-italienischen Gesprächen erkannten beide Seiten an, daß die Verringerung der Kriegsgefahr weitgehend davon abhängt, ob es gelingt, konkrete Vereinbarungen über die Nichtausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum und seine Einstellung auf der Erde zu erreichen. Willy Brandt bekräf-

tigte die prinzipielle Ablehnung seiner Partei gegenüber jeder Militarisierung des Weltraums. Die gleiche Haltung nahmen auch die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien europäischer Länder ein, deren Vertreter Ende Mai in Paris zusammenkamen.

Das Weiße Haus hat seine eigenen Vorstellungen von der Politik: der amerikanischen — oder — proamerikanischen — Kurs der totalen Hochrüstung.

Die Haltung zu Reagans Weltraumprojekt wird zur Nagelprobe auf die wahre Haltung von Regierungen, Parlamenten und Parteien zu Frieden und Abrüstung. "Jeder, der die Lage unvoreingenommen einzuschätzen vermag und aufrichtig die Bewahrung des Friedens wünscht, muß gegen 'Sternenkriege' sein", erklärte Michail Gorbatschow. Wie berechtigt diese Feststellung ist, wird jeden Tag aufs neue deutlich — durch die Massenproteste wie durch die Erklärungen namhafter Politiker, Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Westeuropa wird — nach der provokatorischen Stationierung neuer nuklearer Erstschlagswaffen an der Nahtstelle der beiden Gesellschaftssysteme — in ein weiteres Abenteuer hineingezogen. Wer für die "Strategische Verteidigungsinitiative" ist, der ist für die Zerstörung der strategischen Stabilität, für das Abgleiten in ein nukleares Inferno.

Die historische Aufgabe — das Wettrüsten auf der Erde endgültig zu beenden und es im Weltraum zu vermeiden — kann nur auf dem Weg der militärischen Entspannung, des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens gelöst werden, wenn man sich von dem Feindbild "potentieller Gegner" trennt. In der Meldung über Michail Gorbatschows Gespräch mit Willy Brandt hieß es: Die UdSSR und die BRD können **Partner in Sicherheitsfragen** (unterstrichen — die Red.) sein trotz allem, was sie wegen ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Bündnissen trennt. Solche Partner können zweifelsohne die UdSSR und die anderen NATO-Länder, auch die USA werden.

Ist es nicht eine Illusion, die Frage so zu stellen, während sich die Welt in Konfrontation gegenübersteht? Nein, keineswegs. Gibt es ja einen historischen Präzedenzfall, der sich voll und ganz bewährt hat — die Antihitlerkoalition von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und Ideologien. In dieser Koalition, im militärischen Zusammenwirken gegen den Faschismus und in der Zusammenarbeit wurde die von der Sowjetunion seit ihrem Bestehen propagierte Idee einer kollektiven Sicherheit, einer Partnerschaft bei der Sicherung des Friedens verwirklicht und erfolgreich erprobt.

"Die höchste Verantwortung", meint Willy Brandt, "ist die Verantwortung für den Frieden. Ich meine, wir haben einander verstanden, als wir uns, ungeachtet der Differenzen in anderen Bereichen, in diesem Kampf für das Leben als Verbündete erkannten. Oder um es in

der Sprache der Diplomaten zu sagen: In Sicherheitsfragen sind wir Partner, obgleich jeder von uns seinen Platz im Rahmen seines Bündnisses kennt und unterschiedliche Verantwortung in unseren verschiedenen Bündnissen trägt." Der SPD-Vorsitzende denkt nicht an einen Austritt aus der NATO, an ein "Abrücken von den USA" oder ein Überwechseln in den "sowjetischen Einflußbereich", wie ihm das manche Kritiker in der BRD und den USA unterstellen, deren Präsident sich während seines Bonn-Besuchs weigerte, mit Willy Brandt zusammenzutreffen.

Wer über den Stand der Beziehungen innerhalb der NATO, auf beiden Seiten des Atlantik, besorgt ist, sieht die Gefahr nicht dort, wo sie tatsächlich besteht. Er sollte auf das hören, was ein so erfahrener Politiker wie Österreichs Ex-Kanzler Bruno Kreisky sagt: "Meiner Meinung nach liegt die Hauptgefahr in der ideologisch ausgerichteten Außenpolitik des Reaganismus. Sie fördert nicht nur die Spaltung zwischen Ost und West, sondern trägt in sich auch die Gefahr einer Spaltung zwischen Amerika und den Europäern, die über Reagans Politik stark beunruhigt sind." Was aber die UdSSR angeht, der man gleichfalls die Schuld für die Spaltung in der NATO zuschieben sucht, so bestätigte Willy Brandt, sich an seine Kanzlerschaft erinnernd, die Sowjetunion habe nie versucht, die Loyalität der Bundesrepublik zum Bündnis in Frage zu stellen oder sie gegen die USA auszuspielen.

Über den SPD-Vorsitzenden fielen jene her, die die Bündnisfragen auf das primitivste vereinfachen: Die USA seien der Freund, die UdSSR der Feind. Jene,

die noch nicht das Verständnis dafür erlangt haben oder es nicht erlangen wollen, daß Ost und West dringend die derzeitige Konfrontation überwinden und den Weg der Partnerschaft im entscheidenden Bereich ihrer gegenseitigen Beziehungen, dem Sicherheitsbereich, einschlagen müssen und, auch wenn die Staaten im Warschauer Vertrag oder in der NATO verbleiben, nichtsdestoweniger die akute militärische Konfrontation abbauen und an die Schaffung militärischer Entspannung gehen können.

Der SPD-Vorsitzende warf eine Frage auf, auf die viele eine Antwort nicht nur in der BRD, sondern überhaupt im Westen suchen. Ob sich die Bundesrepublik auf die Rolle des wichtigsten Partners der USA beschränken oder aber ihre Beziehungen zu den östlichen Ländern ausbauen solle? — sinnt der Kommentator Herbert Straeten in der "Neuen Ruhr-Zeitung" nach. Und das Organ der DKP, "Unsere Zeit", fragt, ob die BRD Verbündete für den Untergang im nächsten Weltkrieg sucht oder aber Verbündete für die nächsten 40 Friedensjahre.

Eben die Nachkriegsordnung im Geist der Beschlüsse von Jalta, Potsdam und Helsinki gab Europa 40 Jahre Frieden. Davon ausgehend, sprachen sich die Teilnehmer der Gespräche in Moskau für **eine konstruktive Fortführung des Prozesses der Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa aus.**

Entspannung, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit wurden zu Symbolen der 70er Jahre. Zu Symbolen, die der Zukunft zugewandt sind. Die Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts — des wohl fruchtbarsten in den Ost-West-Beziehun-

NÜTZLICHER BESUCH

Die letzten Jahre waren durch eine bedeutende Entwicklung der Kontakte zwischen der KPdSU sowie einer Reihe sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien gekennzeichnet. Die KPdSU läßt sich bei diesen Kontakten von der Feststellung des XXVI. Parteitages leiten, daß die Sozialdemokratie ein bedeutendes politisches Gewicht besitzt und mehr leisten könnte, "um den Frieden zu festigen, die internationale Lage zu gesunden, dem Faschismus und Rassismus, der Offensive der Reaktion auf die politischen Rechte der Werktätigen eine Abfuhr zu erteilen". Die KPdSU unterstützt aktiv alle Schritte für Frieden und Demokratie, darunter die der Sozialistischen Internationale (SI), ihre Aktionen zur Beendigung des Wettrüstens und der Konfrontation.

Eben von diesen Positionen aus ging

die sowjetische Seite auch an den Besuch des SPD- und SI-Vorsitzenden Willy Brandt vom 26. bis 29. Mai 1985 heran.

Willy Brandt und seine Begleitung wurden am 27. Mai vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, empfangen. Bei der Begegnung wurde ein weiterer Kreis von Fragen der Weltlage erörtert, fand ein Meinungsaustausch über viele Probleme von vorrangiger Bedeutung für die Festigung von Frieden und Sicherheit, die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen West und Ost statt.

Die Begegnung mit Michail Gorbatschow zeigte die Gemeinsamkeit der Positionen der KPdSU und der SPD in so grundlegenden Fragen der heutigen Lage wie der Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums und der Notwendigkeit eines realen Fortschritts bei den Genfer Verhandlungen zwischen der

gen — die Erfahrungen der Anknüpfung des politischen Dialogs und des Zusammenwirkens, der großangelegten ökonomischen und anderen Zusammenarbeit, der Suche nach Wegen für einen Übergang zur militärischen Entspannung sind für die Fortführung des Begonnenen unersetzbar. Diese Erfahrungen sind von den Gegnern einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit nicht durchkreuzt. Sie bringen Früchte.

Überdies meint die Sowjetunion, daß Europa den Höhepunkt der Entspannung nicht überschritten hat, daß er nicht hinter uns liegt, sondern vor uns, am Horizont. Die sowjetische Führung, die sich aller Schwierigkeiten der jetzigen Entwicklung bewußt ist, sieht nichtsdestoweniger Möglichkeiten, noch weiter, zu einem zuverlässigen System der internationalen Rechtsordnung und der Sicherheit, voranzuschreiten. Im Zeichen der Wiederbelebung und Vertiefung der Entspannung könnte das Treffen in Helsinki anläßlich des 10. Jahrestages der KSZE-Schlußakte begangen werden.

Wie kann der Anbruch einer neuen Phase der Entspannung und der konstruktiven Politik in den Ost-West-Beziehungen gesichert werden? In der Sowjetunion ist man davon überzeugt, daß dies nicht ohne großangelegte Maßnahmen der militärischen Entspannung möglich ist. Der aussichtsreichste und zuverlässigste Weg zu einer spürbaren Festigung der europäischen Sicherheit ist die vollständige Befreiung des Kontinents von den Nuklearwaffen sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischer Bestimmung sowie von den chemischen Waffen. Die UdSSR ist zu einer solchen radikalen Lösung bereit. Doch sie muß damit rechnen, daß weitaus nicht alle derart

entschiedene Maßnahmen wollen. Deshalb werden verschiedene Varianten **etappenweiser** Fortschritte angeboten.

Was sind das für Varianten? Ein Verzicht der NATO-Staaten — nach dem Vorbild der Sowjetunion, die diese Verpflichtung bereits vor drei Jahren einging — auf Ersteininsatz von Nuklearwaffen. Der Abschluß eines Vertrages über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung von Beziehungen des Friedens zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO, zwischen allen KSZE-Staaten. Ein Abkommen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO über eine Kürzung der Militärausgaben. Eine Vereinbarung auf der Stockholmer Konferenz über bedeutende Maßnahmen politischer Art und konkrete vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich. Die Unterzeichnung eines konkreten Abkommens bei den Wiener Verhandlungen über den beiderseitigen Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa, die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen Europas — in Nordeuropa (Finnlands Vorschlag) und in Mitteleuropa (Schwedens Vorschlag für eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone), die Bildung einer C-Waffen-freien Zone in Mitteleuropa.

Die Frage nach Herstellung beiderseits vorteilhafter Beziehungen zwischen den beiden größten europäischen Wirtschaftsorganisationen, dem RGW und der EG, ist auch akut geworden. Seinerzeit schlugen die RGW-Länder den EG-Mitgliedern vor, Kontakte aufzunehmen, und legten den Entwurf eines Kooperations-

abkommens vor. Doch aus verschiedenen Gründen — nicht durch Schuld der sozialistischen Länder — blieb diese Initiative unbeantwortet. Ein seit langem erwarteter Fortschritt zur Anbahnung der Zusammenarbeit wäre nützlich zur Verbesserung der Gesamtatmosphäre in Europa. Die EG tritt auch als "politische Einheit" auf. In diesem Zusammenhang verwies Michail Gorbatschow auf die Bereitschaft der UdSSR, mit dieser Organisation eine gemeinsame Sprache auch in konkreten internationalen Fragen zu finden.

Die Suche nach Einverständnis, nach Wegen zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, nach Mitteln und Wegen, um die Instabilität der internationalen Lage zu überwinden und die Kriegsgefahr abzuwenden, — so lassen sich Wesen und Sinn der Moskauer Gespräche charakterisieren. Dieser Kurs — und nur er — vermag Europa, die gesamte Weltgemeinschaft aus der Konfrontation, der militärischen und vor allem der nuklearen, herauszuführen.

Michail Gorbatschow erklärte kürzlich gegenüber dem indischen Volk, daß die Sowjetunion die Welt nie nur durch das Prisma der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen betrachtet habe. Diese Worte erreichten, wie das große Echo zeigt, auch die Europäer, wurden als Zeugnis ihrer großen Rolle nicht nur in der europäischen, sondern auch in der Weltpolitik verstanden. Die Gespräche der sowjetischen Führung mit Partei- und Staatsrepräsentanten aus der BRD und Italien haben gezeigt, wie hoch das politische Gewicht Europas in der UdSSR eingeschätzt wird, welche Bedeutung der europäischen Richtung der sowjetischen Außenpolitik beigemessen wird.

W. KUSNEZOW

UdSSR und den USA unter Beachtung des Prinzips, daß die Probleme der Weltraum- und der Nuklearwaffen im gegenseitigen Zusammenhang zu behandeln sind. Dabei wurde konstatiert, daß die Positionen beider Parteien zur Gewährleistung zuverlässiger Sicherheit in Europa, bezüglich einer Rückkehr zur Entspannung und zur Entwicklung normaler gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den Ländern dieses Kontinents, einschließlich der UdSSR und der BRD, ähnlich oder identisch sind.

Die Willy Brandt begleitenden Politiker hatten Begegnungen und Gespräche mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Alexej Antonow, dem ersten Stellvertreter des Verteidigungsministers, Marschall der Sowjetunion Sergej Achromjew, Vorsitzenden des Staatlichen Komitees der UdSSR für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle, Juri Israel, besuchten das Kulturministerium der UdSSR, das Ministe-

rium für die Hochseeflotte der UdSSR, das Institut für die USA und Kanada der AdW der UdSSR und den Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland.

Im Pressezentrum des UdSSR-Außenministeriums gab Willy Brandt eine Pressekonferenz, auf der er seiner Genugtuung über die Ergebnisse seines Besuchs Ausdruck verlieh und Fragen sowjetischer und ausländischer Journalisten beantwortete.

Willy Brandt erklärte in einer Ansprache im Kreml bei dem ihm zu Ehren gegebenen Essen, er teile nicht nur die Zweifel vieler Wissenschaftler an der Möglichkeit einer strategischen Nutzung des Weltraums, sondern betrachte es auch als falsch, diesen Weg zu gehen, der zusätzliche Bedrohungen schaffe und intellektuelle wie materielle Ressourcen binde, die dringend für riesige Aufgaben auf der Erde benötigt würden. Die

Menschheit brauche keineswegs todbringende Waffen in noch größerer Zahl und "besserer" Qualität, sondern eine bessere Politik.

Diesen Worten muß man zustimmen. Willy Brandts Moskau-Besuch hat gezeigt, daß es trotz der mit den Sozialdemokraten bestehenden ideologischen Differenzen eine ganze Reihe politischer Fragen gibt, in denen sich unsere Auffassungen decken.

Der Moskau-Besuch der SPD-Führung und des SI-Vorsitzenden Willy Brandt hat große Aufmerksamkeit in aller Welt gefunden. Das internationale Echo auf diesen Besuch hat seine aktuelle Bedeutung gezeigt.

Die KPdSU wird auch in Zukunft alles tun, um die Kontakte zu Parteien und Organisationen, die an der Entspannung, an der Bewahrung und Festigung des Weltfriedens interessiert sind, weiterzuentwickeln.

W. IWANOW

GEMEINSAM VORAN

Die ständig erweiterte bilaterale wie multilaterale Zusammenarbeit im Rahmen des RGW, die sozialistische ökonomische Integration sind zu einem stabilen Faktor des allseitigen Fortschritts der Bruderländer geworden. Als Beispiel dafür können die vielseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR und der CSSR dienen. Der Einschätzung ihres Standes und der Bestimmung der Perspektiven ihrer weiteren Entwicklung galt die Hauptaufmerksamkeit bei Gustav Husaks Moskau-Besuch.

Michail Gorbatschow zog eine Bilanz des UdSSR-Besuchs Gustav Husaks: "Ein weiterer wichtiger Schritt bei der Entwicklung der sowjetisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit, bei der Festigung der Freundschaft und der Bündnispartnerschaft unserer Parteien und Völker wurde getan."

Was den sozialistischen Ländern die enge Zusammenarbeit gibt, was sie erreichen können, wenn sie ihre Anstrengungen vereinen, verdeutlicht die in Moskau von Gustav Husak eröffnete nationale Jubiläumsausstellung "Tschechoslowakei 1985". Sie berichtet über den Weg der CSSR in 40 Jahren, über die historischen Errungenschaften des Sozialismus und zeigt anschaulich die Dimensionen der sowjetisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit, ihre Bedeutung für die beiden Bruderländer. Hier einige Fakten.

Die UdSSR ist der wichtigste Außenhandelspartner der CSSR, die Tschechoslowakei der zweitwichtigste Handelspartner unseres Landes. In den vergangenen 40 Jahren stieg das Handelsvolumen auf das 50fache und wird im laufenden Planjahr fünf 55 Md. Rubel erreichen. Die UdSSR liefert der Tschechoslowakei Öl und Gas, Werkzeuganlagen und Maschinen, elektrische Haushaltgeräte. Ihrerseits exportiert die CSSR Technik und Anlagen in die UdSSR. Gut bekannt sind bei uns die tschechoslowakischen Tatra-LKWs, Flußschiffe, Dieselloks und Konsumgüter. Die UdSSR und die CSSR realisieren gemeinsam bedeutende Bauvorhaben — wie die Atomkraftwerke in Jaslovské Bohunice und Dukovany, die Prager Metro.

Soweit die Gegenwart. Doch werfen wir einen Blick in die Zukunft — das in Moskau unterzeichnete Programm für die langfristige ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit UdSSR-CSSR bis zum Jahre 2000 zeigt sowohl die allgemeinen Richtungen der ökonomischen Zusammenarbeit beider

Länder auf als auch gemeinsame Großprojekte, deren Verwirklichung von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird.

Die UdSSR und die CSSR messen der gemeinsamen Arbeit zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts große Bedeutung bei. Sie halten gemeinsame Entwicklungen und die Überführung neuester elektronischer Anlagen in die Produktion, u. a. von Mikroprozessoren, Industrierobotern, numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen und anderer moderner Technik, für erforderlich.

Bei den Begegnungen und Gesprächen in Moskau ging es auch um eine andere aktuelle Aufgabe, die vor den RGW-Ländern steht — die Suche nach dem optimalen Mechanismus der Zusammenarbeit, die Einführung solcher ökonomischer Formen und Methoden, die eine Vereinigung der Kräfte in der materiellen Produktion, bei Forschungsvorhaben und Neuentwicklungen fördern würden. Die führenden Repräsentanten der UdSSR und der CSSR bekräftigten ihre Entschlossenheit, gemeinsam mit den anderen RGW-Staaten viel zur Lösung dieser für alle sozialistischen Länder lebenswichtigen Aufgabe beizutragen.

Die Zusammenarbeit der RGW-Länder spielt eine stabilisierende Rolle für deren wirtschaftliche Entwicklung, um so mehr heute, da imperialistische Kreise skrupellos die sozialistischen Staaten ständig auseinanderzudividieren suchen. "Die tschechoslowakischen Kommunisten kennen diese Taktik gut und weisen sie zurück", erklärte Gustav Husak. "Die KPTsch wird in ihrer Innen- und Außenpolitik auch in Zukunft einen prinzipiellen Kurs, gegründet auf die Treue zum Marxismus-Leninismus und zum sozialistischen Internationalismus, verfolgen."

Michail Gorbatschow und Gustav Husak unterstrichen die große Bedeutung der Verlängerung des Warschauer Vertrages, der die Sicherheit der sozialistischen Staaten, die Möglichkeit, im Frieden zu leben und zu arbeiten, gewährleistet. Sie verliehen ihrer Überzeugung Ausdruck, daß auch in Zukunft die Einheit und Geschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus weiter gefestigt und die Zusammenarbeit der verbündeten sozialistischen Staaten im politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und militärischen Bereich entsprechend den Anforderungen der jetzigen Entwicklungsstufe vertieft werden müsse.

L. MIRONOV

Die Völker der Sowjetunion und Jugoslawiens verbindet eine traditionelle Freundschaft, die in den schweren Jahren des Kampfes gegen den Faschismus erstarkte und unser gemeinsames wertvolles Gut ist. Vom Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für die Bewahrung und Stärkung dieser Freundschaft zeugen jene Dokumente, die 1955–1956 in Belgrad und Moskau im Ergebnis der sowjetisch-jugoslawischen Gespräche auf höchster Ebene unterzeichnet wurden.

Im Interesse beider Länder

Von großer Bedeutung ist die am 2. Juni 1955 von den Regierungen der UdSSR und Jugoslawiens in Belgrad angenommene Erklärung, deren 30. Jahrestag kürzlich in unseren Ländern begangen wurde. Wie in dem Telegramm des UdSSR-Außenministeriums aus diesem Anlaß an den SFRJ-Außenminister Raif Dizdarevic betont wird, haben sich die Prinzipien und Vereinbarungen, die in diesem wichtigen zwischenstaatlichen Dokument fixiert wurden, bewährt und positiven Einfluß auf den Gesamtkomplex der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit ausgeübt.

In der Belgrader Erklärung kam das aufrichtige Streben der Regierungen beider Länder nach Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Jugoslawien zum Ausdruck, was in voller Übereinstimmung mit den Interessen beider Länder sowie mit den Interessen des Friedens und des Sozialismus steht. In ihr bekundeten beide Regierungen "ihre Entschlossenheit, ihre künftigen Beziehungen im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit" und gestützt auf die in der Erklärung dargelegten Prinzipien zu entwickeln — die Respektierung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Die Seiten sprachen sich für den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen aus, bekundeten ihre Bereitschaft, die kulturelle Zusammenarbeit zu entwickeln, und erreichten eine Vereinbarung über Maßnahmen, die die objektive Information der Öffentlichkeit beider Länder sicherstellen sollen. Für ein "besseres Kennenlernen und Verständnis der Völker ihrer Länder stimmten beide Regierungen darin überein, daß sie die Zusammenarbeit der Massenorganisationen beider Länder durch Kontakte, sozialistischen Erfahrungsaustausch und freien Meinungsaustausch unterstützen und erleichtern werden".

In einer ein Jahr später in Moskau angenommenen Gemeinsamen Erklärung der Regierungen der UdSSR und Jugoslawiens hieß es, daß die "Zusammenarbeit beider Länder, die sich von den Interessen des Friedens und des Sozialismus leiten lassen, eine Zusammenarbeit, die sich auf die gegenseitige Achtung der

AUF DEM WEGE DER FREUNDSCHAFT

Prinzipien der Belgrader Erklärung gründet, ... die breitesten Möglichkeiten für eine allseitige und fruchtbare Entwicklung ihrer freundschaftlichen Beziehungen bietet". Die Seiten konstatierten, daß die "allgemeine Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern nach der Belgrader Erklärung ... positive politische Voraussetzungen auch für eine "Zusammenarbeit zwischen KPdSU und BdKJ geschaffen hat" und unterzeichneten am 20. Juni 1956 eine Erklärung über die Beziehungen zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der Sowjetunion. "Geleitet von den internationalistischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, kamen die Delegationen des BdKJ und der KPdSU darin überein, daß die bestehenden Kontakte zwischen beiden Parteien weiter fortgeführt und entwickelt werden sollen."

Diese Dokumente von großer politischer Tragweite legten ein solides Fundament der freundschaftlichen Zusammenarbeit auf Staats- wie auf Parteiebene. Die dort enthaltenen Prinzipien und Vereinbarungen wurden in den folgenden Jahren in gemeinsamen Dokumenten nach sowjetisch-jugoslawischen Begegnungen auf höchster Ebene wiederholt bekräftigt.

Die sowjetisch-jugoslawische Erklärung von 1971 nimmt darunter einen wichtigen Platz ein. Ihre Bedeutung besteht darin, daß sie durch die Bekräftigung der besagten Prinzipien für die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen sowie der gemeinsam formulierten Vereinbarungen diese den heutigen Bedingungen angepaßt weiterentwickelte und auf die breiten Möglichkeiten ihrer vollständigeren Verwirklichung auf der heutigen Etappe verwies. Die Erklärung widerspiegelte das Streben unserer Parteien und Länder, sich auch in Zukunft dafür einzusetzen, daß die allseitige Zusammenarbeit weiter erstarke, erweitert wird und sich zum Wohl der Völker beider Länder, im Interesse des Friedens und des Sozialismus entwickelt. Diese Erklärung summierte die reichen Erfahrungen aus der Geschichte der Beziehungen zwischen der KPdSU und dem BdKJ und zeigte weite Perspektiven für ihre allseitige Entwicklung, für ihre Bereicherung nach Form wie nach Inhalt auf und legte ihre Dynamik und Dimensionen für einen langen Zeitraum fest.

Die Seiten, die auf die beide sozialistische Länder vereinigenden Faktoren hinweisen, betonen in der Erklärung, daß ihre erfolgreiche Zusammenarbeit auf der Ähnlichkeit ihrer historischen Schicksale,

der Gemeinsamkeit der Grundlagen der Gesellschaftsordnung, dem ähnlichen Herangehen an viele internationale Fragen, auf der Treue zu den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, dem gemeinsamen Kampf für Frieden, Unabhängigkeit und gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit, dem Kampf gegen den Imperialismus beruht.

In diesem Dokument wurde die gemeinsame Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und dem BdKJ als Parteien, die den sozialistischen und kommunistischen Aufbau in ihren Ländern leiten, auch in Zukunft weiterentwickelt, daß Vertrauen und gegenseitiges Verständnis gestärkt werden müssen.

Die KPdSU und der BdKJ erklärten ihre Bereitschaft, zur allseitigen Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ im politischen und wirtschaftlichen Bereich sowie in Wissenschaft, Technik und Kultur beizutragen. Sie verwiesen auf die großen Möglichkeiten der Massenmedien bei der Festigung der gegenseitigen Achtung und Freundschaft zwischen den Völkern der UdSSR und der SFRJ.

Immer engere Zusammenarbeit

In den Fragen der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit gehen das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung stets davon aus, daß die UdSSR und die SFRJ bei der Lösung der Aufgaben des kommunistischen und sozialistischen Aufbaus in Formen, die die Spezifik des historischen Weges und der gesellschaftlich-politischen Entwicklung der Länder zum Ausdruck bringen, über breite Möglichkeiten der Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen in allen Bereichen verfügen.

Zwischen der sowjetischen und der jugoslawischen Führung wird ein ständiger politischer Dialog geführt. Der regelmäßige Meinungsaustausch über einen weiten Fragenkreis der bilateralen Beziehungen und der Weltlage war stets auf die Gewährleistung einer stabilen Entwicklung der gleichberechtigten Zusammenarbeit unserer Parteien und Länder gerichtet, auf die Lösung der sich bisweilen stellenden Fragen auf kameradschaftlicher Grundlage.

Ein großer Beitrag zur weiteren Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen war die Begegnung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, mit den höchsten Partei- und Staatsrepräsentanten Jugosla-

wiens am 13. März 1985. Beiderseits wurde die Bereitschaft zur weiteren Vertiefung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ, der KPdSU und dem BdKJ auf der Grundlage der gemeinsamen Dokumente und Vereinbarungen bekräftigt. Ferner wurde die feste Entschlossenheit der Sowjetunion und Jugoslawiens hervorgehoben, sich beharrlich für die Abwendung eines nuklearen Infernos, die Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa einzusetzen.

Die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen sind heute durch eine ständige Intensivierung der Verbindungen in verschiedenen Bereichen gekennzeichnet. Planmäßig vollzieht sich die Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und dem BdKJ, bedeutende Erfolge wurden in der beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit erzielt. Gute Ergebnisse gibt es im kulturellen und wissenschaftlichen Austausch. Die Kontakte zwischen Gewerkschafts-, Jugend- und anderen Massenorganisationen der UdSSR und der SFRJ weiten sich aus. Die Verbindungen zwischen Republiken und Regionen beider Länder erstarben.

Ein weites Feld für das Zusammenwirken der Sowjetunion und Jugoslawiens bieten die internationalen Beziehungen, da die Positionen beider Länder in den Hauptfragen der Gegenwart von weitgehender Übereinstimmung gekennzeichnet und in vielen Aspekten identisch sind. Trotz der unterschiedlichen Bewertung einiger außenpolitischer Fragen ist die Tatsache, daß die UdSSR und die SFRJ für Frieden und Entspannung, die Unabhängigkeit aller Länder und Völker, für sozialen Fortschritt eintreten, von entscheidender Bedeutung.

Die Erfahrungen bei der Verwirklichung der Belgrader Erklärung von 1955, der Erklärung über die Beziehungen zwischen dem BdKJ und der KPdSU von 1956, der sowjetisch-jugoslawischen Erklärung von 1971 und anderer gemeinsamer Dokumente bestätigen, daß unsere Länder, die ein gemeinsames Endziel, die Einheit der Grundinteressen im Kampf für Frieden, Sozialismus und Kommunismus verbinden, unbegrenzte Möglichkeiten für die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit haben. Die in diesen Dokumenten festgehaltenen Prinzipien und Vereinbarungen sind auch heute ein zuverlässiger Kompaß für die Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen auf bewährten Freundschaftsbahnen. Ihre strikte Einhaltung ist eine zuverlässige Gewähr für ständigen Fortschritt in der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ, der KPdSU und dem BdKJ — jetzt und in Zukunft.

Die sowjetischen Menschen schätzen die Freundschaft mit den Brudervölkern Jugoslawiens und bewerten optimistisch die Aussichten für die zweiseitigen Staats- und Parteibeziehungen, die im Interesse der Völker unserer Länder, im Interesse des Friedens und des Sozialismus liegen.

J. GIRENKO

Vorfristige Parlamentswahlen am 2. Juni

PASOK BLEIBT AN DER MACHT

In der Nacht zum 3. Juni saßen die meisten, vor allem die erwachsenen Griechen, vor den Fernsehern und warteten auf die Abstimmungsergebnisse.

Gegen 2 Uhr nachts strömten hochofereute Anhänger der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) auf die Athener Straßen hinaus. Sie feierten den Sieg: Die PASOK erhielt über 46% der Stimmen, fast um 6% mehr als ihre Hauptrivalin, die rechtsoppositionelle "Neue Demokratie", und sicherte sich gemäß dem bestehenden System zur Verteilung der Abgeordnetensitze erneut die absolute Mehrheit im Parlament. Somit bleiben die Sozialisten weitere vier Jahre an der Macht. Ihr beeindruckender Sieg schloß eine komplizierte und recht akute Etappe im Wahlkampf ab.

Faktisch seit März

Vergleicht man das Athen vor den diesjährigen Parlamentswahlen mit dem vom Herbst 1981, zur Zeit der vorigen Wahlen, so fallen äußerliche Veränderungen auf. Damals gab es in der Hauptstadt wohl keine Mauer, keine Zaunlatte, keine Litfaßsäule, die nicht mit Wahlplakaten der Parteien und mit den Bildern der Kandidaten überklebt gewesen wären. Um eine solche Plakatierungswut zu vermeiden, verabschiedete die Regierung eigens ein Gesetz, das das willkürliche Kleben von Propagandamaterial verbietet.

Die Parteien, vor allem die beiden größten — die PASOK und die "Neue Demokratie" —, haben rasch eine andere Methode zur Bearbeitung der Wähler gefunden. Der "Krieg der Plakate" wurde durch einen "Krieg der Wimpel" abgelöst. In den letzten Tagen vor den Wahlen hatte beinahe jeder Aktivist und offener Sympathisant einer Partei seinen Wagen mit einem Plastwimpel geschmückt, auf dem das Parteiemblem prangte, und fuhr unter lautem Geheule in der Stadt herum, um die Passanten auf sich aufmerksam zu machen. Die drittgrößte politische Kraft Griechenlands, die Kommunistische Partei, beteiligte sich an diesem Rummel nicht, sie zog andere, sachliche Argumente vor.

Da die heutigen Wahlen vorfristig sind, war die Wahlkampagne, amtlich gesehen, ungewöhnlich kurz, sie dauerte nur einen

Monat. Faktisch aber startete sie bereits im März, als der neue Präsident der Republik gewählt wurde. Niemand zweifelte, daß Karamanlis wiedergewählt werden würde. Sowohl die von ihm selbst gegründete "Neue Demokratie" als auch die PASOK sollten ihn unterstützen. Es galt als selbstverständlich, daß die Regierung im Vorfeld der Parlamentswahlen keinen Wunsch habe, die politische Lage zuzuspitzen und die gemäßigten Wähler durch einschneidende Veränderungen abzuschrecken. Doch es kam anders. Die PASOK-Führung spürte, daß unter ihren linken und demokratisch gesinnten Mitgliedern und Anhängern die ablehnende Haltung gegen einen so eindeutig konservativen Politiker wie Karamanlis anwuchs. Im letzten Moment wurde beschlossen, einen anderen Kandidaten, den bekannten Juristen Sartzetakis, aufzustellen. Mit Unterstützung der KP-Abgeordneten konnte die Regierungspartei die notwendige Stimmenmehrheit im Parlament auf sich vereinigen und Sartzetakis zum neuen Staatsoberhaupt wählen. Gleichzeitig legte die PASOK der Legislative eine Teilreform der Verfassung zur Bestätigung vor. Die neuen Verfassungsartikel sahen die Übertragung einiger Vollmachten des Präsidenten, die von den demokratischen Kräften als viel zu umfassend betrachtet wurden, an Parlament und Regierung vor.

Das Verfahren zur Bestätigung von Verfassungsreformen ist in Griechenland recht kompliziert. Erst müssen sie von der Mehrheit der Parlamentsabgeordneten in einem Abstand von einem Monat zweimal und dann vom neuen, aus den nächsten allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlament endgültig bestätigt werden. Ebenfalls mit Unterstützung der Kommunisten und einiger unabhängiger Abgeordneter konnte sich die Regierungspartei bei den ersten Abstimmungen über die Reformen die nötige Mehrheit sichern.

Von all diesen Änderungen verärgert, leiteten die Rechten eine lärmreiche Kampagne ein und beschuldigten die demokratischen Kräfte nachgerade eines Umsturzes. Die Kampagne drohte, langwierig und aufreibend zu werden. Deshalb beschloß die Regierung der Sozialisten, die Parlamentswahlen nicht im Herbst, sondern schon im Juni abzuhalten, um nach einem weiteren Sieg die Verfassungs novellen endgültig zu bestäti-

gen und freie Hand zur Verwirklichung der anderen in ihrem Programm vorgemerkten Maßnahmen zu haben.

Die Geister scheiden sich

Bei der Abstimmung am 2. Juni bekam jeder Wähler 18 Stimmzettel — nach der Zahl von Parteien und Gruppierungen, die ihre Kandidaten aufgestellt hatten. Von Anfang an war es aber klar, daß nur drei Parteien — die PASOK, die "Neue Demokratie" und die KP — wenn nicht alle, so doch die meisten Mandate für sich beanspruchen konnten. Die schon im vorigen Jahrzehnt begonnene Polarisierung der Kräfte, die kleine Gruppierungen rasch von der politischen Szene hinweglegte, hat heute einen sehr hohen Grad erreicht.

In der Wahlstrategie der PASOK und der "Neuen Demokratie" ging es vor allem um den gemäßigten, zur politischen Mitte tendierenden Wähler. Die Sozialisten, die nach den Präsidentschaftswahlen und den Abstimmungen für die Verfassungsreformen ein breites politisches Spektrum bilden, konnten sich die Unterstützung durch den linken Flügel ihrer Anhänger sichern. Danach warben sie um jene, die keine radikalen Veränderungen wünschen. Das erklärt wohl den auf den ersten Blick merkwürdigen Umstand, daß die PASOK in ihrer Wahlkampagne die Propaganda der insgesamt positiven außenpolitischen Schritte etwas vernachlässigte. Wir meinen hier die Initiativen zur Festigung von Frieden und Entspannung, die Entwicklung der Zusammenarbeit, darunter mit den sozialistischen Ländern, den heftigen Widerstand gegen die Stationierung neuer US-Raketen in Europa, die Absicht, die fremden Militärstützpunkte und Kernwaffen aus Griechenland zu entfernen.

Bis zu einem gewissen Grade wurde diese "Vernachlässigung" der Außenpolitik durch die Hauptherausforderer der Regierungspartei, die "neuen Demokraten", aufgezwungen. Deren Führung sah sehr wohl ein, daß viele außenpolitische Schritte der Regierung populär sind, hatte aber ihrerseits außer der Treue zum "Atlantismus" und "Reaganismus" nichts anzubieten. Deshalb konzentrierte sie sich auf die inneren Probleme. Im Ringen um den gemäßigten Wähler wollte der seit 1984 bestehende Vorstand der "Neuen Demokratie" unter Mitsotakis der Partei einen gemäßigten Anstrich geben, ohne ihr Wesen als Interessensvertreter des Großkapitals zu verändern.

Auch die US-Berater der "Neuen Demokratie" waren für ein solches Verhalten. Kurz vor den Wahlen schlossen die Rechten sogar einen Vertrag mit "Profis", einer bekannten US-Firma für Meinungsforschung und politische Prognosen, ab. Ihre Experten stellten beinahe

täglich Umfragen an und nahmen demgemäß Korrekturen an der Taktik der "Neuen Demokratie" vor.

Trotz aller Anstrengungen konnte die Regierung der Sozialisten das Land in der Tat nicht aus den wirtschaftlichen Wirren herausführen. Zwar wurde die Inflationsrate gesenkt, aber trotzdem ist sie viel höher als der Durchschnitt der europäischen Zehn. Das Außenhandelsdefizit ist hoch, das Budgetdefizit im Wachsen begriffen. Nach Schätzungen westlicher Wirtschaftsfachleute erreichen Griechenlands Außenschulden 13 Mrd. Dollar. Die getroffenen Maßnahmen zur Erweiterung der Beschäftigung konnten nicht verhindern, daß sich die Arbeitslosigkeit in den letzten vier Jahren verdoppelte.

Es war natürlich kaum zu erwarten, daß die Regierung der Sozialisten die von den Rechten übernommene strukturmäßig zurückgebliebene Wirtschaft in der kurzen Zeit auf modernen Stand bringt. Die Störfaktoren waren sowohl die allgemeine Wirtschaftskrise des Kapitalismus als auch die Haltung des einheimischen Großkapitals, das der neuen Macht nicht recht traute und sich nicht beeilte, in die Entwicklung der Produktion zu investieren. Aber auch die Sozialisten selbst wagten es nicht, die Interessen des Big Business anzutasten.

Hier sahen die Rechten eine Möglichkeit für sich, die Regierung wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kritisieren. Allerdings hatten sie selbst dem Wähler nichts Greifbares anzubieten, nur eben bedingungslose Unterstützung von Privatkapital auf Kosten des staatlichen Sektors. Die Rechten versprachen das Blaue vom Himmel herunter und hofften, die Unzufriedenheit des Spießbürgers zu benutzen, dem es bekanntlich immer nur um die eigene Tasche geht. Wie Journalisten errechneten, machte Mitsotakis in einer seiner ersten Wahlreden ca. 30 Versprechungen. Aber bei dieser hemmungslosen Demagogie schlugen die Rechten eindeutig über die Stränge.

Die PASOK setzte der Demagogie begrenzte, aber immerhin positive Maßnahmen entgegen, die die Regierung im wirtschaftlichen Bereich realisieren konnte: Einführung der gleitenden Lohnskala je nach der Inflationsrate; Beginn der Verwirklichung des Fünfjahresplans für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, der die Modernisierung der Industrie vorsieht; Dezentralisierung der Verwaltung. Anklang fanden zweifellos auch gewisse Maßnahmen in der Sozialpolitik und bei der Demokratisierung des öffentlichen Lebens: Reform von Gesundheits- und Bildungswesen, amtliche Anerkennung der nationalen Widerstandsbewegung zur Zeit des zweiten Weltkriegs; Wiedereinsetzung der politischen Emigranten in ihre Rechte, Einstellung der Spionage gegenüber politischen Opponenten und Vernichtung der entsprechenden Polizeiakten;

"NEUE ZEIT" 24.85

UDSSR--KANADA

"WIR HABEN VIEL GEMEIN"

Diese Worte wurden oft bei den zahlreichen Begegnungen Vitali Worotnikows, der Kanada einen Freundschaftsbesuch abstattete, mit Politikern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Vertretern der Geschäftswelt wiederholt.

Die Sowjetunion und Kanada nehmen riesige Territorien in den gleichen geographischen und klimatischen Zonen ein. Vor den Völkern beider Länder stehen ähnliche Aufgaben bei der Erschließung der Naturreichtümer in den entfernten, schwer zugänglichen Regionen. Das Leben unter diesen rauen Bedingungen erzieht die Menschen zu Mut und Standfestigkeit — Charakterzüge, die unseren Völkern gemein sind. All das bringt uns einander näher, fördert eine positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Und das um so mehr, als es zwischen unseren Völkern keine Fragen gibt, die eine engere Zusammenarbeit stören könnten. Notwendig sind nur guter Wille und dauerhafter Frieden.

Bei den Begegnungen Vitali Worotnikows mit Ministerpräsident Brian Mulroney, dem er eine persönliche Botschaft Michail Gorbatschows übergab, und mit Außenminister Joseph Clark wurde die Aufmerksamkeit der kanadischen Führung auf die sowjetischen Friedensinitiativen zur Verhin-

derung des Wettrüstens im Weltraum und zu dessen Beendigung auf der Erde gelenkt. Die Bereitschaft zur Fortführung des aktiven politischen Dialoges mit Ottawa, zur Festigung der kommerziellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen wurde bekundet.

Brian Mulroney äußerte den Wunsch seiner Regierung nach Fortsetzung der Praxis der zweiseitigen politischen Kontakte, nach Ausbau und Vertiefung der Verbindungen zur UdSSR. Joseph Clark betonte, daß der Besuch des sowjetischen Politikers zur Entwicklung der zweiseitigen Beziehungen und zum besseren Verständnis der Positionen und Ziele des anderen beiträgt.

Die Vertreter der Geschäftswelt Kanadas sprachen sich für einen Ausbau der fruchtbaren Zusammenarbeit und des Handels aus, dessen Volumen in den letzten Jahren zunimmt.

Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen den kanadischen Provinzen und den Sowjetrepubliken, zwischen beiden Ländern kann und muß einen bedeutenden Beitrag zur Gesundung der Weltlage leisten.

L. MICHAÏLOW

Die Kommunisten hatten es ebenso wie früher nicht leicht. Neben den Rechten mußte die KP auch die Wahltaktik der PASOK bekämpfen, die der KP einen Teil der linken Wähler abwerben wollte. Die Sozialisten, die sich diesmal das Ziel setzten, eine Alleinregierung zu bilden, gaben ebenso wie bei den vorigen Wahlen die Losung "Entweder wir oder die Rechten" aus. Im Jahre 1981 gelang es ihnen, so einen Teil der linken Wähler für sich zu gewinnen, weil sie meinten, es gehe vor allem darum, den Rechten den Weg zur Macht zu versperren. Doch diesmal führte die KP wohlgedachte Argumente ins Treffen: Eine aktive Unterstützung ihrer Kandidaten würde nicht nur zu einer abermaligen Niederlage der Rechten, sondern auch zu einer konsequenteren Durchführung der Reformen beitragen. Deshalb bezogen die Kommunisten der PASOK gegenüber von Anfang an eine konstruktive, aber kritische Position.

Sie setzten sich für konsequente radikale Umgestaltungen im Lande, für den

Austritt aus der NATO und der EG und die sofortige und bedingungslose Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte mit Kernwaffen in Griechenland ein. Die Kommunisten betonten, daß diese Aufgaben nur gelöst werden können, wenn alle demokratischen Kräfte einheitlich sind und gemeinsam vorgehen, wenn eine Regierung gebildet wird, die sich auf all diese Kräfte und ein gemeinsames Minimalprogramm stützt. Gerade deshalb setzte sich die KP das Ziel, ihre Vertretung im Parlament zu vergrößern und so die Möglichkeit einer Beeinflussung der politischen Entwicklung zu erhalten.

Nun hat das Land die Wahlen hinter sich. Bald werden ihre Ergebnisse von den ersten Seiten der griechischen Zeitungen abtrefen. Das neue Kräfteverhältnis wird noch ziemlich lange die Politik des Landes bestimmen. Diejenigen, die in die Regierung gekommen sind, müssen durch Taten beweisen, daß sie die Wähleraufträge zu erfüllen bereit sind.

N. MIROSHNIK

Athen

ZUR SCHAU GETRAGENE

„FREIHEIT“

Alexander IGNATOW

Die Aussicht vom Pariser Trocadero-Platz auf das andere Seine-Ufer ist herrlich: Die Esplanade am Palais de Chaillot fällt steil zum Strom ab, und weit unten liegen das Marsfeld, der Eiffelturm und die Militärschule, an der schon Napoleon studierte.

Am 31. Mai konnten weder Touristen-Cars noch einfache Franzosen den Platz erreichen: Am Trocadero wurde eine "Feier der Menschen- und Bürgerrechte" abgehalten. Die Veranstalter weihten eine Gedenktafel direkt an den Fliesen der Esplanade ein und begannen ein Konzert mit kurzen Ansprachen zwischen den Soli. Die ganze Schau galt der in Paris 1789 verkündeten Deklaration der Menschenrechte. Das gibt auch die Aufschrift auf den Fliesen kund und zu wissen. Bis zum 200jährigen Jubiläum ist es zwar noch weit, aber eigentlich nie zu früh, sich um die Rechte und Freiheiten zu kümmern.

Davon ging man wohl aus, als man am 30. und 31. Mai in der Nationalversammlung und im Internationalen Konferenzzentrum in der Avenue Kleber ein Kolloquium eigens zu diesem Thema durchführte. Auf Einladung der Regierung trafen Vertreter der Öffentlichkeit aus vielen Ländern zu dieser Diskussion ein. Die Atmosphäre war aber eher reserviert. Die Redner gaben ihrem wohltemperierten Zorn Ausdruck, und das Publikum wurde weitgehend über einen Anfall der offiziellen Solidarität und die Großzügigkeit Frankreichs in Kenntnis gesetzt. Die Veranstalter waren zufrieden.

Schöne, leere Worte

Die "Humanite" widmete ihre Ausgabe vom 31. Mai den Menschenrechten, damit sich die Leser darüber Gedanken machen, wie es im Westen, darunter auch in Frankreich, darum steht.

In Menton im Süden des Landes, wo ich vor kurzem war, fallen einem Riesenplakate mit dem Wort "Freiheit" auf. Aus der Nähe liest man dasselbe Wort in kleinerer Schrift. Und in ganz winzigen Lettern steht darunter: "Mit dem Fahrrad der und der Firma genießen Sie im Sommer Freiheit!" Ich bewunderte das Geschick der Werber und mußte an den Aushang an dem Amt denken, das Franzosen Gelegenheitsarbeit vermittelt: "Wer wahre Freiheit haben will, wendet sich an uns."

Nach dieser Logik wären jene 2,5 oder 3 Millionen, die keine ständige Beschäftigung haben, die freisten Bürger Frankreichs. Sie haben die Freiheit, nicht zur Arbeit zu gehen,

Gerade am 30. Mai, als sich die Damen und Herren über die Rechte ausließen, marschierte eine Arbeitslosendemonstration durch Paris. Natürlich erschien keiner aus diesen Reihen beim Kolloquium. Wie das halt so ist, wurden gerade in jenen Tagen Angaben über die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes bis zum Jahr 1989 veröffentlicht. Aus ihnen erhellte, daß die Arbeitslosigkeit zum 200. Jahrestag der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte um eine halbe Million zunehmen wird. Dies zum Recht auf Arbeit, einem erstangigen Recht jeder zivilisierten Gesellschaft. Frankreich vermag es nicht zu sichern.

Die Freiheit des leeren Magens aber paßt selbst in der "Heimat der Menschenrechte" nicht allen. Obigens können sich jene, die Arbeit haben, nicht auf ihre Gleichheit mit Leuten berufen, die sich die Produkte ihrer Arbeit aneignen.

Was in einer armen Familie versäumt wurde, könnte die Schule vielleicht nachholen helfen. Rein theoretisch gesehen. In der Praxis verstärkt sie die Ungleichheit nur noch mehr. Halbwüchsige aus "schwierigen" Familien werden ausgesiebt, bleiben sitzen (bis zu 50% aller Schulkinder) und dann in technische Bildungsanstalten zweiter Sorte abgeschoben. Damit bleibt ihnen der Weg in die Zukunft versperrt. An den französischen Universitäten werden 8,2% der Arbeiterkinder immatrikuliert. Aber welcher Teil davon absolviert sie?

Den Gegenden, die die größte Not leiden, werden jeder Logik zum Trotz oder vielmehr einer ganz bestimmten Logik zufolge in erster Linie die Bewilligungen entzogen. Als Beispiel nennt die "Humanite" die hauptstädtischen Vororte Courneuve und Choisy-le-Roi, in denen immer häufiger Kinder der verschiedenen Altersstufen in einem Klassenraum unterrichtet werden und die Zahl der dort besonders gebrauchten Lehrer und Erzieher ständig abnimmt.

Eine Welle von rassistisch motivierten Verbrechen überrollt Frankreich. Aus Hausfenstern wird auf Halbwüchsige mit anderer Hautfarbe geschossen.

Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, zunehmende materielle Schwierigkeiten



Freiheit auf französisch

Foto aus: "L'Humanite"
(Frankreich)

sind die Hauptursachen für das Aufflammen des Rassismus. Nicht außer acht lassen darf man auch den im Lande schon immer dagewesenen Fremdenhaß, die Propaganda der "Nationalen Front", die auf Rassenhaß spekuliert, und schließlich jene Kräfte, die mit dem Rassismus der Neofaschisten andere einschüchtern, um die Macht beizubehalten.

Doch finden die rassistischen Ressentiments ihren Nährboden in nicht geringem Maß auch in der realen Politik gegenüber den Einwanderern. Unenträglich Lebensverhältnisse in den Wohnheimen, die rücksichtsloseste Ausbeutung in den Betrieben, die Nichtanerkennung der Bürgerrechte der Immigranten, alle erdenklichen Hindernisse für die Zusammenführung ihrer Familien, all das läuft den Vereinbarungen von Helsinki zuwider. Hinzu kommt die Abschaffung der legalen Möglichkeiten zur Einreise nach Frankreich selbst für jene, die hier seit langem leben. Außerdem sind "Sonderregeln" für Einwanderer eingeführt worden, etwa das Verbot, den Frauen von Algerien ständige Arbeit zu gewähren.

Ein Gewerkschaftsaktivist? Gehört vor Gericht! Die Unternehmer benutzen die Maschinerie der bürgerlichen Justiz und der Staatsgewalt immer umfassender gegen die Gewerkschaften. In letzter Zeit wurden 5000 Aktivisten der Allgemeinen Konföderation der Arbeit (CGT) wegen des Schutzes der Rechte der Werktätigen verschiedenen Strafen unterworfen. Im Departement Rhone allein wurden in einem halben Jahr 27 Personen wegen gewerkschaftlicher Betätigung entlassen.

Am 28. Mai, als sich die Ehrengäste schon in Paris einfanden, machte sich die Polizei des Departements Val-de-Marne über die Streikposten der Arbeiter des Betriebs "SKF" in Ivry-sur-Seine her. Das Ergebnis dieser typischen Operation der dortigen Behörden: 12 Verwundete.

Die Arbeiter von "SKF", die aus Protest gegen die Schließung des Betriebs schon seit anderthalb Jahren streiken, wurden, wie sich herausstellte, von den Unternehmern politisch überwacht, die Gewerkschaftsaktivisten und die Mitglieder der FKP in einem besonderen Buch geführt. Die Arbeiter, die das rechtswidrige Vorgehen der Betriebsleitung enthüllten, wurden entlassen und verprügelt, müssen obendrein den Betriebsbesitzern noch 56 Mio Franc "Schadenersatz" zahlen. Und das ist kein Einzelfall.

23 Tage lang dauerte der Hungerstreik Yves Cottins, in den er trat, weil das Gericht seine Klage gegen den Unternehmer zurückgewiesen hatte. Wie die Gewerkschaften errechnet haben, verletzen die Betriebsinhaber die Rechte der Werktätigen in Frankreich 20 000mal an einem Tag. Der bekannte französische Jurist Jacques Bidalu sagte mir: "Was wollen Sie! Wir versuchen noch immer, das zu erreichen, was uns die Revolution von 1789 versprach. Aber das ist ein noch fernes Bild..."

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück

Nachdem die Sozialisten an die Macht gelangt waren, nahmen sie sich einige fortschrittliche Reformen zur Erweiterung der Demokratie, darunter in den Betrieben, vor. Dazu bedurfte es jedoch eines bestimmten politischen Klimas. Leider verminderten sich der Wille und das Vermögen der Regierung, das Versprochene in die Tat umzusetzen, wie das Chagrinlied. Dann begann der Rückzug vor der Reaktion.

Der Doppelcharakter der Sozialisten war seit langem nicht so offensichtlich. Man kann nicht sagen, daß die Veranstalter des Festes die eigene Realität völlig

vergessen hätten. Selbst Prominente des französischen Staates erwähnten die wachsende Kriminalität und die Schmälerung der Rechte der Einwanderer. Der Vorsitzende der Nationalversammlung bemerkte, daß sich die Sozialisten "beeilen, das jedem zuerkannte und in der Verfassung verankerte Recht auf Arbeit zu verwirklichen". Indessen ist in den vier Jahren der Sozialistenregierung die Arbeitslosenrate um eine Million gestiegen.

Jeder Franzose müsse sich an der Arbeitsstelle genauso würdig fühlen wie außerhalb des Betriebes, sagte der Premierminister. Warum dann erlaubt, ja ermuntert die Regierung das Durchgreifen der Polizei gegen Streikende? Knüppel waren noch nie dazu angetan, die Würde der Arbeiter zu stärken. Und warum hat die Regierung entgegen dem Gesetz aufgehört, Gewerkschaftsaktivisten vor Entlassung zu schützen? Wozu all die Freiheiten, fragt die Zeitung "Croix" düster, wenn sie auf das Recht der Ärmsten reduziert wurden, Hungers zu sterben und auf der Straße zu übernachten?

Die Show am Trocadero sammelte nicht wenig Schauspieler, aber ihre Nummern gaben keinen Anlaß zum Nachdenken. Eine schwarze Sängerin aus den USA war nicht Anlaß genug, an die Geschehnisse der amerikanischen Neger zu denken, die vor wenigen Tagen in Philadelphia einem Bombenangriff ausgesetzt wurden. Tänzer aus Burundi regten zu keiner Diskussion über den Hunger in Afrika an. Sehr richtig sprach ein brasilianischer Bischof davon, daß im Elend alle Übel wurzeln, doch niemand fragte ihn, wovon das Elend komme. Vergeblich sang ein Brite das Parterre der Satten und modisch Gekleideten um Hilfe an. Den streikenden Grubenarbeitern Großbritanniens halfen in schwerer Zeit nicht die dortigen Sozialdemokraten, sondern die französische Arbeiterklasse und ihre Ge-

werkschaftszentrale CGT. Auf dem "Fest der Freiheit" erschienen keine Kanaken aus "Französisch"-Neukaledonien, die die Unabhängigkeit für ihre Insel verlangen, was ihnen nur einen Kugelregen einbringt. Dafür verurteilte man in Paris, wie es Brauch ist, das sozialistische System, das — alles herhören! — "das Recht des Volkes nicht anerkennt, über sein Schicksal zu entscheiden".

Nein, das Kolloquium mündete in keine Diskussion. Es wurden auch keine ernst zu nehmenden Beschlüsse gefaßt. Die von Paris verkündeten Maßnahmen seien, schreibt die "Liberation", wie Gesichtspuder gegen eine ernste Krankheit: Schaden kann es nicht, und billig ist's auch. Wie anders sollte man die Drohung einschätzen, "in anderthalb oder zwei Jahren" (d. h. nach einer eventuellen Wachablösung in Paris) keine Mittel mehr in der RSA zu investieren?

Als Gesang und Musik verstummt waren, legten ambulante Händler auf der Esplanade Chaillot ihre Teppiche und billigen Andenken wieder aus. Auf einen von ihnen, der direkt auf der neuen Aufschrift saß, trat ich zu.

"Deklaration der Menschenrechte?" fragte er ungläubig zurück. "Kenne ich nicht, Monsieur. Kaufen Sie lieber ein Andenken, ich muß ja meine Familie ernähren."

Eine Woche vor diesen Feierlichkeiten wurde in Paris ein anderes Seminar abgehalten. Die Teilnehmer erörterten die Probleme der französischen Gesellschaft und kamen zu dem Schluß, daß die soziale Ungleichheit krasser wird. Doch wurden zu der Diskussion keine Journalisten eingeladen, aus diesem Anlaß keine Feierlichkeiten veranstaltet, keine Aufnahmen für das Fernsehen gemacht. Es wäre sonst peinlich gewesen. Das Seminar wurde nämlich von den gleichen Sozialisten veranstaltet.

Paris

GEGEN DESINFORMATION UND VERLEUMDUNG

"NEUIGKEITEN" AUF BESTELLUNG

Unlängst antwortete die "Washington Post" auf die Frage: "Was tun wir in Afghanistan?": "Der Präsident sagt, daß wir Freiheitskämpfern helfen, den Leuten von der CIA wäre das aber wahrscheinlich neu." Man sehe wieder, "wie das Wort Freiheit als Tarnung für eine zynische Politik benutzt wird, wir sehen wieder einen Kampf, der nicht siegreich ausgehen kann".

Das beredte Eingeständnis ist einer der wenigen in den USA unternommenen Versuche, die Vorgänge in Afghanistan als das zu bezeichnen, was sie wirklich sind. Ansonsten tarnen die westlichen Massenmedien tunlichst die zynische

Politik des Weißen Hauses.

Mit US-Waffen ausgerüstet und von den in der "Washington Post" erwähnten CIA-Leuten gedreht, fielen die Konterrevolutionäre zu Sabotage- und Terrorakten in der DRA ein. Für Januar 1980 war eine große Luftlandeoperation geplant, bei der die in Pakistan aufgestellten Trupps alle großen Städte Afghanistans mit einem Schlag besetzen sollten.

In Afghanistan selbst nennt man die Leute, die in der westlichen Presse "Glaubens-" und "Freiheitskämpfer" tituliert werden, einfach Feinde, "Mujaheddin".

1984 explodierte auf der Hauptstraße von Kabul in einem O-Bus eine Zeitzünderbombe. Das Ergebnis: 12 Tote und 26 Verletzte. Später erwies es sich, daß die Bombe im Auftrag der konterrevolutionären "Islamischen Gesellschaft Afghanistans", deren Leitung in Peschawar (Pakistan) sitzt, gelegt worden war. Derart blutige Diversionen zählen nach Hunderten. Der von der Staatssicherheit der DRA verhaftete Wali Mohammad, früher Mitglied einer konterrevolutionären Gruppierung, sagte aus: "Ich war ein Jahr im Bezirk Saddr Bazaar bei Peschawar. Ich gehörte zu einer Gruppierung unter Yunus Khalis. Er und seine Leute brachten uns bei, wie man totschießt, in Afghanistan Angst und Unruhe stiftet, Schulen in Brand steckt und Brücken zerstört."

WEM NÜTZT DIE SPALTUNG?

In letzter Zeit hat sich die Lage auf Zypern jäh zugespitzt, was gefährliche Folgen haben kann. Am 5. Mai taten die Führer der türkisch-zypriotischen Volksgruppe einen weiteren Schritt, um den Status des im November 1983 im von türkischen Truppen besetzten Teil der Republik Zypern, wo ein "unabhängiger Staat" ausgerufen wurde, zu "legalisieren". An diesem Tag wurde bei einem Referendum dieser Volksgruppe die "Verfassung der Türkischen Republik Nord-Zypern" gebilligt.

Obleich es der Führung der türkischen Zyprioten gelang, die Annahme der "Verfassung" durchzusetzen, zeugen die Ergebnisse des Referendums vom Bestehen einer bedeutenden Opposition gegen die Separatbestrebungen in der Volksgruppe. Selbst offiziellen Angaben zufolge sprach sich ca. ein Drittel derjenigen, die an den Wahlen teilnahmen, gegen die "Verfassung" aus. Für den Juni sind andere ähnliche Aktionen geplant — "Präsidenschafts-" und "Parlaments"-Wahlen. Die türkisch-zypriotische Führung gibt so klar zu verstehen, daß sie trotz des Aufrufes der Vollversammlung und des Sicherheitsrates der UNO, sich jeglicher Schritte zu enthalten, die die Lage auf der Insel weiter zuspitzen können, auch weiterhin gedenkt, eine Politik der "vollendeten Tatsachen" zu verfolgen. Hierbei erklären ihre Vertreter, derartige Handlungen erschwerten keineswegs, sondern förderten im Gegenteil die Suche nach einer "gerechten" Lösung des Problems.

Doch die deklarierten Absichten, eine beiderseitig annehmbare Lösung erreichen zu wollen, sind wohl kaum ernst zu nehmen, wenn gleichzeitig Handlungen unternommen werden, die die Entfremdung zwischen den griechischen und den türkischen Zyprioten nur verstärken und zur Verewigung der jetzigen defacto-Zweiteilung Zyperns führen. Ebenso wie die Ausrufung eines "unabhängigen Staates", die vom UNO-Sicherheitsrat verurteilt wurde, untergräbt auch seine juristische Durchstrukturierung die Grundlagen einer gerechten politischen Lösung, die die legitimen Rechte und Interessen beider Volksgruppen berücksichtigen würde. Deutlich ist, daß diese Rechte und Interessen ebenso wie übrigens auch eine beiderseitig annehmbare Lösung des Problems insgesamt nicht durch einseitige Aktionen gewährleistet werden können, die die staatliche Integrität der Republik Zypern zerstören.

Dieser weitere Rückschlag für die Bemühungen um eine Zypernregelung ist die direkte Folge der Handlungen imperialistischer Kräfte unter Führung der USA, die ihre Pläne nicht aufgegeben haben, die Insel in ein strategisches Sprungbrett der NATO zu verwandeln. Unterdes ist gerade das der eigentliche Grund der Tragödie, die Zypern nun bereits über 10 Jahre durchmacht. Das in den letzten Jahren zunehmende Interesse der USA an Zypern ist nicht nur dadurch bedingt, daß man die Insel in einen Umschlagpunkt für die amerikanische Eingreiftruppe, die Operationen im Nahen Osten und in der

anliegenden Region auszuführen hat, verwandeln will. In vielem hängt das mit der Absicht Washingtons zusammen, die Schwächung der NATO-Südostflanke infolge der griechisch-türkischen Differenzen (u. a. über die Zypernfrage) durch den Ausbau der Militärpräsenz auf Zypern sowie durch die immer intensivere Nutzung der britischen Militärstützpunkte auf der Insel auszugleichen. Die Verwirklichung dieser Pläne soll mit Erklärungen gefärbt werden, die USA seien bereit, zu einer gerechten Regelung auf der Insel beizutragen.

In Wirklichkeit versuchen die USA und ihre Verbündeten, die anormale Lage auf der Insel zu verewigen und die Situation zur Aktivierung der Handlungen der einheimischen Reaktion zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und letztlich der außenpolitischen Orientierung des zyprischen Staates zu benutzen.

Die imperialistischen Kräfte, die den Konflikt auf Zypern schüren, tun alles, um einen konstruktiven Dialog zwischen den Volksgruppen und Fortschritte bei einer Regelung zu verhindern. Noch eine gefährliche Tendenz verdient besondere Aufmerksamkeit. Bekanntlich mußten wiederholt große Schwierigkeiten überwunden werden, um die Volksgruppen-gespräche unter der Schirmherrschaft der UNO nach der Krise von 1974 wiederaufzunehmen. Doch jedesmal, wenn sich bei diesen Gesprächen ein gegenseitiges Verständnis der Volksgruppen abzeichnete, taten diese Kräfte alles, um eine Regelung zu blockieren. So war es 1977, nach den Begegnungen des ersten Präsidenten der Republik Zypern, Erzbischof Makarios, mit dem Führer der Inseltürken, Rauf Denktas, und 1979, nach den Begegnungen von Spyros Kyprianou mit Denktas, bei denen eine Vereinbarung über den künftigen Status Zyperns als

Die 65jährige Asha Bibi aus dem afghanischen Gebirgsdorf Panj hat mit eigenen Augen gesehen, wie es die "Freiheitskämpfer" treiben und hat Journalisten gesagt: "Das sind durch die Bank Mörder, gar keine Menschen mehr. Sie haben unser Nachbardorf nur deshalb vernichtet, weil die Leute dort Radio Kabul gehört haben."

Die westliche Presse aber schweigt sich über die Bluttaten der "Mujaheddin" aus und ergeht sich statt dessen in den höchsten Tönen über ihre "Siege". Andauernd wird gemeldet, daß in ganz Afghanistan erbitterte Kämpfe toben. Das wird von Berichterstattern widerlegt, die, um die Wahrheit zu erfahren, nicht durch den Hintereingang, nicht mit Karawanen

der "Mujaheddin", sondern mit amtlichen Visa der afghanischen Behörden ins Land kommen.

Einer, der britische Reporter Philip Jacobson, wollte einer neuen Meldung nachgehen, bei der man sich auf "diplomatische Kreise in Delhi" berufen hatte. Da hieß es, daß in Kämpfen das Dorf Gulbahar zerstört worden sei. Er fuhr hin und sah, daß es unversehrt ist. Ein andermal war er Zeuge, wie Falschmeldungen fabriziert werden. Westliche Diplomaten spielten, so schreibt er in der Londoner "Sunday Times", unweit des malerischen Städtchens Paghman bei Kabul Golf. Plötzlich sahen sie eine Gruppe Militärhubschrauber in Richtung der Paghman-Hügel fliegen. Später erfuhren sie von einer kleinen Operation gegen

Rebellen, die von den Bergen herabgekommen waren. Das gaben die Diplomaten an Berichterstatte weiter. Zwei Tage später lasen sie einen mit vielen Details ausgeschmückten Artikel darüber, daß regierungsfeindliche Streitkräfte, 20 000 Mann stark, bei Paghman zusammengezogen worden seien und vor dem Marsch auf Kabul stünden, und die gegen sie ausgeschiedenen Hubschrauber befänden sich rund um die Uhr in der Luft. Natürlich war von einem Überfall auf Kabul keine Rede, und das schmückende Beiwerk war aus dem Finger gesogen.

Der bundesdeutsche Journalist Hubert Kuschnick war auch in der DRA und sah dort ungefähr das gleiche. In seinem Buch "Augenzeuge in Afghanistan" schreibt er: "Ich kam in der Hauptstadt an, als die BBC

UNTERSTÜTZUNG FÜR NIKARAGUA

Welcher Todsünden bezichtigte das Weiße Haus nicht Nicaragua, um zu "rechtfertigen", daß es den Sturz von dessen legitimer, demokratischer Regierung betreibt. Doch wohl zum ersten Mal verstieg sich Ronald Reagan Ende Mai in Miami (US-Bundesstaat Florida) zu der Erklärung, die Politik Nikaraguas gefährde — man staune — "die Sicherheit der USA selbst". Absurder geht's nimmer.

Präsident Reagan kann vor seinen republikanischen Kongreßabgeordneten mit der Faust auf den Tisch hauen — das ist letztlich eine innerparteiliche Angelegenheit —, doch solche Sitten sind in der internationalen Politik untragbar. Und das kleine Nicaragua, das der ganzen Welt seinen guten Willen demonstriert, gedenkt nicht, sich von Washington vorschreiben zu lassen, wie es sein Leben gestalten soll.

Unter den Bedingungen des von der US-Administration entfesselten nichterklärten Krieges, der Handels- und Wirtschaftsblockade hat es die Republik natürlich nicht leicht. Gerade deshalb appellierte die Regierung Nikaraguas an die Völkergemeinschaft, die weltweite Solidaritätskampagne für Nicaragua zu unterstützen. Diese mannigfaltige Unterstützung wird in der ganzen Welt immer breiter. Hier nur das jüngste Beispiel: Die amerikanischen Internationalisten, die Ende der 30er Jahre auf seiten des republikanischen Spanien in den Reihen der Lincoln-Brigade gegen den Faschismus gekämpft hatten, sammelten Spenden und schickten Ausrüstungen für sieben Ambulatorien nach Nicaragua.

Bezeichnenderweise billigte kein Land Westeuropas den US-Boykott, der die Spannungen in Mittelamerika noch weiter verschärfte, und viele verurteilen ihn direkt.

Jetzt bereist der Vizepräsident Nikaraguas, Sergio Ramirez, einige westeuropäische Hauptstädte. In Brüssel wurde vereinbart, daß die EG Nicaragua eine Finanzhilfe von 5,2 Mio Dollar gewährt. Österreich gab gleichfalls die Bereitstellung eines Kredites bekannt.

Die breite Unterstützung für Nicaragua, die Festigung der internationalen Positionen Managuas werden trotz aller aggressiven Umtriebe der US-Imperialisten dem nikaraguanischen Volk in dessen Kampf helfen.

A. USWATOW

reitschaft dazu erklärte, legt die türkisch-zyprische Führung einstweilen nicht ihre Haltung zum Vorschlag des UNO-Generalsekretärs dar, wobei sie offen andeutet, das Treffen könne erst nach der juristischen Durchstrukturierung des "unabhängigen Staates" stattfinden.

Die derzeitige Lage zeigt ein weiteres Mal, wie wichtig es ist, daß alle Seiten politische Weitsicht zeigen und keine Schritte unternehmen, die die Lage noch mehr zuspitzen können. Die Suche nach einem Kompromiß für den künftigen Status Zyperns ist ausschließliche Angelegenheit der griechischen und der türkischen Zyprioten.

Die konsequente und prinzipienfeste Haltung der Sowjetunion in der Zypernfrage ist bekannt. Die UdSSR tritt stets für die Unabhängigkeit, die Souveränität und die territoriale Integrität der Republik, für ihre Politik der Nichtpaktgebundenheit ein, wendet sich gegen jegliche Teilung des zypriischen Staates oder gegen dessen Einverleibung durch wen auch immer. Die UdSSR verlangt den Abzug aller ausländischen Truppen und die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte auf Zypern, eine gerechte und dauerhafte Regelung des Problems auf der Grundlage der entsprechenden UNO-Resolutionen durch Verhandlungen unter Berücksichtigung der legitimen Interessen der Volksgruppen. Die UdSSR unterstützt die Vermittlermission des UNO-Generalsekretärs entsprechend dem Mandat des UNO-Sicherheitsrats. Zu einer gerechten Regelung der Zypernfrage würde nach Meinung der Sowjetunion auch die Durchführung einer repräsentativen internationalen Zypernkonferenz unter Schirmherrschaft der UNO beitragen.

S. PETROW



Am 15. November 1983 proklamierten die Führer der türkischen Volksgruppe Zyperns die Bildung ihres Separat-"Staates". Die Karte zeigt die Demarkationslinie, die die Insel in zwei Teile teilt — den Nordteil, wo die türkischen Zyprioten leben, und den von den griechischen Zyprioten besiedelten Süden.

Aus: "Der Spiegel" (BRD)

eines unabhängigen, souveränen, einheitlichen und nichtpaktgebundenen Bundesstaates erzielt wurde. Trotz der laut UNO-Generalsekretär wesentlichen Annäherung der Positionen der Seiten führte auch ein weiteres Treffen Kyprianou-Denktaş, das im Januar d. J. auf Initiative Javier Perez de Cuellar in New York stattfand, nicht zu einem Übereinkommen.

Die jüngste Entwicklung läßt die Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche noch problematischer werden und erschwert die Mission de Cuellar zur Überwindung des Tiefpunktes, auch durch ein neues Treffen der Führer beider Volksgruppen. Doch während die Regierung der Republik Zypern ihre Be-

durchgab, daß nördlich von Kabul 'erbitterte Kämpfe' im Gange seien. Ich habe nichts dergleichen entdecken können. In der von der BBC genannten Gegend habe ich nichts festgestellt. Statt der erbitterten Gefechte sahen wir dort ein friedliches Bild: Menschen, die ihrem Tagewerk nachgingen, belebte Dorfstraßen, wo man alles Mögliche, bloß keine Leute 'auf der Flucht' sehen konnte, von denen die BBC berichtet hat."

Im Westen war viel davon die Rede, daß in Afghanistan "sowjetische C-Waffen" zum Einsatz kämen. Wieder war ein gewissenhafter Berichterstatte — der Amerikaner Theodore Marshall von der "Washington Post" — zur Stelle. Er war in Pakistan mit dorthin geflohenen "Mujaheddin" zusammengekommen und hatte

festgestellt, daß unter den vorgelegten "Sachbeweisen" weder ärztliche Gutachten über Vergiftungssymptome noch Ergebnisse chemischer Analysen waren, die den Einsatz von Giftstoffen bestätigt hätten. Auch Exemplare der angeblich eingesetzten chemischen Kriegstechnik konnten nicht beigebracht werden.

Die ganze planmäßige und bewußte Falschmeldungskampagne soll die Spannungen rings um Afghanistan aufrechterhalten, die demokratische Regierung dieses Landes in Mißkredit bringen und zugleich die Stärke der Konterrevolutionäre übertreiben und ihre Verbrechen bemänteln. Das gehört auch zu dem unter Washingtons Leitung geführten nichterklärten Krieg gegen die DRA.

M. OSSOKIN

OBERST CANNON UND 12 TOTE JAPANER

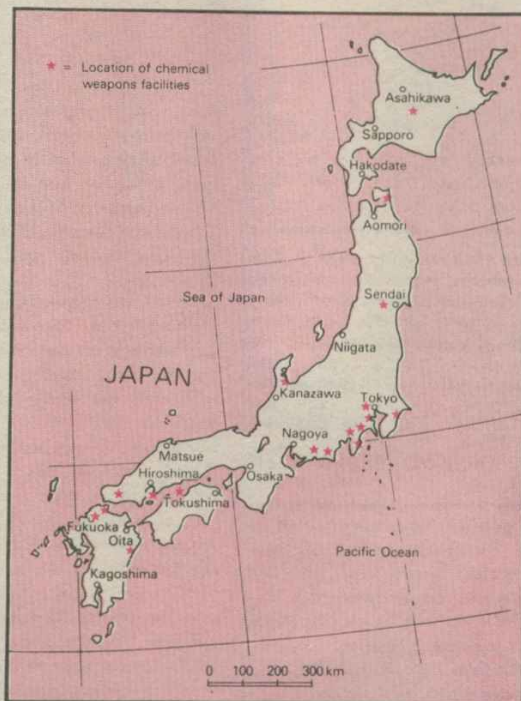
... Am 26. Januar 1948 betrat ein Mann, der sich als Arzt ausgab, eine Zweigstelle der Kaiserlichen Bank im Tokioter Viertel Siinamachi. Er sammelte 16 Bankangestellte der Bank und verabreichte ihnen zwei Arten von Medizin, angeblich gegen Ruhr. Einige Minuten später waren alle 16 bewußtlos (12 von ihnen starben, 4 wurden gerettet). Danach erleichterte der Täter die Bank um 180 000 Yen bar und in Schecks und verschwand. Ende Sommer 1948 wurde der japanische Künstler Sadamichi Hirasawa verhaftet und wegen dieses Bankraubs verurteilt. Der Angeklagte bekannte sich nicht schuldig, sitzt aber seitdem im Gefängnis. Unterdessen weisen die Umstände des Verbrechens darauf hin, daß er beileibe nicht der Mörder war.

Wie sich später herausstellte, wurden die Bankan-

gestellten mit Azetonzyanhydrid getötet, das in den chemischen Kampftruppen Japans unter dem Namen "Nitryl" bekannt war. Während des Krieges hatte das 9. technische Forschungsinstitut im Auftrag des Generalstabes der Kaiserlichen Armee dieses Gift synthetisiert.

Das 9. Institut arbeitete für den C-Waffenkrieg, auf den sich Tokio vorbereitete. Die Endprodukte wurden von den unheilbringenden Trupps "731" und "516" bei ihren Einsätzen in China getestet. Wie erst kürzlich bekannt wurde, übergab die Kaiserliche Armee nach ihrer Kapitulation in den letzten Septembertagen 1945 alle Informationen über japanische C-Waffen an US-Aufklärungsoffiziere. Sie bekamen auch die Waffen selbst ...

Diese Informationen und fertigen Kampfstoffe halfen



Auf der Karte, die wir dem Buch "Vernichtung und Umwandlung chemischer Waffen", herausgegeben vom Stockholmer Institut für internationale Angelegenheiten, entnahmen, sind Depots, Forschungs- und Herstellungsstätten für chemische Kampfmittel der Kaiserlichen Armee eingetragen. Japan hatte riesige Mengen von C-Waffen gelagert. Ein Teil davon wurde in China eingesetzt, ein Teil fiel den Amerikanern in die Hände

den Amerikanern C-Waffen, die dann gegen japanische Patrioten wurden und gegen die Ja-

Der CIA-Agent M... moto klagt in "CIA unter USA-Aufklärung den Obersten Mordes an An... Kaiserlichen B... an. Cannon leit... Krieg eine... zweigstelle i... Japan. Matsur... "Dieses Ding... gedreht. Er b... gend japanisc... und so wurde... diesem Raubbü... ren." Die Tats... das Azetonzy... jemand aus de... Trupps "731"... der jetzt im ar... Dienst stand, l... konnte, bekrä... sion Matsumo...

Die Justizb... kiosk sind offen... dazu geneigt, ... gängeheit zu...

M.

ES GEHT NICHT UM COULEUR

Der Präsident Guatemalas, Oscar Mejia Victores, gab bekannt, daß Armeeangehörige, zur Ausübung von Regierungsämtern vom Dienst

befreit, wieder in die Kasernen zurückkehren müßten. Mejia wird somit der einzige Armeeangehörige im Kabinett sein.



Die Erklärung für diese "Kaderlösung" ist einfach. Sogar mit anderen Diktaturen Mittelamerikas verglichen, wirkt der Staatsapparat Guatemalas übermäßig militant. Das aber schafft Probleme für die jetzige US-Administration. Die USA stellten ihre Militärhilfe für Guatemala 1977 formell ein, um damit die Junta wegen empörender Menschenrechtsverletzungen zu strafen, — aber eben nur formell.

Unter Präsident Reagan zog man eine eventuelle Abschaffung auch dieser formellen Verbote in Erwägung. Als das Weiße Haus aber

Guatemaltekeische "green berets" — die besten "Kader" des Präsidenten Mejia

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

25 Mio Dollar Militärhilfe im Jahr 1986 beantragte, b... die Kongreßabgeordnete... Und siehe da: Die Adm... verlangte prompt eine "D... sierung" von den gu... kischen Machthabern. ... schwören in ihrer Antwo... Macht an Zivilpersonen ü... werden. Verständlich, d... könnten noch die Gelder... hen. Aber auch das Sche... der Macht tut weh. Und o... Groschen mit der "Kade... Nur ist eben das... durchsichtig, denn die... positionen im Staatsapp... den wieder von denselbe... besetzt,

Mejia beteuert, die ver... Maßnahmen würden de... eine zivile Couleur" v... Mag sein, nur wird die... sowieso uniformiert blei...

A. BAR

STUMMFILM MIT TON

Seinerzeit verfügte der Chef der Militärjunta Pakistans, General Zia ul-Haq, über den sogenannten konsultativen Bundesrat, eine stimmlose Einrichtung ohne Rechte, deren Mitglieder er höchstpersönlich wählte. Mit der gleichen Hörigkeit rechnete der Präsident auch bei der Nationalversammlung, die im Ergebnis der Wahlfarce vom 25. Februar das Licht der Welt erblickte. Der englische "Observer" verglich die Situation im Lande vor der Abstimmung für diese Parlamentskammer treffend mit der "Szene eines Stummfilms": Regimegegnern hatte man ganz einfach den Mund gestopft.

Den Erwartungen der Militärs zum Trotz wollten die "politischen Nullen und Feudalherren", wie die Abgeordneten der Nationalversammlung von der Hongkonger "Far Eastern Economic Review" eingestuft wurden, nicht länger stumm bleiben. Sogar der von Zia ul-Haq ernannte Premierminister, Mohammad Khan, sprach sich gegen den Kriegszustand aus, trat für die Wiederzulassung verbotener Parteien und für die Freilassung der Oppositionsführer ein. Selbst die Nationalversammlung "zeigte die Zähne", als sie den von Zia ul-Haq vorgeschlagenen "Speaker"-Kandidaten zurückwies.

Doch das war noch nicht alles. Die Abgeordneten traten in der Presse für die Aufhebung des Kriegszustandes sowie für die Herstellung demokratischer Freiheiten ein. Und Senatsmitglied Maulan Kauzar Niazi holte zum Schlage aus, als er gar das "Allerheiligste" der Politik Islamabad, den antiafghanischen Kurs einer Kritik aussetzte. Die Schlußfolgerung ist klar: In Kreisen der rechtspolitischen Elite Pakistans, der die Parlamentsabgeordneten angehören, reift ebenfalls Unzufriedenheit mit der achtjährigen Militärherrschaft heran.

Doch etwas anderes ist ebenso klar. Die Militärs denken nicht daran, auf ihre Macht zu verzichten. Im Fall der Fälle kann Zia ul-Haq das Parlament kurzerhand auflösen; dieses Recht hat er sich selbst eingeräumt. Nachdem er die Abgeordneten angehört hatte, setzte der Präsident das Tüpfelchen auf i. Er erklärte die Aufhebung des Kriegszustandes als "verfrüht".

J. KISSELJOW

J. KISSELJOW

DIE UNBELEHRBAREN VOM „SCHLESIER“

Der BRD-Zeitung "Schlesier" haftet ein skandalöser Ruf an. So veröffentlichte sie zu Beginn d. J. einen Artikel, der die Bundeswehr zur Revision der Nachkriegsgrenzen in Europa

Neulich provozierte das Blatt einen weiteren politischen Skandal, indem es das BRD-Staatsoberhaupt, Richard von Weizsäcker, mit maliziöser Kritik überfiel. Womit hatte denn der Präsident in das Fettnäpfchen der Ewiggestrigen getreten? Indem er in seiner Rede vor dem Bundestag, die dem 40. Jahrestag der Kapitulation Hitlerdeutschlands gewidmet war, an bestimmten Stellen "stolperte". Gleichzeitig mit den gewohnten, den rechten Kreisen der BRD genehmen Äußerungen erlaubte er sich, den 8. Mai 1945 nicht als Tag der Befreiung vom unmenschlichen System der faschistischen Tyrannei zu bezeichnen und für die Entwicklung normaler Beziehungen zur UdSSR zu plädieren.

Das Blättchen zog gegen den Präsidenten besonders deshalb zu Felde, weil er nicht gewillt war, die Geschichte zu "berichtigen", sondern die Verantwortung für die Entfesselung des Krieges allein Hitler und dem faschistischen Deutschland auflegte. Noch härter kanzelte der "Schlesier" den Staatschef aber für seine Unterstützung der "Ost"-Verträge ab, die

Die Pommersche Zeitung

Sudetendeutsche Zeitung

DER SCHLESIER

Das Ostpreußenblatt

Presseorgane der "Landmannschaften"; "Der Schlesier" gibt den Ton an

während der Regierungszeit Brandt-Scheel zustande gekommen waren, und für das Fallenlassen der deutschen Lande jenseits von Oder und Neiße.

Der offene nazistische und revanchistische Charakter dieser Publikation rief in der BRD stürmische Reaktionen hervor. Sie wurde auch von Vertretern wichtiger Parteien verurteilt. Einige meinten sogar, daß die Ausschreitung der Revanchisten den westdeutschen Kanzler Kohl endlich dazu zwingen müßte, auf seinen Auftritt bei dem im Juni geplanten Revanchistentreffen der "Schlesischen Landmannschaft" zu verzichten. Wenn es doch so wäre! Wie aus offiziellen Regierungskreisen verlautet, hält der Kanzler an seinem Vorhaben fest.

R. ALEXANDROW

„VOGELVEKTOR“

1926 unterzeichnete die Smithsonian Institution (USA) einen Geheimvertrag mit dem Pentagon. Damit begann eine wissenschaftliche Einrichtung, die bisher Forschungen zur "Verbreitung von Wissen im Dienste des Menschen" durchführte, mit der Untersuchung von Möglichkeiten zur Nutzung von Vögeln als Überträger tödlicher Krankheiten. Die Militärs nannten dies Benutzung des "Vogelvektors für Erkrankungen".

"MK-Ultra", d. h. "Minds' Control" — eine Superbeeinflussung der Gehirne. Dieses Programm wirkte die CIA, indem sie Mittel der Einwirkung auf den Geisteszustand des Menschen untersuchte. Die Rolle der Versuchskaninchen spielten dabei Armeegangehörige, Gefängnisinsassen sowie Patienten von solchen Kliniken, die in den USA und im Ausland insgeheim mit der CIA zusammenarbeiteten. Eine solche Klinik stellte in den 60er Jahren das Allan Memorial Institute of Psychiatry in Montreal dar. 1977 mußte die Carter-Administration zugeben, daß in die Ausarbeitung bewußtseinsbeeinflussender Mittel ca. 80 Institutionen einbezogen waren, darunter 44 Colleges und Universitäten, 12 Krankenhäuser und 3 Gefängnisse.

Die Programme "Vogelvektor" und "MK-Ultra" vereint nicht nur die gleichzeitige Durchführung; auch ihre Urheber sind, wie jetzt bekannt wurde, die gleichen Personen. So z. B. Leonard Carmichael, ehemaliger Leiter der Smithsonian Institution, der den Vertrag mit dem Pentagon unterzeichnet hatte, schloß sich später dem "MK-Ultra" an. Aber auch das ist nicht die Hauptsache. Beide Programme hatten ähnliche und gleichermaßen verbrecherische Zielsetzungen. Obigen warum "hatten"? Das "MK-Ultra" wurde von neuen Programmen abgelöst.

Es ist kaum vorstellbar, daß "Vogelvektor" aufgegeben wurde. Wenn irgendwo in der Welt eine Epidemie todbringender Krankheiten aufflammt, wer weiß denn, ob da das Pentagon nicht wieder neue Vögel hat fliegen lassen?

M. TARATUTA

WER GEHÖRT AUF DIE ANKLAGEBANK?

Eduard KOWALJOW

Die ersten Gerichtsverhandlungen im Prozeß, der am 27. Mai in Rom in Sachen Attentat auf Papst Johannes Paul II. begann, sind vorbei. Im Westen haben ihn die antikommunistischen Kreise im voraus zum "Prozeß des Jahrhunderts" proklamiert, auf dem angeblich "sensationale Enthüllungen" erfolgen sollen: über die Rolle der sozialistischen Länder, namentlich Bulgariens, als "Organisatoren des internationalen Terrorismus, des Rauschgift- und Waffenschmuggels" zur "Destabilisierung der freien Welt" (lies: des Kapitalismus).

Ein primitives Schema, doch darf man es nicht unterschätzen. Es ist darauf berechnet, einen Massen- und Dauereffekt zu ergeben. Es handelt sich um eine großangelegte politische und Propagandaoperation im Rahmen des berüchtigten "Kreuzzuges" gegen den Weltsozialismus, um eine sorgfältig ausgearbeitete und energisch in die Tat umgesetzte ideologische Diversion. Etwas anderes dagegen ist, ob die laute und gewissenlose Provokation den Drahtziehern gelingt, ob sie nicht mit einem abermaligen schmachvollen Fiasko endet.

Der Prozeß in Rom wäre mit Gerichtsverfahren zu vergleichen wie dem schändlichen Dreyfus-Prozeß in Frankreich, dem Justizmord an Sacco und Vanzetti in den USA, dem ebendort fabrizierten "Fall" der Rosenbergs und dem Justizterror gegen Georgi Dimitroff, der in Nazideutschland aufgezogen wurde. Von der Geschichte wurden die Inspiratoren all dieser Prozesse letztendlich verurteilt, die ungerechterweise Abgeurteilten dagegen freigesprochen.

Die allgemeine Kräftegruppierung auf dem Prozeß in Rom sah in den letzten beiden Wochen wie folgt aus: Die Anklage gründet ihre Schlüsse noch immer auf die "Geständnisse" des Terroristen, des türkischen Neofaschisten Agca, der wiederholt der Lüge überführt wurde und seine Aussagen mehrmals widerrief. Vorläufig liegt kein einziger realer Beweis vor, der seine Erfindungen bestätigen würde. Trotz alledem reden die Massenmedien im Westen seit fast drei Jahren unermüdlich von einer "bulgarischen

Spur" im Attentat auf Johannes Paul II. Der Zweck liegt auf der Hand: Sie wollen die Öffentlichkeit im Ausland manipulieren und dem Spieß der Stereotype von einer "bulgarischen Schuld" eintrichtern.

Es wird z. B. behauptet, daß Einzelheiten, die Agca über Sergej Antonows Gewohnheiten und Verhaltensweisen bekannt sind, angeblich auf einen Kontakt zwischen ihnen und folglich auch auf die Mittäterschaft des Bulgaren an Agcas Verbrechen hinweisen. Aber, aber, meine Herren! In den Archiven jedes Spionagedienstes finden sich genügend ähnliche Einzelheiten über jeden Ausländer, der mehr oder weniger lange von der Polizei beschattet wurde. Die Berichte von Informanten enthalten mitunter noch ganz andere Details aus dem Leben eines Menschen, der das Unglück hatte, aus dem einen oder anderen Grund ins Blickfeld der Polizei zu rücken. Auch Privatdetekteien sammeln im Auftrag eines Kunden analoge Angaben, wenn jemand kompromittiert werden soll. Hier lautete die Aufgabe, einen "empfindlichen" Zeugen zu eruiieren und ihm diese Einzelheiten mitzuteilen.

Kurz vor dem Prozeß wurden in der italienischen Presse neue Dokumente veröffentlicht, die über Motive Aufschluß geben, aus welchen Agca sich entschlossen hat, "mit der Justiz zusammenzuarbeiten". In einem Brief an seinen Bruder vom November 1981, d. h. noch bevor Agca seine Tat "bereut" hatte, schrieb er: "Vom 13. Mai, an dem ich verhaftet wurde, bis heute lebe ich in ständiger Angst. Ich werde geschlagen und schikaniert... Wenn ich um Kleidung oder Geld bitte, bekomme ich zur Antwort, daß ich nichts kriege, solange ich nichts gestanden habe..., wenn ich nicht lüge."

Neue Zeugen

Solche Äußerungen verstärken noch die Zweifel an der ohnehin schwankenden Position der Anklage. Übrigens verhehlten die Anhänger der "bulgarischen Version" nicht, daß sie mit "neuen Zeugen" im Gerichtssaal und mit "neuen Entlarvungen" rechneten, die die verleumderischen Anschuldigungen gegen Sergej Antonow und seine Landsleute

bekräftigen würden. Diese Hoffnungen bedeuten: Die Aussagen des wichtigsten und einzigen Belastungszeugen, des Verbrechers Agca, beweisen in letzter Instanz überhaupt nichts. Sonst hätte man sie als "hinreichend" erklärt. Die italienische Wochenschrift "Espresso" schreibt z. B.: "Überlegt man es sich, daß die Beschuldigungen gegen die Bulgaren hauptsächlich auf denen eines türkischen Mörders beruhen, so ruft ein Umstand, von dem auch der Untersuchungsrichter wiederholt sprach, besondere Besorgnis hervor: Bei den Verhören demonstrierte Agca, daß er auch zu der schamlosesten Verleumdung fähig ist; wiederholt behauptete er sich doppelzünglerisch."

Was "neue Zeugen" angeht, so sprach die Presse von Oral Celik, der vom St.-Petrus-Platz, wo er sich am Tag des Attentats zusammen mit Agca befand, verschwunden war. Ferner ging es um Catla, Sener und Ay, Agcas Gesinnungskumpare aus der Organisation "Graue Wölfe". Angeblich könnten diese Personen beim Prozeß neue Aussagen machen, die Antonow und seine Kameraden belasten. Aber sind neue Zeugen wirklich so nötig, um Agcas Erfindungen zu bestätigen? Wenn besagte Leute einzig und allein zu dem Zweck vorgeladen werden, die "bulgarische Version" auszubauen und zu ergänzen; wird ihr Erscheinen nur beweisen, daß die hinter den Kulissen wirkenden Kräfte — die Spionagedienste mehrerer westlicher Länder, in erster Linie die CIA — noch eine Person bzw. noch mehrere Personen bearbeitet und dazu gezwungen haben, im voraus festgelegte Aussagen zu machen. Nichts wird auch der Umstand ändern, daß in ihren Versionen sogar einzelne überprüfbare Fakten enthalten sind. Es kommt auf etwas anderes an: Der Sinn dieser Fakten wird verzerrt und falsch ausgelegt werden. Ähnlich würde sich das Erscheinen des ehemaligen Mitarbeiters des italienischen Geheimdienstes SISMI Francesco Pazienza auswirken; er hatte schon als Vertrauensmann des inzwischen gestorbenen SISMI-Chefs General Santovito, der mit der subversiven P-2-Loge verbunden war, dabei geholfen, die "bulgarische Spur" zu legen. All diese Leute sind von westlichen Geheimdiensten sorgfältig be-

arbeitete falsche Zeugen, die die Aufgabe haben, den "Kronzeugen", den Verleumdern Agca, vor dem Fiasko zu retten.

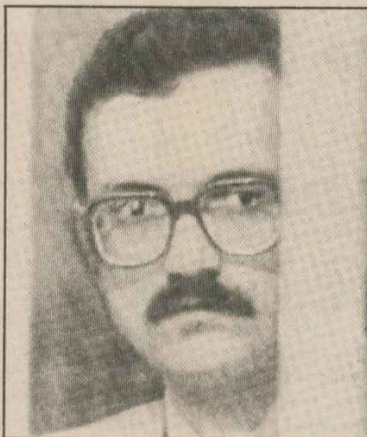
Ein Beispiel dieser Bearbeitung ist der türkische Geschäftsmann Omer Mersan. Mit Drohungen und Versprechungen zwang man ihn dazu, seine ursprünglichen Aussagen zu widerrufen. Dafür wurde Mersan belohnt: Er wird im Gerichtssaal nicht als Angeklagter, sondern lediglich als Zeuge erscheinen.

Die Manipulierung der öffentlichen Meinung wird fortgesetzt. Während des jüngsten Besuchs des Papstes in den Niederlanden wurde ein Türke, der aus der BRD dorthin gekommen war, verhaftet. Er hatte gefälschte Papiere auf den Namen Aslan Samet und eine Browningpistole belgischer Produktion bei sich. Die gleiche Marke hatte Agca während des Attentats benutzt. Sofort fand sich auch ein Mann, der "Aslan Samet" identifizierte: Ein gewisser Suleiman Yetkin erkannte den in den Niederlanden verhafteten Verbrecher, der verdächtigt worden war, einen Anschlag auf den Papst verüben zu wollen, auf einem Foto.

Es kam also doch eine Sensation zustande: Yetkin behauptete, Aslan Samet sei Oral Celik, der zweite Terrorist, der laut Untersuchungsrichter Martella, welcher die Untersuchung im Fall Agca und Antonow geführt hatte, auf den Papst geschossen habe. Allerdings erkannte Bagci, der Angeklagte, der vier Tage vor dem Attentat Agca den Browning übergeben hatte, beim Verhör auf dem Prozeß in Rom Celik nicht. Immerhin glaubt man eher Yetkin, der gleich Agca und Celik aus der türkischen Stadt Malatya gebürtig und mit ihnen seit der Kindheit befreundet ist. Was noch mehr verblüfft: Yetkin ist für seine Kontakte zum Sender "Free Europe", für seine Teilnahme an der "Gruppe für die Rettung der versklavten Türken Rußlands" bekannt, schließlich für seine engen Kontakte zum CIA-Mitarbeiter Ruzi Nazar, Mitarbeiter der US-Botschaft in Bonn und Vertrauensmann Paul Henzes, des ehemaligen CIA-Residenten in der Türkei, der Bücher und Artikel über Agcas buntes Leben verfaßt und an der "bulgarischen Spur" mitteilte.

Die Überraschung mit Celiks Verhaftung (wenn er das wirklich ist) stimmt nachdenklich. Vier Jahre lang konnte sich Celik versteckt halten. Vier Jahre lang konnten Interpol und die Polizei der westeuropäischen Länder keine Spur von ihm entdecken. Und mit einem Schlag ist es, wie auf einen Wink mit dem Zauberstab, gelungen, unmittelbar vor Beginn des "Prozesses des Jahrhunderts", wo man einen weiteren Zeugen so bitter nötig hat, Celik zu verhaften. Wenn das

nicht zur rechten Zeit geschah! Das ist ja jener Celik, der der "bulgarischen Version" zufolge im bulgarischen diplomatischen Lastauto weggebracht wurde, welches nicht kontrolliert werden durfte und deshalb ungestört Italien verließ. Wie war es ihm gelungen, noch



Sergej Antonow beim Prozeß

Foto aus: "Humanite" (Frankreich)

einmal in den Westen zu entfliehen, noch dazu zur rechten Zeit, um ein neues Attentat auf den Papst zu planen, diesmal in den Niederlanden? Man glaubt nur schwer, daß Celik nach Beginn des "Falls Antonow" unbehindert in Westeuropa herumswirren konnte. Folglich wird im Gericht ein weiterer Lügner und Provokateur auftreten. Oder steht beim Prozeß in Rom eine Ablösung des Hauptzeugen der Anklage bevor?

"Fleischgewordener"

Jesus Christus

Alle waren über Agcas Auslassung bei den ersten Gerichtsverhandlungen verblüfft, der erklärte, Jesus Christus, Deuter der Vergangenheit und Prophet der Zukunft, zu sein. Seine Rufe vom nahenden Weltuntergang schockten die Anwesenden. Um die mißliche Lage zu überwinden, tat der Staatsanwalt, als wäre nichts geschehen, und meinte, daß sei eine für die Journaille bestimmte Dummheit. Näher kommen der Wahrheit jene, die in Agca einen Psychopathen sehen, der sich verraten hat.

Aber was war es? Krankhafter Größenwahn, gewöhnliche Schizophrenie oder Gaunerei? Nach seinem Auftritt erklärte Agca seelenruhig, er sei normal, und der Papst, mit dem er sich Ende v. J. im Gefängnis unterhalten hatte, wisse über seine Offenbarungen Bescheid. Der Terror-

rist rechnete offensichtlich damit, durch die Erwähnung des Papstes das Vertrauen der Anwesenden zurückzugewinnen. Ein Sprecher des Vatikans aber meinte auf beharrliche Fragen von Journalisten über Agcas Posse trocken: "Kein Kommentar."

Spuren

der "grauen Wölfe"

Bei dem darauf einsetzenden Verhör des Beschuldigten Bagci erfolgte ein wichtiges Geständnis. Dieses weist auf wesentliche Lücken in der Voruntersuchung hin, die der römische Richter Martella, auf die "bulgarische Version" bedacht, geführt hatte. Insbesondere teilte Bagci mit, zwei gute Bekannte von Agca, Ynan und Yerdal, hätten die Schweiz (wo die letzten Treffen des Terroristen mit seinen Komplizen stattfanden) bei der Nachricht, Agca sei verhaftet worden, verlassen. Bagci nannte zwei weitere Verschwörer, die ebenfalls bekannten türkischen Rechtsextremisten Eyup und Vahvut, die Agca geholfen hatten. All diesen Leuten hatte Martella keine Aufmerksamkeit gewidmet, und der Staatsanwalt Marini sah sich im Gericht zu der Erklärung genötigt, er werde in bezug auf die von Bagci genannten Personen ein neues Ermittlungsverfahren einleiten, um ihre Rolle bei der Vorbereitung und Verwirklichung des Attentats zu klären. Aus den beim Prozeß bekannt gewordenen neuen Fakten zog die italienische "Repubblica" den völlig natürlichen Schluß: Ein Prozeß, der gegen Bulgaren angestrengt worden sei, werde allmählich zu einem Prozeß gegen türkische Rechtsextremisten aus der illegalen neofaschistischen Organisation "Graue Wölfe", zu der Agca und seine Komplizen gehörten.

Selbstverständlich ist das noch kein entscheidender Wendepunkt im Prozeß. Aber die neuen Tatsachen untergraben die Schlüsse der von Martella geführten Untersuchung noch mehr und veranschaulichen die Verlogenheit der "bulgarischen Version".

Die Solidarität erstarkt

Im Westen fragt man häufig, ob die Verteidigung damit befriedigt wäre, wenn Sergej Antonow und seine Landsleute mangels Beweises bzw. mangels Indizien freigesprochen werden. Menschen, die all ihre Zeit und Kraft der Enthüllung der antibulgarischen Provokation widmen, die Teilnehmer der breiten Bewegung der Solidarität mit den unschuldigen bulgarischen Bürgern Antonow, Wassilew und Aiwassow, Opfern von Verleumdungen und Lügen, antworten darauf mit einem entschlossenen Nein.

Neue Konturen—nicht nur in der Skyline

DJAKARTA STEUERT AUSGLEICHKURS

Valeri ANDREJEW

Erstens tun sie das um Antonows und seiner Kameraden willen. Ihr guter Name muß ohne irgendwelche Bedingungen wiederhergestellt werden. Zweitens geht es hier um die elementare menschliche Gerechtigkeit, denn das Nichtvorhandensein von Beweisen bedeutet die Ohnmacht der Justiz. Die Verbrecher, die am Attentat auf dem Petersplatz schuldig sind, existieren. Sie müssen aufgespürt und laut Gesetz bestraft werden. Drittens schließlich geht es um die Wiederherstellung eines gesunden internationalen Klimas. Der "Fall Antonow" ist nicht nur eine Diffamierung Antonows und seiner Kameraden, sondern auch eine Provokation gegen Bulgarien, die ganze sozialistische Welt. Die ideologische Diversion, die die Ost-West-Beziehungen vergiftet, muß restlos aufgedeckt, ihre Organisatoren und Handlanger müssen als Feinde des Friedens und der gutnachbarlichen Zusammenarbeit verurteilt werden.

Es ist wohl an der Zeit, auch die Frage aufzuwerfen, daß gegen die Personen und Organisationen, die sich Anschuldigungen und Verleumdungen gegenüber Antonow, Wassilew und Awasow, dem sozialistischen Bulgarien haben zuschulden kommen lassen, bei Gericht die entsprechende Schadenersatzklage wegen der durch die Diffamierung verursachten moralischen, materiellen und physischen Verletzung eingebracht wird.

Die Massenbewegung der Solidarität mit Antonow und seinen Landsleuten, mit der VR Bulgarien und der ganzen sozialistischen Welt, mit jenen, gegen die der Nervenkrieg geführt wird, ist eine unerläßliche Bedingung für die erfolgreiche Enthüllung der Provokation. Je mehr Menschen sich gegen den in der Rechtspraxis präzedenzlosen und auch völkerrechtlich beispiellosen Prozeß in Rom wenden, je entschlossener die fortschrittliche Weltöffentlichkeit dagegen protestiert, desto weniger Erfolgchancen haben die Inspiratoren und Organisatoren dieser antibulgarischen, antisozialistischen ideologischen Diversion.

Das in der UdSSR gegründete nationale Komitee zum Schutz Antonows zählt unter seinen Mitgliedern namhafte Vertreter der sowjetischen Öffentlichkeit und entfaltet eine aktive Tätigkeit zur Enthüllung der Provokation.

Das Komitee hat vor, sein Wirken mit ähnlichen ausländischen Organisationen und Komitees zu koordinieren, die für die Freilassung des bulgarischen Bürgers, für die restlose Enthüllung der durch den Weltimperialismus organisierten Diversion sind. Die Sowjetbürger unterstützen das Komitee auf das energischste.

Wer Djakarta nach einer 10- bis 15-jährigen Unterbrechung sieht, ist über die Veränderung verblüfft. Früher überwogen ebenerdige bzw. einstöckige, von Armenkaten umgebene Häuser im Stadtbild. Heute wird die Silhouette der City von schönen Hochhäusern bestimmt, in deren modernen Architektur man nationale Elemente wiedererkennt. In tropisches Grün der üppigen Anlagen gebettet, ist das hauptstädtische Zentrum besonders abends, im gleißenden Reklamelicht, schön.

Wer kommt alles!

Eine Besonderheit der indonesischen Hauptstadt sind in letzter Zeit zahlreiche fremde Flaggen, die fast ständig an den Masten vor großen Hotels und Konferenzsälen wehen: ein Zeugnis der hier abgehaltenen internationalen Treffen, Beratungen und Symposien. Das ist nur eins der Zeichen für die merklich gewachsene internationale Aktivität Indonesiens.

In den letzten Jahren macht die internationale Tätigkeit Indonesiens, das in diesem August den 40. Jahrestag seiner Unabhängigkeit begeht, eine bestimmte Evolution durch. Der außenpolitische Kurs wird abgeändert, Akzente werden, bisweilen sehr merklich, verschoben. Der indonesischen Führung geht es darum, ihre Außenpolitik unabhängiger zu machen, sie mehr in Übereinstimmung zu bringen mit dem Status der Republik als eines der größten Länder Asiens, das seiner Bevölkerungszahl nach (ca. 160 Millionen) an fünfter Stelle in der Welt steht und zudem an der Wiege der Bewegung der Nichtpaktgebundenen stand.

In Indonesien wurden die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Konferenz der unabhängigen Länder Asiens und Afrikas (April 1955) als eine wichtige außenpolitische Aktion angesehen. Die Konferenz hatte in der indonesischen Stadt Bandung stattgefunden, nach ihr heißen die berühmten 10 Prinzipien der friedlichen Koexistenz nun die "Prinzipien von Bandung". Ende April veranstaltete die indonesische Regierung dort ein Jubiläumstreffen, zu dem Abgesandte aus

mehr als 80 afrikanischen und asiatischen Ländern eintrafen. Sie beschlossen eine Deklaration mit dem Aufruf, das Wettrüsten zu zügeln und seine Ausdehnung auf den Weltraum zu verhüten, für den Frieden und die Freiheit der Völker, gegen die wirtschaftliche Rückständigkeit zu kämpfen. Die Notwendigkeit wurde betont, alle internationalen Konflikte friedlich beizulegen.

Die Regierung des Präsidenten General Suharto verzeichnet gewisse wirtschaftliche Erfolge, ringt aber zugleich um die Lösung komplizierter Aufgaben bei der weiteren Entwicklung und strebt danach, die gebührenden äußeren Bedingungen dafür herbeizuführen. Das betrifft vor allem die Fragen von Krieg und Frieden. Dieses Thema ist der Tenor praktisch aller Erklärungen des Präsidenten und der anderen Spitzenpolitiker zu internationalen Fragen. Vizepräsident Wirahadikusumah betonte, daß sein Land über die internationale Entwicklung, besonders über die reale Gefahr eines Nuklearkrieges und die "furchtbare Star-War-Gefahr", besorgt ist.

Djakarta beschränkt sich nicht auf Appelle zur Festigung des Friedens, es unternimmt auch Praktisches in dieser Richtung. Über die Tätigkeit der indonesischen Diplomaten 1984 sagte Außenminister Kusumaatmadja: "In einer Weltlage, die angesichts des immer intensiveren nuklearen und konventionellen Wettrüstens eine immer größere Unruhe wegen der Geschichte der Menschheit auslöst, strebt Indonesien danach, auf verschiedenen internationalen Foren seinen Beitrag zur Einstellung dieses Wettrüstens zu leisten... Während der 39. UNO-Vollversammlung war die indonesische Delegation Mitautor von 22 Resolutionen zu Fragen der Abrüstung und internationalen Sicherheit."

Immer mehr Gehör verschafft sich Indonesien auch bei der Erörterung anderer aktueller Fragen: des Kampfes gegen den Kolonialismus, der Verhütung neuer Spannungsherde, der Beilegung der bestehenden Konflikte. Washington verbirgt seine Gereiztheit nicht. Negativ



Djakarta

reagiert es z. B. darauf, daß die indonesische Führung die Bemühungen um eine gerechte und allumfassende Nahostregelung unterstützt und fordert, die israelischen Okkupanten sollen alle besetzten arabischen Territorien verlassen und den Palästinensern Möglichkeiten zur Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates gewähren.

Zu den USA unterhält Indonesien vielfältige Beziehungen. Aber jetzt vertritt es seine eigenen Interessen energischer. Zahlreiche Beispiele bestätigen das. So kritisiert Djakarta zusammen mit seinen ASEAN-Partnern Washingtons Protektionismus sehr scharf und fordert die Beseitigung der Schranken, die den Waren dieser Länder den Zutritt zum US-Markt versperren. Entschlossen sprechen sich die Indonesier für eine neue Weltwirtschaftsordnung aus und geben eindeutig zu verstehen, daß vor allem die Großmachtspolitik der USA einen Fortschritt in dieser Frage behindert.

Im regionalen Rahmen

Washingtons militaristische Aktivitäten im riesigen asiatischen und pazifischen Raum beunruhigen Indonesien ebenfalls immer mehr, wenn es seiner Unruhe auch nur mit halber Stimme oder in verschleierte Form Ausdruck gibt. In den politischen und Regierungskreisen Indonesiens kommt man allmählich zu der Erkenntnis, daß die USA mit ihrem Gerede von einer "sowjetischen Bedrohung" der Länder Südostasiens und des Fernen Ostens ihre eigene Absicht verbrämen, diese Staaten in die Konfrontation mit der UdSSR einzubeziehen und zu Geiseln der nuklearen US-Strategie zu machen.

Die zynischen Erklärungen von Mitgliedern der Reagan-Regierung (etwa die Worte Verteidigungsminister Weinbergers: "Es ist viel besser, Kalifornien in Neuguinea als von Oregon aus zu verteidigen") verdeutlichen die wahren Ziele Washingtons, das die ASEAN zu einem abgekapselten militärpolitischen Bündnis unter seiner Fuchtel umzuwandeln sucht. Offenbar mit Rücksicht darauf

sagte Sudjati Djwandono, ein bekannter indonesischer Politiker aus dem Centre for Strategic and International Studies, in einer Vorlesung von Anfang Februar: "Die UdSSR strebt danach, die guten Beziehungen zu den Staaten Südostasiens aufrechtzuerhalten. Diese Staaten sollten nicht auf die Behauptung der westlichen Propaganda hereinfallen, die UdSSR trage sich mit den Plänen eines Überfalls auf die ASEAN-Länder."

Die militärpolitische Führung Indonesiens wünscht die Situation in Südostasien, zu dem Indonesien ja gehört, nicht mit den Augen der Politiker aus den USA oder sonstigen Ländern zu sehen. In hohem Maße erklärt das die Linie, an die sich Djakarta in dieser für das Land wichtigen Richtung hält. Trotz des äußeren Drucks — seitens der USA, Japans, auch einiger Partner aus der ASEAN — neigt Indonesien keineswegs dazu, im Fahrwasser jener Kräfte zu treiben, die Vietnam als das "Reich des Bösen" in der Region hinstellen und auf eine Vertiefung der Konfrontation zwischen den sechs ASEAN- und den drei Indochinaländern setzen. Der Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte, General Mardani, der im vorigen Jahr die Sozialistische Republik Vietnam besuchte, erklärte nach seiner Rückkehr ohne Umschweife, die Gefahr für die Sicherheit der Länder Südostasiens gehe keineswegs von Vietnam aus.

Man darf die Position Indonesiens in den regionalen Angelegenheiten selbstverständlich nicht vereinfachen. Seine Einstellung zur SR Vietnam und zu den anderen Indochinastaaten ist verwickelt und vielschichtig. In seiner Politik stützt sich Djakarta auf die ASEAN mit ihren recht einflußreichen extremistischen Kräften, die auf eine militärische Lösung der berüchtigten "Kampuchefrage" hoffen, sekundiert seinen Bündnispartnern in so mancher Hinsicht und macht alles in allem kein Hehl aus der negativen Haltung zu den fortschrittlichen sozialpolitischen Errungenschaften der VR Kampuchea.

Doch ist sich die indonesische Führung dessen bewußt, wie gefährlich der Kurs auf das weitere Anheizen der Spannungen in der Region und erst recht auf die Einmischung äußerer Kräfte in ihre Angelegenheiten ist, und so legt sie eine gewisse Geschmeidigkeit an den Tag und zeigt, wenn auch nicht immer konsequent, Interesse an einem Dialog mit der SRV.

Mitte März war Außenminister Kusumaatmadja zu einem offiziellen Besuch in Hanoi. Er nannte die Ergebnisse "erfolgreich, trotz der bestehenden Differenzen" in mehreren Fragen. SRV-Premierminister Pham Van Dong betonte seinerseits, die Verhandlungen seien ein wichtiger Beitrag zur Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sowie zur Lösung der internationalen Probleme Südostasiens. Ein neuer

Beweis für den sich entwickelnden Dialog Djakarta-Hanoi war eine Reise des vietnamesischen Verteidigungsministers Van Tien Dung nach Indonesien im April.

In Anbetracht der Lage in der Region muß man zugeben, daß Indonesiens Kurs auf den Ausbau der Kontakte zur SR Vietnam von einem gewissen Realismus seiner Außenpolitik zeugt.

Nach einem Tief

Kontakte zwischen unseren beiden Ländern entwickelten sich nicht immer gleichmäßig. Es gab Perioden einer intensiven und vielfältigen Zusammenarbeit, aber manchmal kam es auch zu einem Tief, das recht lange andauerte (insbesondere nach den Ereignissen von 1965 in Indonesien).

In letzter Zeit kommt es im sowjetisch-indonesischen Verhältnis zu wesentlichen positiven Wandlungen. Präsident Suharto und andere indonesische Spitzenpolitiker geben immer häufiger Erklärungen ab, in denen sie sich für die Verbesserung und Entwicklung der Beziehungen zur UdSSR aussprechen. Von großer Relevanz war der offizielle Besuch Außenminister Kusumaatmadja in der Sowjetunion im April 1984. Der Besuch gab einer Erweiterung der Beziehungen zwischen unseren Ländern in Politik, Handel, Wirtschaft, Kultur und Sport eine festere Basis. Andrej Gromyko sagte bei einem Frühstück für den indonesischen Besuch: "Das gemeinsame Interesse der Völker unserer Länder an der Festigung des Weltfriedens und am Ausbau der internationalen Zusammenarbeit bildet eine solide Basis für die weitere Aufwärtsentwicklung der sowjetisch-indonesischen Beziehungen."

Die in Moskau erzielten Vereinbarungen werden allmählich in die Tat umgesetzt. Im Oktober 1984 weilte der Minister-Koordinator für Wirtschaft, Finanzen, Industrie und Kontrolle der nationalen Entwicklung Indonesiens, Ali Wardhana, in der UdSSR. Ein zwischenstaatliches Protokoll wurde unterzeichnet; darin sind der Ausbau des Handels und die Wiederaufnahme der sowjetisch-indonesischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorgesehen.

Auch die Kontakte in anderen Richtungen aktivieren sich. In seinem jüngsten Interview für einen TASS-Korrespondenten sagte Kusumaatmadja über den heutigen Stand der sowjetisch-indonesischen Beziehungen: "Nach einem gewissen Tief in der Vergangenheit beleben sich unsere Beziehungen jetzt wieder. Wir hoffen, daß sich unsere Beziehungen noch mehr verbessern."

Diese Hoffnungen werden in der UdSSR geteilt. Unser Land tritt unabänderlich für eine stabile, nicht konjunkturbedingte und immer inhaltsreichere Zusammenarbeit mit der Republik Indonesien ein.

Wachsender Warenaustausch fordert neue Transportlösungen

DER WEG ÜBERS MEER

Bis vor kurzem kannte kaum jemand das Fischerdorf Mukran an der malerischen Prorer Wiek der Insel Rügen. Seit hier jedoch Bauarbeiten der Fährlinie zwischen Mukran und der sowjetischen Hafenstadt Klaipeda voll im Gange sind, wird dieser Name oft in den Zeitungen erwähnt. Eine flüchtige Bekanntschaft mit Mukran und seiner Umgebung genügt, um die Vorzüge des künftigen Fährhafens einschätzen zu können.

Lothar Rot, Leiter der Projektierungsgruppe erzählt:

"Die Bucht ist vor Ostsee-Stürmen geschützt. Ihre tiefen Wässer erübrigen die Ausbaggerung einer Fahrrinne außerhalb der Hafengrenze. Auch andere Faktoren spielen eine Rolle: die verhältnismäßig geringe Entfernung bis Klaipeda sowie das Vorhandensein von Schienenverbindungen zwischen der Insel und anderen Bezirken der Republik."

Vom Leben diktiert

... Unaufhörliches Gedröhn mächtiger KrAZ, KamAZ und anderer Baumechanismen erfüllt die Luft. Nur schrille Schreie der Möwen übertönen es hin und wieder. Die Bauarbeiten mit Beteiligung von mehr als 2500 Arbeitern, Meistern und Ingenieuren sind im vollen Gange. Geleistet ist bereits nicht wenig, obwohl seit Beginn der Arbeiten nur etwas mehr als zwei Jahre vergangen sind. (Über Vorbereitungen des Baus s. NZ Nr. 19/1983). Kurz vor ihrem Abschluß ist die Errichtung der Molen; fertiggestellt wurde bereits das Gerüst für die Bahnanlage, wo die Umstellung der breitspurigen Fahrgestelle sowjetischer Eisenbahnwagen auf die der westeuropäischen Norm entsprechende schmalere stattfinden wird. Ein Wärmekraftwerk entsteht, Ausfahr- und Einfahrgleise werden verlegt und das Hafenbecken wird vertieft.

Die Idee von einer Fährverbindung ist nicht neu, wurde jedoch lange Zeit nur in Fachkreisen diskutiert. Das Wachstum der Handelsbeziehungen zwischen DDR und UdSSR zwang dazu, ihre Verwirklichung zu beschleunigen.

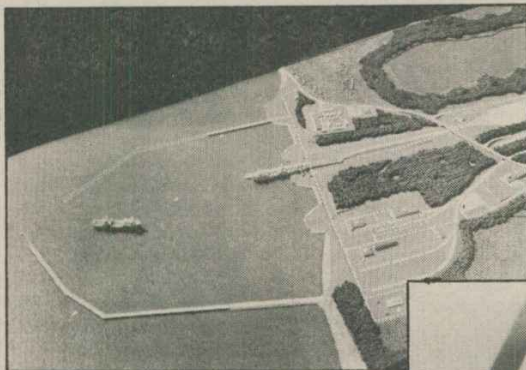
"Das Leben selbst hat die Herstellung einer Fährverbindung angeraten", sagt der stellvertretende Minister für Verkehrswesen der DDR, Heinz Rentner. Die sozialistische Integration vergrößert ständig den Güterverkehr zwischen unseren Ländern, der sich allein in den letzten 10 Jahren verdreifachte. Auch die Aussichten der weiteren Entwicklung unserer Zusammenarbeit sind vielversprechend. Das bedeutet kontinuierliche Zunahme des Güterverkehrs in beiden Richtungen. Da stellt sich die Frage, wie man diesem ohnehin außerordentlich akuten Transportproblem beikommen soll? Der Transit durch Polen ist überlastet. Unzufriedenstellend sind auch die Beförderungsmöglichkeiten auf dem Seeweg, obwohl auf ihm fast die Hälfte des Warenaustausches zwischen der UdSSR und der DDR abgewickelt wird. Umschlag und Lagerung in den Häfen führen zum erheblichen Zeitverlust und Arbeitsaufwand. Der Eisenbahnfährverkehr ist da die zweckmäßigste Lösung des Problems."

der Liefertermine verlangt, besonders wichtig."

Bei Projektierung der neuen Fährverbindung wurden die Erfahrungen bereits funktionierender Fähren berücksichtigt. So unterhält die DDR Trajektverbindungen mit Dänemark und Schweden. Die Linie Saßnitz--Trelleborg, die 1917 Lenin benutzte, als er aus der Schweiz in das revolutionäre Petrograd zurückkehrte, besteht seit 75 Jahren. Die sowjetische Fähre Baku--Krasnowodsk ist seit 1962 in Betrieb, die internationale Linie Varna--Iljitschowsk -- seit 1978.

Besonders aufmerksam wurde die Erfahrung der Fähre Varna--Iljitschowsk und der Grenzübergangsbahnhöfe wie Brest ausgewertet, wo die Umsetzung der Waggons von breitspurigen Fahrgestellen auf schmalspurige erfolgt. Von Anfang an standen die Fachleute der DDR und der UdSSR vor der Aufgabe, ein Projekt auszuarbeiten, das die Durchlassfähigkeit wesentlich erhöhen würde. Und heute wird es verwirklicht.

Dieses Projekt sieht die Reduzierung der Güterumschlagzeit im Hafen auf 4 Stunden vor, was eine dreimal schnellere Verladezeit als auf der Linie Varna--Iljitschowsk bedeutet. Früher wurden Fährschiffe mit mehreren Decks von einer ebenerdigen Laderampe mittels Hebebühnen be- bzw. entladen. Nach dem neuen Projekt erfolgt die Bedienung doppeldeckiger Trajekte über Laderampen mit zwei, den Deckhöhen angepaßten Arbeitsebenen, ohne Hebevorrichtungen.



So wird der Fährhafen in Mukran aussehen

Vertiefung der Fahrrinne in Klaipeda



"Wichtig ist außerdem", betont Heinz Rentner, "daß der Fährverkehr den Linienverkehr noch an Zuverlässigkeit übertrifft. Die Konstruktion der Eisenbahnfährschiffe gewährleistet auch bei Stürmen oder winterlichen Vereisungen die strenge Einhaltung des Fahrplanes. Und das ist unter den Bedingungen der immer enger werdenden industriellen Kooperation, die eine strikte Einhaltung

Voraussichtlich wird das Fährschiff die Entfernung von 506 km zwischen Klaipeda und Mukran in 20 Stunden zurücklegen, was — im Vergleich zum Landweg — eine sechsmal schnellere Beförderung der Güter bedeuten würde.

"20 Stunden Fahrt und 4 Stunden Bearbeitungszeit im Hafen — das ist in der internationalen Praxis die beste Relation zwischen Lauf- und Liege-Zeit für Schiffe", erinnert Rentner.

Auf der Schiffswerft in Wismar ist für die neue Linie der Bau von sechs mit modernster Elektronik ausgerüsteten Spezialtrajekten geplant. Drei der Schiffe werden unter der Flagge der DDR, drei unter der Flagge der UdSSR fahren. Die Wasserverdrängung dieser Fähren beträgt über 11 000 t, was die Aufnahme von 103 Eisenbahnwaggons ermöglicht. Das erste dieser Schiffe wurde in Wismar auf Kiel gelegt.

Abgestimmte Handlungen

Die Häfen der Fährverbindungsline sowohl auf der Insel Rügen als auch vor Klaipeda werden in malerischen Küstengebieten errichtet, die sich als Erholungsorten großer Beliebtheit erfreuen; daher die Notwendigkeit, mögliche Schäden für die Natur auf ein Minimum zu reduzieren. In Mukran wurde beschlossen, alle geschädigten landwirtschaftlichen

Nutzflächen nach dem Bauabschluß zu rekultivieren. Besondere Maßnahmen gelten naheliegenden Süßwasserreservoirs, um sie als Trinkwasserquellen vor Verunreinigung zu schützen. Auch die sowjetische Seite ist in Fragen des Umweltschutzes nicht weniger penibel.

"Die Bauarbeiten im sowjetischen Abschnitt des Fährverbindungskomplexes", erzählte mir der stellvertretende Minister für Seefahrt der UdSSR, Leonid Nedjak, "werden hauptsächlich in der Industriezone Klaipedas durchgeführt. Um das ökologische Gleichgewicht des Kurischen Haffs nicht zu stören, haben wir Ausbaggerungsarbeiten in der Fahrrinne während des Fischzuges und der Laichzeit verboten. Auch werden notwendige Vorkehrungen getroffen, um die Sauberkeit der Ostsee durch die Fährverbindung nicht zu beeinträchtigen. Alle Trajekte werden auf der Basis abfallfreier Technologien arbeiten."

"Der Bau eines so riesigen Fährverbindungskomplexes ist mit großen Ausgaben verbunden. Wie schnell werden diese amortisiert sein?"

"Die Ausgaben sind nicht gering. Ihre Amortisation wird jedoch nicht mehr als 5–6 Jahre nach der Inbetriebnahme der Linie erfolgt sein. Ich möchte betonen, daß sich die Transportkosten im Vergleich zur Eisenbahn um das Sechsfache verringern. Wenn dann die Fähre mit ihrer vollen Leistungskapazität funktioniert,

werden 80% des Güterverkehrs zwischen der UdSSR und der DDR auf den Seetransport entfallen."

"Die erste Stufe der Fährverbindung ist bereits für Ende 1986 geplant. Werden die vorgesehenen Objekte zu diesem Zeitpunkt fertiggestellt?"

"Die Bauarbeiten verlaufen nach Plan. In Mukran sind bereits ca. 40% der Arbeit ausgeführt. Auch das Arbeitstempo in Klaipeda wurde radikal erhöht. Für Ende 1985 planen wir, bis zu 70% der Arbeiten an beiden Enden der künftigen Route abzuschließen. Besonders möchte ich die Koordinierung aller Aktivitäten der Partner herausstellen, die großartige Arbeitsstimmung in Mukran und Klaipeda, den Geist der kameradschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen und deutschen Baukollektiven."

Sowjetische Bauarbeiter und ihre deutschen Freunde sind sich der Bedeutung dieses größten Integrationsbauvorhabens im Transportsektor für unsere Länder voll bewußt", sagte zum Schluß Leonid Nedjak.

"Dieser Bau legt ein beredtes Zeugnis für das hohe Niveau der Beziehungen zwischen unseren Ländern ab. Er schafft Voraussetzungen für die Erweiterung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit."

R. KRESTJANINOW
NZ-Sonderkorrespondent

Berlin--Moskau

HENKER VORS GERICHT

Der Generalstaatsanwalt der DDR übergab den Justizministern Belgiens, Frankreichs, der Niederlande und Österreichs umfangreiche Dokumente über die verbrecherische Tätigkeit des Volksgerichtshofs Nazideutschlands, die Hunderten von Bürgern dieser Länder das Leben kostete. Eine derartige Rechtshilfe leisten die Justizorgane der DDR in Übereinstimmung mit den bekannten UNO-Resolutionen über allseitige Aufklärung nichtverjährender Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie über Vorbereitungen zum 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus.

Im Gespräch mit Ihrem Korrespondenten führte der stellvertretende Generalstaatsanwalt der DDR, Karl-Heinrich Borchert, aus:

"Der faschistische Volksgerichtshof war Bestandteil der Maschinerie zur Aufrechterhaltung einer unmenschlichen Gewaltherrschaft und zur Liquidierung der Widerstandsbewegung. Blutpuren von Nazirichtern führen in fast alle Länder Europas. Die ausgehändigten

Materialien umfassen vorwiegend Gerichtsprotokolle, Anklageschriften sowie Urteile, die von Nazi-Richtern gegen 127 Österreicher, 78 Belgier, 51 Franzosen und 11 Holländer gefällt und vollstreckt wurden.

Ungeachtet dessen, daß die Justizorgane der DDR den zuständigen Stellen der BRD und Westberlins wiederholt Materialien über die verbrecherische Vergangenheit der ehemaligen Justizbeamten des faschistischen Deutschland übergeben haben (insgesamt mehr als 6000 Schriftstücke), wurde bisher noch keiner von ihnen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen."

... Gerhard Lenhardt war einer der Karrieremacher im Justizapparat Hitlers. Zu Beginn des Krieges leitete er das Kreisgericht in Trier und wurde im Oktober 1942 in den Volksgerichtshof des Nazireiches in Berlin berufen. Dort bewährte sich Lenhardt als strebsamer Hüter der unmenschlichen Nazigesetze. Er beteiligte sich an nicht weniger als 52 Gerichtsprozessen, die erbarmungslos Todesurteile fällten.

Man könnte annehmen, Lenhardt müßte seine unmenschlichen Taten nun büßen. Nach dem Krieg war er jedoch erneut für mehrere Jahre im Justizsystem der BRD tätig. Bereits 1960 übergab die Staatsanwaltschaft der DDR an die zuständigen Stellen in der BRD Dokumente, die den Henker entlarvten. Ein Gerichtsverfahren gegen ihn wurde jedoch nicht eingeleitet. Ende vorigen Jahres brach die Staatsanwaltschaft Westberlins die Ermittlungen gegen Lenhardt ab, da er angeblich wegen seines Gesundheitszustandes nicht in der Lage sei, lange gerichtliche Untersuchungen zu ertragen.

Der Abbruch des Ermittlungsverfahrens im Fall Lenhardt stellt keine Ausnahme dar. Die überwiegende Mehrheit der Nazijuristen, deren verbrecherische Vergangenheit durch die von Justizorganen der DDR zur Verfügung gestellten Angaben aufgedeckt wurde, lebt unbehelligt in der BRD.

Doch der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß hatte bereits im Jahre 1946 bewiesen, daß die "gesetzgebenden" Organe Nazi-Deutschlands die schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten.

L. JELISSEJEW
NZ-Korrespondent

Berlin

„MILITÄRISCHE EXPEDITION IN SIBIRIEN“

So nennt die offizielle japanische Geschichtsschreibung die Intervention im Fernen Osten des Sowjetstaates. Nur wenige wagen es, die Wahrheit über die Ereignisse jener Jahre zu schreiben

Georgi SWETLOW

Vor wenigen Jahren hatte ich Gelegenheit, in Tokio mit einem prominenten konservativen Politiker zu sprechen. Es ging um die Geschichte der sowjetisch-japanischen Beziehungen. In dieser Geschichte gab es Perioden konstruktiver Zusammenarbeit im Interesse der Völker beider Länder. Und es gab auch Zeiten, da diese Beziehungen Rückschläge erlitten, wofür die sowjetische Seite keine Schuld trifft. Diese Geschichte begann im Grunde genommen damit, daß Japan an der vom Imperialismus unternommenen militärischen Intervention gegen den jungen Sowjetstaat teilnahm. Das japanische Militär besetzte weite Teile des sowjetischen Fernen Ostens. Bei der Intervention kamen Tausende sowjetische Menschen um, wurde der Volkswirtschaft riesiger Sachschaden zugefügt, wurden den Bewohnern dieses Gebiets unermessliches Leid gebracht und Wunden geschlagen, die lange nicht verheilten.

Beim Wort "Intervention" machte mein Gesprächspartner ein ungläubiges Gesicht. Er sagte, daß er davon nie etwas gehört habe und tat alles mit einem Scherz ab: Er sei nach diesen Ereignissen auf die Welt gekommen.

Diese Wissenslücke war für mich keine Offenbarung. In den Kreisen konservativer Politiker erinnert man sich ungern an die Verbrechen des japanischen Imperialismus, und zwar aus dem einfachen Grund: Diejenigen, die einen Propagandardummel um die sogenannte sowjetische Bedrohung aufziehen, haben kein Interesse daran.

Wahr ist jedoch auch, daß nur wenige im heutigen Japan von einer militärischen Intervention im sowjetischen Fernen Osten wissen. In Schul- und Geschichtsbüchern Japans wird sie entweder gar nicht oder nur beiläufig erwähnt: Offenbar hat das Wort "militärische Expedition in Sibirien" unterschiedlichen Klang.

Um so größer ist deshalb die Bedeutung der bislang wenigen Arbeiten der

progressiven japanischen Historiker und Publizisten, die die Politik Tokios gegenüber Sowjetrußland in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution objektiv beurteilen. Besondere Beachtung verdient die Studie "Russische Revolution und militärische Intervention in Sibirien" des Lektors an der Osaka-Universität Wakio Fujimoto. Es ist der zweite Teil des Buches "200 Jahre Geschichte der Beziehungen zwischen Japan und Rußland, zwischen Japan und der Sowjetunion", das er unlängst gemeinsam mit Koji Sugumori veröffentlicht hat.

Das Werk Fujimotos ist dokumentarisch belegt: Durch diplomatischen Briefwechsel, Publikationen des japanischen Generalstabs, Meldungen der Gendarmrie und nun durch die erst in der Mitte der 70er Jahre für offen erklärten und veröffentlichten Erinnerungen der Teilnehmer der Intervention.

Unter falschem Vorwand

Das japanische Expeditionskorps war das größte Truppenkontingent der Intervention nicht nur im Fernen Osten, sondern auch auf dem ganzen Territorium unseres Landes. Als die Intervention im Oktober 1918 ihren Höhepunkt erreichte, standen im Fernen Osten 72 000 japanische Soldaten. Die Gesamtstärke der in dieses Gebiet entsandten Truppen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und des militaristischen Chinas hingegen betrug nicht einmal 20 000 Mann. Die japanischen Interventionen hielten sich auf sowjetischem Gebiet länger auf als die Streitkräfte anderer Länder: Sie blieben bis Oktober 1922 in der sowjetischen Fernostregion Primorje. Aber auch danach wurde der Nordteil der Insel Sachalin besetzt und zwar bis Mai 1925. Ganze sieben Jahre hielt sich das japanische Militär auf sowjetischem Boden auf. Nahezu die Hälfte aller japanischen Landstreitkräfte nahm an der Intervention teil. Das sind die wahren Dimensionen des

nichterklärten Krieges gegen den Sowjetstaat, den die japanische Geschichtsschreibung schamhaft "militärische Expedition in Sibirien" nennt.

Gleich nach dem Sieg der Oktoberrevolution ging man an die Vorbereitung der Intervention, die unter dem falschen Vorwand "des Schutzes der Untertanen des Japanischen Großreichs" lief. Damals lebten nämlich in der Region Primorje nur einige tausend Japaner (etwas mehr als 0,5% der Gesamtbevölkerung der Region): Hausierer, Krämer, Restaurant- und Werkstättenbesitzer. Aber nur japanische Zeitungen wußten um die Gefahr für Leib und Leben der Japaner: Die in Primorje siedelnden Japaner hatten keinerlei Befürchtungen. Folgendes schrieb am 22. Dezember 1917 die in Wladiwostok herausgegebene japanische Zeitung "Uraio Nippo": "Vor wenigen Tagen haben wir das Telegramm einer in der Heimat erscheinenden Zeitung mit der Bitte bekommen: 'Informiert uns ausführlich über ausgebrochene Krawalle.' Umgehend kableten wir die Antwort: 'Gegenwärtig herrschen hier Ruhe und Ordnung.'" In den gleichen Tagen empfahl der japanische Generalkonsul in Wladiwostok seiner Regierung, keine Kriegsschiffe in die Territorialgewässer Sowjetrußlands zu entsenden. Dessen ungeachtet gingen Mitte Januar 1918 das Panzerschiff "Iwami" und der Kreuzer "Asahi" in Wladiwostok vor Anker. Der Stab der Landstreitkräfte ging an die Ausarbeitung des "Plans einer militärischen Expedition in die fernöstlichen Gebiete Rußlands". Ihr Kampfauftrag wurde wie folgt formuliert: "Die Revolte und die feindseligen Aktionen der Radikalen niederschlagen." (So nannte man in offiziellen japanischen Schriften damals die Kämpfer für die Sowjetmacht.) Ferner "die Einheimischen verteidigen, die sich zu einer gemäßigten Ideologie bekennen, und nollfalls ihre Unabhängigkeitsbewegung unterstützen." Mit anderen Worten ging es um den Sturz der Sowjetmacht, um die Zerstückelung unseres Landes und um die Schaffung von Marionettenregimes in den besetzten Gebieten. Während der ursprüngliche Plan die Besetzung des Südtails des Primorje vorsah, ging es im zweiten im März 1918 ausgearbeiteten Plan des Stabs der Landstreitkräfte um die "Besetzung der Schlüsselgebiete auf dem ganzen russischen Territorium östlich des Baikalsees durch die kaiserliche Armee, um die Aufrechterhaltung der Ordnung und durch die Unterstützung russischer gemäßigter Elemente."

Im ersten und im zweiten Plan fanden sich zwar die Worte vom "Schutz der Landsleute" im Fernen Osten. Später jedoch machte man sich in Tokio darüber keine Gedanken. In der Deklaration vom 31. März 1920, in der die japanische Regierung versuchte, die Motive des Verbleibs seiner Truppen im sowjetischen

Fernen Osten zu erklären, war lediglich vom "Schutz der Interessen des Japanischen Reichs" die Rede.

Am 5. April 1918 landeten die ersten Einheiten der japanischen Armee in Wladiwostok. Die Besatzer erwiesen den Kräften der Konterrevolution allseitige Hilfe, plünderten und mordeten.

Die Kommunisten traten an die Spitze des Kampfes der Werktätigen gegen die ausländische Intervention und die innere

konnten. In den Dokumenten des Generalstabs der japanischen Armee wird dazu lapidar festgestellt: "Alle Häuser des Dorfes, deren Bewohner mit den zu bestrafenden Tätern in Verbindung standen, wurden verbrannt." Im Februar 1919 massakrierten die Interventionen die Bewohner des Dorfes Iwanowka. Ein "Urajio Nippo"-Korrespondent, berichtete später: "Das Dorf Iwanowka wurde umzingelt, 60–70 Höfe des Dorfes wurden niedergebrannt, seine Einwohner, einschließlich Frauen und Kinder, insgesamt 300 Menschen, in Gewahrsam genommen. Einige versteckten sich in ihren Häusern, und die Häuser wurden mit sämtlichen Insassen angezündet."

Am 4. und 5. April 1920 überfielen die Interventionen in Verletzung des Waffenstillstandsabkommens Partisanenabteilungen in Wladiwostok, Nikolsk-Ussurijsk und Chabarowsk. Dem heimtückischen Überfall fielen nach japanischen Angaben allein in Chabarowsk über 400 rote Partisanen zum Opfer, viele bolschewistische Funktionäre "verschwanden", darunter der legendäre Kämpfer für die Befreiung des Fernen Ostens von den Interventionen und den Weißgardisten, Sergej Laso.

In Fujimotos Werk wird wahrheitsgetreu von den Ereignissen in Nikolajewsk am Amur im März 1920 berichtet. Auch heute schlagen manche japanischen Autoren diese Ereignisse aus, um die Leser von der "Grausamkeit und Heimtücke der Roten" zu überzeugen. Anhand historischer Fakten zeigt der Autor, daß die Zusammenstöße zwischen den Partisanen und der japanischen Garnison in Nikolajewsk von den Interventionen selbst provoziert wurden.

Reisaufstände

Seite an Seite mit den russischen Arbeitern und Bauern kämpften die im Fernen Osten lebenden Werktätigen — Koreaner und Chinesen — gegen die eingefallene japanische Armee. Die Koreaner, die nach der Annexion ihrer Heimat durch japanische Kolonialisten in Rußland Zuflucht gefunden haben, bildeten 47 Partisanenabteilungen. Viele Koreaner kämpften in russischen Partisanenabteilungen.

Auch die japanischen Werktätigen trugen zur Zerschlagung der Interventionen bei. Die Oktoberrevolution gab der Bewegung für soziale Befreiung in aller Welt mächtige Impulse. Die Ereignisse im fernen Rußland machten in Japan insofern Schule, als dort 1918 die Reis-Aufstände ausbrachen, an denen sich 10 Millionen Menschen beteiligten. Sie wurden vom Militär brutal niedergeschlagen, aber die Volksbewegung setzte der Ausweitung der militärischen Intervention im sowjetischen Fernen Osten ein Ende.

Der Generalmajor der kaiserlichen Armee, Sakae Sugawara, schreibt in seinen "Aufzeichnungen über die militärische Expedition in Sibirien" (in den 20er Jahren waren sie eine Art Kinder- und

Jugendbuch): die Truppenentsendung nach Sibirien habe zum Arbeitskräftemangel geführt, was seinerseits zu Engpässen in der Reisversorgung führte und Ursache der Reis-Aufstände war. Ein Teil der japanischen Expeditionstruppen mußte zurückbeordert werden.

Die Kunde von den Reis-Aufständen kam zu den Soldaten der Interventionsarmee und regte sie zum Nachdenken darüber an, was sie im fremden Land verloren hätten. Der Soldat der 12. Infanteriedivision, Katsuzo Matsuo, erinnert sich: "Als wir japanische Soldaten ins fremde Land zur Niederschlagung der inneren Unruhen kamen und hörten, daß in der Heimat Reis-Aufstände ausbrachen, die mit Waffengewalt unterdrückt wurden, grübelten wir darüber nach, wie das mit unserem Kampfauftrag zu vereinbaren sei. Mit Unruhe dachten wir daran: Wenn die Gärung im Volk so weit fortgeschritten sei, so würden die Unruhen vielleicht in einer anderen Form immer wieder aufflackern. Wenn das Volk ... in Japan rebelliert, und wenn gegen das Volk das Militär aufgeboten wird, dann hat man es zu weit getrieben."

Sowjetische Kommunisten machten unter japanischen Soldaten Propaganda gegen den Krieg. Laut einer Mitteilung der Feldgendarmerie hätten "die Bolschewisten mit unseren Wachposten und Soldaten Gespräche geführt und Freiheits- und Gleichheitsideen gepredigt."

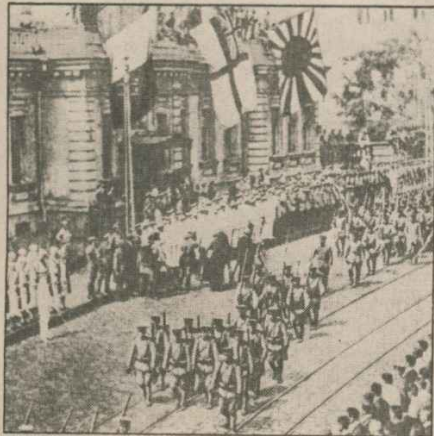
Auch japanische Internationalisten nahmen an der Agitationsarbeit aktiv teil. "Vereinigung für eine Reform im neuen Japan" lautete die Unterschrift unter einer der antimilitaristischen Flugschriften, die auf Eisenbahnstationen des Amur-Gebiets im Januar 1920 verteilt wurden.

Im Juli 1921 ging in Wladiwostok "Der Aufruf an die Kameraden der japanischen Armee" um. Die japanische Feldgendarmerie zog den Schluß, daß die Flugschrift "von einem gebildeten Japaner verfaßt" wurde.

Kiyoshi Shimbo und andere

In der Besatzungsarmee garte es. Nach Meldung der Feldgendarmerie traten in einigen Einheiten der aus Wladiwostok im Dezember 1920 abgezogenen 13. Infanteriedivision Fälle des "Radikalismus" auf. Die Soldaten hätten sich mit "Genossen" angedrückt und geweigert, den Offizieren Folge zu leisten.

Die Geschichte kennt nur wenige Namen der mutigen Internationalisten, die unter Einsatz ihres Lebens Antikriegspropaganda betrieben, um ihren betrogenen Landsleuten die Augen zu öffnen. Kiyoshi Shimbo stammte aus Hokkaido. Im ersten Weltkrieg meldete er sich freiwillig zu einer Einheit, die die japanische Regierung an die Westfront schickte. Eine Zeitlang kämpfte er in der französischen Armee, wurde gefangengenommen, floh nach Rußland und trat in die Rote Armee ein. Im März 1920 verfaßte er die Flugschrift "An die japanischen Soldaten".



Wladiwostok. Japanische Besatzer werden von amerikanischen, britischen und französischen Interventionen begrüßt

Foto aus dem Bildband "100 Jahre" (Japan)

Konterrevolution im Fernen Osten. Überall wurden Partisanenabteilungen gebildet. Seit 1920 nahm am Befreiungskampf im Fernen Osten die Volksrevolutionäre Armee der Fernostrepublik teil, eines Pufferstaates, der auf Lenins Vorschlag geschaffen wurde, um die direkte militärische Konfrontation zwischen der RSFSR und Japan zu vermeiden.

Vor dem Krieg wurden die im sowjetischen Fernen Osten gefallenen japanischen Interventionen als Helden gefeiert und betrauert, die der "Heimtücke der Partisanen" zum Opfer fielen. Bombastische Monumente wurden zu ihrem Gedenken errichtet. Eines davon ist auch heute im Zentrum Tokios, nicht weit vom Kaiserpalast zu sehen. Es handelt sich um eine riesige Steintafel für die Soldaten und Offiziere der Tanaka-Abteilung, die die Partisanen des Amur-Gebiets vollständig aufgerieben haben. Aber diejenigen, die "den auf den Schneefeldern des Amur-Gebiets Gefallenen" nachweinen, schweigen darüber, weshalb sie ins fremde Land kamen und welche Greueltaten sie in den besetzten Gebieten begingen.

Und gerade das teilt Fujimoto in aller Offenheit den japanischen Lesern mit:

Im Januar 1919 brannten die Interventionen das Dorf Sochatino nieder und erschossen alle Einwohner, die sich vor den Henkern nicht in Sicherheit bringen

ERTAPPT

Sie waren zu dritt. Mit größter Vorsicht arbeiteten sie sich durch den Wald. Es war nicht leicht. In den Rucksäcken steckten 16 Verzögerungsminen, Sprengstoff, Brandbomben und ein Funkgerät. Außerdem Arbeitskluft, wie man sie gewöhnlich in Ölrevieren trägt. Dorthin waren die drei unterwegs. Sie glaubten, unbemerkt zu den Ölreservoirs und Bohrtürmen vordringen und dort Minen und Sprengstoff legen zu können. Die Zeitzündung hätte ihnen das Davonkommen gesichert. Um Verfolger zu täuschen, wollten sie irgendwo einen Plan der Gegend zwischen der angolischen Provinz Cabinda, wo sich die Ölreviere befinden, und einem Nachbarstaat "verlieren".

Sie waren fast am Ziel, da stießen sie auf eine Streife der Volksbefreiungskräfte Angolas. Es kam zur Schießerei. Zwei der Saboteure wurden getötet, der dritte verwundet und gefangengenommen. Sie entpuppten sich nicht als Banditen von der konterrevolutionären UNITA, die in Angola laufend Sabotageakte verübt, sondern als Militärs der Republik Südafrika.

Das meldete das Verteidigungsministerium der Volksrepublik Angola (VRA) am 21. Mai. Und wie reagierte Pretoria? Anfangs schwieg es sich

aus. Dann leugnete es, daß Militärs der RSA in Angola eingesetzt seien. Schließlich gestand es aber doch, militärische Gruppen ausgesandt zu haben, die "in der Gegend von Luanda" Informationen über Soldaten der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika einholen sollten. Das war eine Lüge auf weite Sicht. Erstens stehen in Angola keine "Soldaten" der SWAPO und des ANC

Über das Scheitern des Sabotageaktes ist man in Washington alarmiert, vor allem, weil dieser Akt das Weiße Haus in eine peinliche Lage gebracht hat. Es hatte die Zurücknahme der RSA-Truppen aus Angola von Ende April gar zu gern als einen Erfolg seiner eigenen Politik konstruktiver "Zusammenarbeit" mit Pretoria hinstellen wollen. Jetzt zeigt es sich, daß die aus Angola (ein Jahr später, als das Abkommen von Lusaka vorsah) zurückgenommenen RSA-Truppen wieder in Angola sind, nur nicht als reguläre Einheiten, sondern als "Aufklärungsgruppen".

Außerdem war der Sabotageakt in den Ölrevieren Cabindas geplant, wo der US-amerikanische Konzern Gulf Oil Öl fördert. Nolens volens mußte das State Department die Sache

erklären. Typisch ist, daß dessen Sprecher die Aktion der RSA nicht verurteilt, sondern Bedauern über die Gefahr ausgesprochen hat, der amerikanischer Besitz ausgesetzt worden ist.

Mit dem Einschleusen bewaffneter Gruppen in Angola beweisen die Rassisten aus der RSA ein übriges Mal, daß sie dessen fortschrittlichem Regime feind sind. Solange es nicht zu direkten Überfällen gekommen ist, werden Geheimoperationen zu demselben Zweck aufgezogen, die Situation in Angola zu destabilisieren und dessen wirtschaftliche Schwierigkeiten auf die Spitze zu treiben. Die Ölreviere Cabindas sind ja Angolas wichtigste Devisenquelle.

Pretoria unterstützt die UNITA-Einheiten auch weiter. Es liefert den Banditen Waffen, Munition und Monturen, damit sie die Bevölkerung Angolas terrorisieren und einen Wirtschaftskrieg führen können. Damit nicht genug, sind die Rassisten jetzt selbst zu Sabotageakten übergegangen.

So sieht die "Friedensliebe" Pretorias aus, von der es nach dem vorjährigen Abschluß des "Nkomati-Vertrags" mit Mocambique und nach der Vereinbarung mit Angola in Lusaka so viel hermachte. Bald offen, bald insgeheim verstößt es gegen die übernommenen Verpflichtungen. Die Rassisten sind ständig auf dem Sprung, von den Vereinbarungen zu feindseligen Akten überzugehen.

J. BOTSCHKARJOW

Shimbo berichtete in dieser Flugschrift, wie er zu der Ansicht gelangt war, daß der erste Weltkrieg ein Raubkrieg wäre. Er entlarvte die wahren Absichten der japanischen Regierung, die Tausende japanische Soldaten im sowjetischen Fernen Osten für die ihnen fremden Interessen der Kapitalisten, Großgrundbesitzer und der Militärclique opferte. Die Flugschrift schloß mit dem Aufruf: "Sprengt die Fesseln der Sklaverei, stellt den Krieg gegen eure Brüder ein und richtet die Waffen gegen die wahren Feinde, gegen die besitzenden Klassen Japans. Im Bunde mit dem Proletariat der ganzen Welt kämpft für Freiheit und Glück!"

Sato (Präfektur Miyagi) leistete während der Intervention ebenfalls wirksame Propagandaarbeit. Er starb im Dezember 1922 an einer schweren Krankheit. Sein Begräbnis in Chabarowsk gestaltete sich zu einer Solidaritätsdemonstration der Werktätigen Sowjetrußlands und Japans.

Unter den Schlägen der Volksrevolutionären Armee der Fernostrepublik und der roten Partisanen mußten die Interventionen die besetzten Gebiete räumen. Am 24. Oktober 1922 unterzeichneten Vertreter des japanischen Kommandos ein Abkommen über den Abzug aus Wladiwostok: Japanische Panzer- und Transportschiffe lichteten in der Bucht des Goldenen Horns die Anker. Das Kriegsabenteuer fand ein unruhliches Ende.

Wie stand es um die japanischen Untertanen im Fernen Osten, zu deren angeblichen Rettung die Intervention unternommen worden war? Nach ihnen krächte kein Hahn. Mehr noch. Im September 1921 meldete der japanische Konsul in Wladiwostok an Tokio, daß diese Menschen, die jahrelang mit den Einheimischen zusammen gelebt und gearbeitet hätten, nun alles stehen- und liegenlassen und nach Japan auswandern mußten, wo sie niemand brauchte. "So hat der

japanische Imperialismus, der unter der Flagge 'Verteidigung der Landsleute' in fremdes Land eindrang, die Existenz dieser Menschen ruiniert", ist der bittere Schluß, den Fujimoto zieht.

* * *

Das Werk des japanischen Historikers gibt Stoff zum Nachdenken. Indem wir für die Entwicklung gutnachbarlicher und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zu Japan eintreten — denn nur solche Beziehungen würden nach unserer festen Überzeugung im Interesse der beiden Völker liegen — fordern wir die japanische Seite auf, den Ballast alter Vorurteile über Bord zu werfen und gemeinsam das Gebäude der sowjetisch-japanischen Beziehungen zu errichten. Aber die Vergangenheit darf nicht in Vergessenheit geraten, denn es gilt, daraus die Lehren zu ziehen, auch wenn diese Lehren bitter schmecken.

Nach sachverständiger Ansicht könnte die Lebenserwartung des Menschen von Natur aus viel größer sein. Wie könnte man sein Leben verlängern?

Was sagt die Wissenschaft?



Dr. sc. Lydia BOGDANOWITSCH

Alle Lebewesen haben ihr Höchstalter. Der französische Naturforscher George Buffon (18. Jh.) hat festgestellt, daß das Leben eines jeden Organismus 5- bis 6mal so lange dauert wie sein Wachstum. Das Pferd wächst und entwickelt sich 5 Jahre, lebt aber 30; das Kamel kommt damit in seinem achten Jahr zu Ende und lebt 40 Jahre. Der Mensch wächst und entwickelt sich 25 Jahre und müßte als biologische Spezies mindestens 125 Jahre leben. Manche Wissenschaftler setzen das Höchstalter sogar mit 140--150 an.

Heutzutage lebt der Mensch nicht so lange, wie er von Natur aus leben sollte. In alten Zeiten war es noch viel schlimmer. Die Lebenserwartung im antiken Griechenland lag durchschnittlich bei 18, in Rom zu Beginn der Neuzeit bei 21 und im vorrevolutionären Rußland bei 32 Jahren.

Der Geschichte ist aber auch Langlebigkeit bekannt. So wurde Plato 80 und zwei Jahrhunderte später der römische Schriftsteller, Historiker und Politiker Cato der Ältere (der im Senat andauernd wiederholte: "Karthago muß zerstört werden") 85. Der venezianische Doge Dandolo starb mit 97, Voltaire mit 84 und Victor Hugo mit 83 Jahren. Das sind aber Ausnahmen. Im großen und ganzen aber galten 30--40 Jahre noch im vorigen Jahrhundert als der späte Lebensabend.

Belief sich die durchschnittliche Lebensdauer im Jahre 1800 in Europa

auf 30 Jahre, so trat gegen 1900 ein plötzlicher Sprung auf 45 ein. Das erklärte sich vor allem mit dem Fortschritt in Sanitätswesen und Hygiene, ja in der ganzen Medizin als Wissenschaft. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts sind zu Hunderten Medikamente gegen Krankheiten entdeckt worden, die kurz zuvor noch als tödlich galten.

Ausschlaggebend aber ist da der sozialökonomische Faktor. In der geschichtlich gesehen kurzen Zeit seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung in unserem Land verdoppelt und reicht jetzt über 70 Jahre hinaus. Indessen gibt es unter der neokolonialistischen Abhängigkeit ächzende Länder, wo sie sich nur auf 50 Jahre beläuft. Als z. B. Kuba die imperialistischen Ketten gesprengt hatte und zu profunden sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen, zum Aufbau des Sozialismus übergegangen war, schnellte dort die Lebenserwartung in nur 25 Jahren auf 74 Jahre in die Höhe (noch 1970 betrug sie 66). Dank den Fortschritten seines Gesundheitswesens hat Kuba unter den Entwicklungsländern die geringste Kindersterblichkeit.

In einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit sorgt der Staat unablässig für die Gesundheit seiner Bürger und trifft wirksame Maßnahmen dafür, das Gesundheitswesen zu vervollkommen, die Infek-

tionskrankheiten auszumerzen und die Kindersterblichkeit zu verringern. Soziale Faktoren der Langlebigkeit sind: die einem jeden zugängliche ärztliche Betreuung, das unablässig steigende Wohlergehen der Werktätigen, das Fehlen der Arbeitslosigkeit und die gesicherte Zukunft.

In der UdSSR sind rund 20 000 Bürger über 100, einige sogar über 150 Jahre alt. Der Aserbaidschaner Schirali Muslimow zählte 168! Der sowjetische Demograph B. Uralnis vermutet, daß die durchschnittliche Lebenserwartung bei uns bald an 90 Jahre heranreichen wird.

Wann beginnt das Alter?

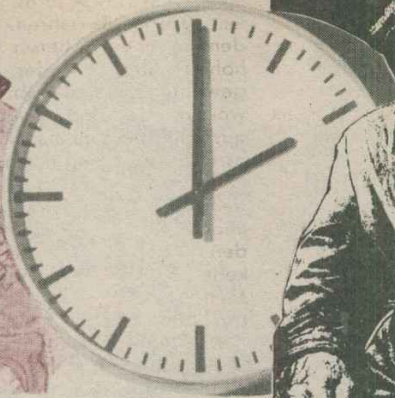
Es gibt Wissenschaftler, die behaupten, daß der menschliche Organismus von Geburt an oder sogar schon im Mutterleib zu altern beginnt. Meiner Ansicht nach kann erst ab 25 Jahren, wenn der Organismus voll ausgebildet ist, vom Altern die Rede sein. Folglich muß das Fundament für die Gesundheit und ein langes Leben schon in der Jugend gelegt werden. Gerade sie denkt aber nicht oft daran, sondern vergeudet ihre Kräfte.

Leider altern die meisten heutzutage vorzeitig und erreichen aus eigenem Verschulden die natürliche Altersgrenze nicht. Es genügt nicht, die Krankheiten auszumerzen. Übrigens ist errechnet worden, daß auch nach einem endgültigen Sieg über die schlimmsten Feinde des Menschen — die Kreislaufstörungen, den Krebs und die Verletzungen — dieser nicht mehr als 10--12 Lebensjahre gewinnen würde. Um viel mehr Jahre bringen wir uns selbst, rücken wir das Alter und damit die Altersschwäche an Körper und Geist näher! Ganz allgemein gesprochen, verschulden wir das durch eine ungesunde Lebensweise.

Wie der römische Philosoph Seneca sagte, verlängert man sein Leben vor allem dadurch, daß man es nicht verkürzt.

Womit tun die Menschen das? Durch Rauchen, manche durch den Genuß anderer Rauschgifte (das Nikotin ist ja auch eins); durch den Alkohol. Die in unserem Land eingeleitete großangelegte Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs wird zweifellos zu einer wesentlichen Verlängerung der Lebensdauer beitragen.

Wichtig für die Gesundheit ist eine reine Umwelt, sind durch Kunstdünger und Pestizide nicht verseuchte und von chemischen Beimischungen freie Nahrungsmittel.



Viele unserer langlebigen Landsleute hatten ein schweres Leben: Sie litten Entbehrungen, machten mehrere Kriege durch, waren verwundet und blieben von Krankheiten nicht verschont. Dank ihrer gesunden Lebensweise, dank dem Verzicht auf schädliche Angewohnheiten und auf jede Völlerei sind sie bis ins hohe Alter rüstig geblieben. Gewiß hat bei den meisten auch ein günstiges Erbgut (insbesondere das Fehlen von Trinkern unter ihren nahen Vorfahren) eine Rolle gespielt. Außerdem haben sie den schweren Verhältnissen standgehalten, weil sie sich ein hohes Ziel setzten und weil sie optimistisch und aufgeschlossen sind. Gute Menschen leben länger. Tausendmal recht hatte der deutsche Arzt Hufeland (18. Jh.), als er sagte: "Je mehr wir unseren Nächsten Gutes wünschen, je mehr wir andere glücklich machen, desto glücklicher sind wir selbst." Unglückliche, ständig deprimierte Menschen leben nicht lange.

Eine der aussichtsreichsten Richtungen der Wissenschaft, wie man die Jugend erhält und wiederbringt, ist die Psychohygiene. Sie erhöht die seelische Widerstandsfähigkeit gegen schädliche äußere Einflüsse.

Unser turbulentes, schnellebiges Zeitalter: mit dem anschwellenden Strom der Informationen stellt an die höhere Nerventätigkeit enorme Anforderungen. Die ständigen Überlastungen für Nerven und Psyche können sehr folgenschwer sein. Deshalb müssen sich die Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit auf alle Bereiche unseres Lebens — auf Schule, Studium, Arbeit, Haushalt und Freizeit — erstrecken. Zur Stärkung der psychischen Widerstandsfähigkeit tragen motorische Aktivität, Training der schöpferischen Anlagen, Kräftigung der Hirnfunktionen — der Wahrnehmung, Speicherung und des Denkens — bei. Nicht zuletzt können auch autogenes Training, Selbsterzie-

hung und Gewöhnung an Selbstbeherrschung eine Rolle spielen. Man muß lernen, sich zu entspannen und damit dem Nervensystem die notwendige Ruhepause zu verschaffen. Erfreulicherweise werden bei uns in vielen Betrieben Entspannungsräume eingerichtet, wird entsprechende Musik durchgegeben usw.

Und hier kommen wir zu den vermaledeiten Stressen. Seien wir uns von Anfang an darüber einig, daß sie leider nicht zu vermeiden sind. Man darf aber keine panische Angst davor (wie überhaupt vor allerlei Bedrängnissen) haben. In gewissem Grade mobilisiert der Streß sogar die Reserven des Organismus und seiner Gesundheit. Nur darf er nicht von Dauer sein, man muß lernen, die Folgen ungünstiger Einflüsse auf den Organismus zu regulieren.

Dazu braucht man Willenskraft. Jung bleiben besonders Menschen, die es unbedingt wollen und den festen Willen haben. Unter solchen würde man Bummelanten, Freßsäcke, mißgünstige und humorlose Typen vergebens suchen. Die Langlebigen halten in allem Maß. Verheiratete leben länger, eine einträchtige Familie erhält jung, während Junggesellen früher altersschwach werden und sterben.

Dauerlauf mit Hanteln

Schon Aristoteles und Hippokrates, die der Menschheit viele gute Ratschläge gaben, haben sich Gedanken über eine Verlängerung des Lebens und über Rezepte für die Verjüngung des Organismus gemacht. So besagt die Auffassung des Hippokrates von einer gesunden Lebensweise, daß man mäßig essen soll, daß ein Übermaß an Schlaf wie an Wachsein schadet und daß Bewegung an frischer Luft gesund ist. Das

erkennt die Medizin noch jetzt so gut wie unverändert an.

Es hat aber in der Geschichte auch schon allerlei stümperhafte andere Versuche gegeben. So tranken Greise im alten Rom Blut aus den Wunden sterbender junger Gladiatoren. Der für seine Ausschweifungen berüchtigte Papst Innozenz VIII. trank einmal das Blut eines Säuglings, wurde davon aber natürlich nicht jünger. Einst war eine "Verjüngung" durch den Atem Jugendlicher in Mode. Der österreichische Arzt Mesmer baute auf einen natürlichen "Magnetismus". Man versuchte es damit, Männern die Samenrüben von Affen einzupflanzen, die Wirkung hielt jedoch nicht lange an. Erst die Erkenntnisse der modernen Medizin, Biologie und anderer verwandter Wissenschaften trugen dazu bei, daß das Problem einer Verlängerung des Lebens ernsthaft angegangen werden konnte.

Die Gerontologie — die Wissenschaft vom Altern der Organismen, auch des Menschen — hat schon immer besonderes Gewicht auf die Ernährung gelegt. Schon in den 30er Jahren ergaben Experimente an Ratten, daß Tiere, die kalorienärmeres, jedoch hinsichtlich des Eiweiß- und Vitamingehalts vollwertiges Futter bekamen, weniger wogen und länger lebten. Von den anderen Tieren waren nicht alle für diese Methode empfänglich. Nach unserem Dafürhalten wäre es verfrüht und riskant, diese Auffassung auf den Menschen anzuwenden, obzwar schon viele Wert darauf legen, nicht satt zu essen oder regelmäßig zu hungern, um lange zu leben. Dr. Roy Walford von der Kalifornischen Universität, der für eine kalorienarme Nahrung ist, behauptet, durch allmähliche Senkung des Kaloriengehalts der Kost um etwa 40% könne man 140 Jahre alt werden. Um das zu beweisen, experimentiert er an sich selbst. Nun, warten wir ab...

Sachverständige sind sich darüber einig, daß eine abwechslungsreiche Kost, zu der unbedingt Obst, Gemüse und Molkereierzeugnisse gehören sollen, regelmäßig eingelegte Fasttage, eine richtige Zubereitung der Gerichte, kurz, eine rationelle Ernährung auch mit Rücksicht auf die Eßgewohnheiten und nationalen Traditionen, für die Langlebigkeit und für die Verlängerung der Jugend wichtig sind.

Viele glauben, um lange zu leben,

brauche man besondere Verhältnisse: das ganze Jahr über Bergluft und Seebäder, täglich frisches Obst und Gemüse, ferner bequeme Arbeits- und Lebensbedingungen, viel Zerstreuung usw. Daß viele unserer hochbetagten Greise kein leichtes Leben hatten, haben wir schon gesagt. (In unserem Land gibt es übrigens solche nicht nur in den transkaukasischen Republiken mit ihrer reinen Bergluft, sondern auch in Jakutien, Burjatien, im hohen Norden, in Moskau, Leningrad und anderen Großstädten.) Hier noch einige Ergebnisse langjähriger Forschungen: Keiner dieser Menschen hat sich beim Essen Zwang auferlegt, er hat sich nach nationalem Brauch beköstigt. Keiner war Vegetarier.

Untersuchungen in verschiedenen sozialen Gruppen der USA haben ergeben, daß die geringbesoldeten schwarzen Bürger um 10–12 Jahre weniger lebten als bessergestellte Weiße. Folglich starben arme Leute, die gegen ihren Willen "kalorienarme Kost" zu sich nahmen, früher als Leute, die im Übermaß essen konnten, was bekanntlich die Zahl der Herz- und Kreislauferkrankten mehrte.

Vor der Revolution herrschte in großen Gebieten Rußlands jahraus, jahrein Dürre oder Überschwemmung, gab es Heuschreckenplagen oder Brände. Ständige Unterernährung wurde von Hungersnöten abgelöst. Doch die "kalorienarme Kost" trug nicht zur Langlebigkeit bei. Das waren Gebiete mit niedrigem Lebenserwartungsindex.

Zu unserem Gespräch über die Verpflegung sei abschließend bemerkt, daß bisher noch nichts Plausibles zugunsten ständiger oder auch regelmäßiger Unterernährung, Fastenzeiten, modischer Ernährungstheorien, des Vegetarismus und der Rohkost gesagt werden kann. Will man gesund bleiben und das Alter "aufschieben", so muß man eine an Kalorien, Eiweiß und anderen unersetzlichen Bestandteilen, darunter auch Mikroelementen und Vitaminen, vollwertige Nahrung zu sich nehmen, darf aber nie vergessen, daß ein Übermaß schädlich ist und daß man sich vor dem Fettansetzen hüten muß.

Ungemein wichtig sind eine den Kräften eines jeden entsprechende Körperkultur und Abhärtung sowie eine aktive Erholung. Man muß aber bedenken, daß der Organismus zwar sehr, aber nicht grenzenlos anpassungsfähig ist. Extreme Körperbelastungen wie in der Jugend sind der Langlebigkeit nicht zuträglich.

Ich möchte unsere Leser mit dem Moskauer Michail Kotljarov bekannt machen, der schon über die 80 ist, aber ein vollwertiges Leben führt.

Von seinen Altersgefährten ist er der schnellste Läufer. Er macht Marathonläufe, noch dazu mit Hanteln! Dabei hatte er es im Leben ganz und gar nicht leicht. Lange Jahre arbeitete er unter Tage, machte viele schwere Infektionskrankheiten durch, hatte sogar Lungentuberkulose und einen Herzinfarkt. Solche wie ihn gibt es viele.

Arbeiten bedeutet leben

Die Welt wird älter. Der Anteil der Alten an der Bevölkerung nimmt unablässig zu. Immer mehr von ihnen werden sich mit dem Gedanken ans Alter beschäftigen, und jeder muß wissen, daß Alter und Altern nicht ein und dasselbe ist. Cicero schrieb: "Schlimm ist nicht das Alter überhaupt, sondern träges, schlappes, unwissendes Alter." Es ist eine obligate Altersstufe, das Altern dagegen ein regulierbarer Vorgang, den man beschleunigen oder abbremsen kann. Mehr noch, die Gerontologie setzt sich nicht nur dafür ein, daß die Menschen möglichst lange leben. Das ist nicht Selbstzweck. Worauf es ankommt, ist die Verlängerung der aktiven, schöpferischen Zeitspanne im Leben des Menschen.

Die ersten unverkennbaren Symptome des Alterns treten schon mit 30 oder 35 Jahren, geschweige denn in einem höheren Alter auf. Im hohen Alter ist der Organismus gewöhnlich vielen Gebrechen unterworfen, sie sind zuweilen derart qualvoll, daß sich manche fragen, ob es überhaupt Sinn hat, so ein Leben zu verlängern. Es ist vorgekommen, daß betagte Leute, die sich selbst und anderen nicht zur Last fallen wollten, den Freitod wählten. Das ist natürlich kein Ausweg. Die Medizin und der Mensch selbst müssen die Altersgebreche bekämpfen.

Das Altern ist ein komplizierter biologischer Vorgang, der die Struktur der Zellen und den Stoffwechsel angreift und sich u. a. in einer Störung der biologischen Synthese des Eiweißes äußert. Die Wissenschaft muß es noch lernen, die Vorgänge innerhalb der Zelle zu steuern. Doch schon jetzt kann sie viel.

In der UdSSR verhilft die Prophylaxe zu einem langen und dabei gesunden, vollwertigen Leben. In den psychotherapeutischen und geriatrischen Abteilungen und Stationen der Polikliniken und Krankenhäuser (die Geriatrie ist eine Sparte der Gerontologie besonders für Alterskrankheiten) und direkt in Betrieben wird ein Komplex vorbeu-

BIOGRAPHISCHES



VORSITZENDER DES PRÄSIDIUMS DER SFRJ RADOVAN VLAJKOVIC

Geboren am 18. November 1922 in Budjanovci (Vojvodina). Serbischer Nationalität. Seit 1941 Teilnehmer des nationalen Befreiungskrieges. Seit 1943 Mitglied des BdKJ. Im Krieg war Vlačković Sekretär eines Bezirks- und eines Kreiskomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Jugoslawiens, Mitglied eines Be-

zirks- und eines Kreiskomitees des BdKJ. Nach der Befreiung bekleidete er verantwortliche Posten im Sozialistischen autonomen Gebiet Vojvodina und in der Föderation — war Vorsitzender der Skupschtina der Vojvodina, Vorsitzender des Komitees für Landwirtschaftsfragen des Bundesexekutivrates der Skupschtina der SFRJ, wurde zum Abgeordneten des Rats der Republiken und des Rats der Föderation der Skupschtina der SFRJ gewählt; von 1974 bis 1981 Vorsitzender des Präsidiums des Sozialistischen autonomen Gebiets Vojvodina und Mitglied des Präsidiums der Sozialistischen Republik Serbien.

Vlačković wurde in das Präsidium des Gebietskomitees des Bundes der Kommunisten der Vojvodina und in das Präsidium des ZK des Bundes der Kommunisten Serbiens gewählt. Auf dem XI. (1978) und dem XII. (1982) Parteitag des BdKJ gewählt in das ZK des BdKJ. Im November 1981 wurde Vlačković in das SFRJ-Präsidium von der Vojvodina gewählt. Entsprechend dem in der SFRJ üblichen Rotationssystem der Führungskader wurde Vlačković am 15. Mai 1984 stellvertretender Vorsitzender des SFRJ-Präsidiums und dann am 15. Mai 1985 Vorsitzender des Präsidiums.

gender Maßnahmen gegen das Altern getroffen. Regelmäßig sollen Reihenuntersuchungen vorgenommen werden, damit Störungen und Krankheitsprozesse frühzeitig erkannt und rechtzeitig behandelt sowie die betreffenden Organe regeneriert werden können.

Die sowjetische Medizin verfügt über zahlreiche Mittel, die das Altern der Zellen aufhalten, die Abwehrfähigkeit des Organismus, seine Widerstandsfähigkeit gegen allerlei Krankheiten und ungünstige Einwirkungen erhöhen. Die Spezialärzte für Geriatrie haben ein ganzes Arsenal von Vitaminkomplexen und biologisch aktiven Stoffen. Sie verwenden Drüsenpräparate, besonders die der Keimdrüsen, die den Stoffwechsel und die Eiweißabsorption fördern sowie den Rhythmus des Geschlechtslebens regeln. Mit Erfolg verwendet man Präparate aus Ginseng, Schizandra, Aralia und anderen Pflanzen, die das zentrale Nervensystem tonisieren und stimulieren. Sogenannte Sorbente haben sich bewährt. Sie halten an ihrer Oberfläche schädliche oder giftige Stoffe fest und scheiden sie aus dem Organismus aus. Vielversprechend ist die Gentechnik, die Einwirkung auf die Erbmasse und den eiweißsynthetisierenden Apparat der Zellen.

Medikamente? Schön und gut, aber nichts verlängert das Leben so sehr wie die Arbeit. Umgekehrt verursacht der Eintritt in den Ruhestand öfter das sogenannte Rentnersyndrom: Durch Abbruch von Lebensgewohnheiten und Trennung von den Kollegen wird ein alter Mensch oft deprimiert und ratlos. Dann altert er schneller.

Die Arbeit, das Gefühl, der Allgemeinheit oder auch nur der Familie nützlich zu sein, hebt das Wohlbefinden, verleiht dem Menschen Frische und erhält ihn gesund.

Leningrader Forschungen haben ergeben, daß 80 Prozent der Rentner arbeitsfähig sind. Für die Allgemeinheit wäre es unrationell, ihr Können und ihre Erfahrungen brachliegen zu

lassen. Der Sowjetstaat bemüht sich, Verhältnisse zu schaffen, unter denen Rentner weiterarbeiten können. Hier ist so manches für die materielle Stimulierung berufstätiger Rentner getan worden. In verschiedenen Berufen wird ihnen neben dem Lohn die volle Rente gezahlt. Über 9 Millionen Rentner leisten bei uns gemeinnützige Arbeit. Wer nicht so kräftig ist, der übernimmt die ehrenvollen Pflichten eines Erziehers der Jugend oder tut andere ehrenamtliche Arbeit.

Bei uns im Lande beschäftigt man sich sehr eingehend mit der Frage der Langlebigkeit. Vor mehr als 25 Jahren entstand das Gerontologische Institut der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR (AdMW), an dem die biologischen, physiologischen und medizinischen Aspekte des Alterns als Komplex untersucht und umfangreiche soziologische Forschungen betrieben werden. Außerdem gehören diese Probleme zum Themenkreis von 120 Forschungs- und medizinischen Instituten. Ein Institut für Jugendforschung, an dem Wissenschaftler ehrenamtlich tätig sind, ist gegründet worden. Es besteht ein wissenschaftliches Komplexprogramm "Verlängerung des Lebens". Alle diese Arbeiten werden vom Wissenschaftlichen Rat der AdMW für Gerontologie und Geriatrie zusammengefaßt. Die sowjetischen Gerontologen arbeiten rege mit Kollegen aus anderen, vor allem sozialistischen Ländern zusammen.

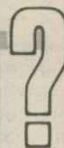
Tolstoi und Repin, Voltaire und Verdi, Prof. Pawlow und Mischurin — die Geschichte kennt viele Beispiele dafür, daß Menschen, die mit vollen Händen gaben, was sie nur konnten, und ganz in der schöpferischen Arbeit aufgingen, lange lebten und nicht nur bis ans Ende ihrer Tage arbeiteten, sondern sich auch des Lebens freuten. Die sowjetischen Gerontologen sehen ihre wichtigste Aufgabe darin, das einem jeden zu ermöglichen.

DIPLOMATEN IN DER UKRAINE

Vom 26. bis zum 30. Mai machte eine repräsentative Gruppe der Leiter von in der UdSSR akkreditierten diplomatischen Vertretungen von 36 Ländern Asiens, Afrikas, Europas, Amerikas und Ozeaniens eine informative Reise durch die Ukraine. Sie besuchten die Heldenstädte Kiew und Odessa und den weltbekannten Badeort Jalta, besichtigten Museen und Gedenkstätten des Großen Vaterländischen Krieges von 1941-1945, legten in Kiew Kränze am Grabe des Unbekannten Soldaten und in Odessa beim Denkmal des Unbekannten Matrosen nieder. In Kiew wurden die Gäste von Alexander Ljaschko, dem Vorsitzenden des Ministerrats der Ukrainischen SSR, zu einer Aussprache empfangen.

Die Reise war von der Protokollabteilung des Außenministeriums der UdSSR veranstaltet.

G. SCHURIN



Was ist der Arbeitskreis Darmstädter Signal!

M. BOGOMOLOWA
Moskau

Er wurde im September 1983 aus Protest gegen die Stationierung der Pershing 2 und der Cruise Missiles in der BRD gegründet. Jetzt erfaßt er über 150 fortschrittlich eingestellte Soldaten, Offiziere und Zivilangestellte der Bundeswehr.

Im Appell des Darmstädter Signals, von dem dessen Namen herrührt, haben die Teilnehmer energisch dafür Stellung genommen, daß die Entspannungspolitik wiederaufgenommen und die Politik "von der Position der Stärke aus" in den Ost-West-Beziehungen eingestellt wird. Als unilateral vertrauensbildende Maßnahmen wird vorgeschlagen, der Ausrüstung ein Ende zu machen, sämtliche C-Waffen aus der BRD zu entfernen und die Einheiten nuklearer Waffen stark zu reduzieren. Weiter wird verlangt, die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in der BRD sofort einzustellen, Europa zur kernwaffenfreien Zone zu erklären und die Verfassungsbestimmung, daß die Bundeswehr eine reine Verteidigungsarmee zu sein hat, strikt zu befolgen; auch müsse man von allen militärischen Konzeptionen der NATO, die die Entwicklung neuer Waffen betreffen, Abstand nehmen.

Die Aktionen des Arbeitskreises, deren jüngste unlängst in Bonn stattfand und bei der die Militärpolitik der jetzigen Führung der BRD und der anderen NATO-Staaten scharf kritisiert wurde, machen dem Bundesverteidigungsministerium und dem Oberkommando der Bundeswehr schwer zu schaffen. Diese setzen Andersdenkende unter massiven Druck, erpressen und drangsaliieren sie unverhohlen. Ungeachtet dessen sind die Teilnehmer des Darmstädter Signals fest entschlossen, weiter für Frieden und allgemeine Sicherheit zu kämpfen.

Ich hatte gleich gewußt: Die kommunistische Presse wird aus der Katastrophe in Bhopal alles Erdenkliche herausholen, um den Westen anzuschwärzen. Wissen Sie denn nicht, daß die unterentwickelten Länder danke sagen müssen, wenn transnationale Konzerne, darunter US-amerikanische, bei ihnen Zweigstellen ins Leben rufen, und daß, wenn nicht alle der westlichen Technologie gewachsen sind und jemand etwas anstellt, was zu einer Katastrophe führt, nicht der "schonungslose und egoistische" Westen schuld daran ist?

Peter DOWNHILL
New York



Es diskutiert

der NZ-Kommentator

Lew

JELIN

Klagen Sie bitte nicht die kommunistische Presse an, sondern wenden Sie sich lieber der Presse zu, die Sie täglich lesen und der sie offenbar mehr glauben. Jedenfalls entsprechen Ihre Äußerungen 100prozentig der Einstellung der westlichen bürgerlichen Presse. Sie widerspiegeln eine ideologische Anschauung, die von "Newsweek", "Time", "New York Times" u. a. beharrlich und, nach Ihrem Schreiben zu urteilen, nicht ohne Erfolg ihren Lesern suggeriert wird.

Etwas sehr Ähnliches habe ich schon gelesen, z. B. in einer Artikelserie vom Januar d. J. über die Tragödie von Bhopal (wo nach dem Ausströmen von Gas in einem Betrieb der Union Carbide ungefähr 2500 Personen den Tod fanden) vom Nachrichtendienst der "New York Times". Da fragen US-Reporter, ob Leute, die weder Telefon noch Fernseher haben, mit der Technik eines modernen Betriebs überhaupt umgehen können. Oder die "Los Angeles Times": "Selbst die Präsenz eines so großen transnationalen Konzerns wie Union Carbide in einem Entwicklungsland kann dort die Befolgung der gebotenen Sicherheitsmaßregeln nicht gewährleisten. Die meisten Entwicklungsländer haben weder das Geld noch die Fähigkeit oder den Wunsch, für solche Maßregeln zu garantieren." Weiter im selben Tonfall wie die "New York Times": "Wenn eine Fabrik von uns in einem Land steht, wo die Arbeiter barfuß gehen, kann man sie schwerlich zwingen, die von der Sicherheitstechnik vorgeschriebenen Schuhe mit blechbenagelten Spitzen anzuziehen." Also keine Telefone, keine Anzuhe und folglich sind — ich zitiere Sie — "nicht alle der westlichen

Technologie gewachsen, was zu einer Katastrophe führt". Und die Multis behalten eine blütenreine Weste.

Ist ja prächtig und scheint sogar zu stimmen. In Wirklichkeit aber werden nicht objektive Tatsachen konstatiert, sondern wird eine nicht erst heute erdachte Angriffsmethode des Big Busineß angewandt. Wie man's auch dreht und wendet, die bürgerliche Presse wahrhaft ja dessen Interesse. In diesem Falle läßt sie unverblümt rassistische Argumente vom Stapel, um die Schuld an der Katastrophe auf die Inder abzuwälzen und zugleich den Lesern für die Zukunft diese Denkweise einzuhämmern.

Aber nun zu den Tatsachen. In Bhopal starben Menschen keineswegs deshalb, weil sie kein Telefon, keinen Fernseher und keine Schuhe mit Blech an der Spitze hatten. Schon 1975 und 1979 erörterten die Leiter der Union Carbide hinter verschlossenen Türen die ganz reale Möglichkeit einer Katastrophe in Bhopal. Das Risiko lag in zahlreichen Faktoren, so am Fehlen eines Computers, der in den Gasbehältern Temperatur und Druck kontrollieren müßte, und in der zu schwachen Kühlanlage.

Glauben Sie immer noch, daß die Inder selbst an ihrem Unglück schuld waren?

Dahinter steckt ein sehr, sehr ernstes Problem. Die noch aus der Kolonialzeit stammende wirtschaftliche Abhängigkeit der Entwicklungsländer macht ihnen häufig ein festes Auftreten den westlichen Konzernen gegenüber unmöglich. Ich meine damit, daß man Vertretern von Multis längst nicht immer, wenn man sollte, zeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Gewisse Leute im Westen untermauern so etwas theoretisch: Die Länder der dritten Welt müßten überhaupt dankbar sein, wenn transnationale Konzerne Zweigstellen bei ihnen aufmachen. Da diese Länder den Fortschritt wollen und ihren Bürgern Arbeitsplätze sichern möchten, müßten sie den Multis Zugeständnisse machen, will sagen: "schmutzige", gefährliche Betriebe bei sich aufnehmen.

Wenn das Gerechtigkeit sein soll, so ist das die Gerechtigkeit eines Banditen, der

berechnend ein schwaches Opfer ausnimmt. Hinter solchen "objektiven" oder "realistischen" Erwägungen steckt der Neokolonialismus, die Jagd nach Superprofiten. Marx sagte, daß das Kapital für 100% alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß stampft und bei 300% zu jedem Verbrechen bereit ist. In Asien sahen die US-Konzerne von jedem investierten Dollar durchschnittlich 4,25 oder gut 300% ab. Dieser Profit setzt sich aber auch aus Einsparungen an den Sicherheitsmaßnahmen zusammen. Das ist das Verbrechen der "Wohltäter", der Konzerne. In einem Betrieb ebenfalls von Union Carbide in Cimanggis (Indonesien) leiden von 750 Arbeitern 420 an schweren Nierenstörungen. Da hat der Konzern auch gespart. Muß das sein? Und wofür müssen die Entwicklungsländer danke sagen?

Übrigens gilt der Ausspruch von Marx nicht nur für die dritte Welt. Profit bleibt Profit, auch in den USA selbst. Oder glauben Sie etwa, Konzerne wie Union Carbide wären für ein paar hundert Prozent nicht bereit, an der Gesundheit der Amerikaner zu knausern? Ist Ihnen z. B. bekannt, daß in der Gegend eines Union-Carbide-Betriebs in Institute (Westvirginia) Fälle von Krebserkrankungen fast anderthalbmal so oft wie im Landesdurchschnitt vorkommen? Auch hier die Ursache: Der Konzern hat sich "unnötige" Unkosten für die Sicherheit erspart. Auch für Ihre Sicherheit, Mr. Downhill. Finden Sie nicht, daß die Multis mit Ihrem Leben und Ihrer Gesundheit genauso wie mit der eines Inder oder Indonesiers umspringen? Der einzige Unterschied ist, daß sich der Tod eines Amerikaners empfindlicher als der eines Inder auf den Aktienkurs des Mordkonzerns auswirkt. Deshalb denkt man an Amerikaner etwas mehr. Tröstet Sie das?

Verübeln Sie es der kommunistischen Presse also nicht, daß sie Bhopal nicht in Vergessenheit geraten läßt. Wir geben uns nicht wie etwa die "Newsweek" oder die "Time" mit dem Ausmalen von Katastrophen ab. Wir sehen unsere Aufgabe darin, zu schildern, was wirklich in Indien passiert ist. Wir möchten nicht, daß die "New York Times" und die "Los Angeles Times" der Welt einreden, schuld seien die Inder, die kein Telefon hätten. Der Schuldige, das schonungslose und eigennützige kapitalistische Busineß, muß festgenagelt werden. Darum und nicht, um den Westen "anzuschwärzen", haben wir über Bhopal und Cimanggis geschrieben und werden es auch weiter tun. Und über die US-Stadt Institute auch.

Nach bekanntem Vorbild



US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger gab für die "Washington Times" ein Interview. Er schimpfte auf die Kongreßmitglieder und alle, die, wie er meint, den Ernst der "russischen Gefahr" nicht erkennen und deshalb nicht für größere Militärausgaben stimmen. Auf dieser "Gefahr" ritt er andauernd herum. Als ihn jemand fragte: "Woran denken Sie gewöhnlich vor dem Einschlafen?", antwortete er wie aus der Pistole geschossen: "Daran, daß sie" (die Russen) "eines Nachts auf die Idee kommen werden, uns auf den Zahn zu fühlen". Hätte ihn jemand gefragt, wovon er nachts träume, so hätte er wahrscheinlich wie sein berühmt-berüchtigter Vorgänger Forrestal geantwortet: "Daß die Russen kommen."

Unpassende Gesellschaft

Margaret Thatcher wollte — so der "Observer" — in der Parlamentsgaststätte für Abgeordnete essen. Sie ging mit ihrem Parlamentssekretär Michael Alison hin. Der sah sich mißbilligend um. An den drei Tischen mit freien Plätzen saßen: Edward Heath (Ex-Premier), Francis Pym (Ex-Verteidigungsminister, von dem sich Mrs. Thatcher vor einiger Zeit "trennte") und der Modeschriststeller Julian Critchley, der früher Malern

Modell stand. Sie waren keine passende Gesellschaft für die Dame, so daß sie gehen mußte. Nach einem neuverarbeiteten System ist sie nun vor solchen Unannehmlichkeiten sicher. Wenn sie mal "mit den Volksvertretern" essen will, dann sucht ihr Assistent Tristan Garel-Jones vorher die Leute aus, die das Mahl mit ihr teilen und die Weisheitsbrocken, die sie von sich gibt, auflesen dürfen.

Wo bleibt da die Demokratie!

Erbost, weil der US-Kongreß seinen Antrag auf Bewilligungen für Hilfe an die nikaraguanischen Contras abgelehnt hat, zitierte Reagan die Führer der republikanischen Kongreßfraktion vor sein Angesicht und heizte ihnen tüchtig ein. Der TV-Gesellschaft ABC zufolge "schlug er im Wortsinn mit der Faust auf den Tisch" und erklärte: "Wir müssen erreichen, daß wir eine Außenpolitik betreiben können, wie wir sie für nötig halten, ohne Einmischung des 535-Ausschusses" (so nannte er verächtlich den Kongreß mit seinen 100 Senatoren und 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses). Wo bleibt da die Demokratie?

Darwin verboten

Dem belgischen "Soir" zufolge hat der türkische Unterrichtsminister in einem Rundschreiben den Schulunterricht in Darwinismus verboten, weil das "eine materialistische und gottlose Lehre" sei. Deshalb darf man den Schülern nicht sagen, daß diese Lehre die Naturgesetze erklärt. Den Darwinismus erwähnen darf man allerdings noch.

Mit Donner und Blitz



Die Gegner des anglikanischen Bischofs Jenkins, der es ablehnt, an die "unbefleckte Empfängnis", die Auferstehung Christi und andere biblische Wunder zu glauben, tun alles, um den "Ketzer" zu kompromittieren. So behaupten sie, ein Blitz, der einen Tag, nachdem Jenkins in Durham in den Bischofsrang erhoben worden war, in die dortige Kathedrale einschlug, sei ein Zeichen von "Gottes Zorn" darüber gewesen.

Sieg mit Ausnahmen

Bekanntlich werden Personen, die Washington Dienste erwiesen haben, aus Dankbarkeit oft als US-Botschafter ins Ausland entsandt, worüber das Personal des State Department ungehalten ist. Laut "Newsweek" haben "die Berufsdiplomaten im Kampf um lohnende Posten im Ausland einen beachtlichen Sieg über ihre langjährigen Gegner — Diplomaten, die aus politischen Rücksichten bestellt werden — davongetragen". Die letzteren dürfen jetzt nur noch drei Jahre amtieren. Allerdings mit Ausnahmen: Michael Mansfield, Botschafter in Japan, darf es acht und Maxwell Rabb, Botschafter in Italien, vier Jahre.

Zu Geld kommt Geld

Eine probate Methode, reicher zu werden, ist die Steuerhinterziehung. Darauf verstehen sich die Reichen Kanadas aus dem Effeff. Der Montrealer "Gazette" zufolge zahlten 1983 über 1100 Unternehmer (um 33 Prozent mehr als 1982) mit Jahreseinkünften über 100 000 Dollar keinen roten

Cent Steuern. 6700 Herrschaften mit Einkünften zwischen 50 000 bis 100 000 im Jahr entzogen sich unter verschiedenen Vorwänden ebenfalls dieser "Mißheiligkeit".

Memoiren eines Terroristen

Der "Tagesspiegel" (Westberlin) schreibt, John Hinckley, der im März 1981 auf Präsident Reagan schoß, für unzurechnungsfähig erklärt und der Strafe entzogen wurde, schreibe jetzt mit Hilfe eines Journalisten über das Attentat. Als Unzurechnungsfähiger darf er 25% des Honorars für das entstehende Buch beanspruchen.

Rekord mit Nutzeffekt



Die Schwedin Maj-Lis Johansson, eine Hausfrau aus Västerås bei Stockholm, wollte, laut "Gazette" (Kanada), schon immer ins Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen werden. Um das zu erreichen, strickte sie fast ununterbrochen 101 Stunden — mit einer 5-Minuten-Pause nach jeder Stunde.

Reiche Beute der Polizei

Bei einer Razzia in Hongkong wurden bei Straßenhändlern Waren für 44 000 Dollar beschlagnahmt. Man hatte gewichtigen Grund zu der Annahme, daß sich viele von ihnen aufs Fälschen verlegt hatten. Das hat sich bestätigt. Der Reuter-Agentur zufolge waren unter den beschlagnahmten Waren Uhren, T-Shirts und Brieftaschen mit Handelsmarken bekannter Firmen.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

Das Außenhandelsunternehmen
VNESHORGREKLAMA verfügt
über eine 20jährige Erfahrung
bei der Erfüllung von Werbeaufträgen
für ausländische Firmen in der UdSSR.

WIR BIETEN IHNEN UNSERE ZUSAMMENARBEIT AN— DEN WIRKSAMSTEN WEG AUF DEN SOWJETISCHEN MARKT

VNESHORGREKLAMA bietet:

- Kontakte mit Vertretern von potentiellen Kunden und Organisationen, die bei der Entscheidung über einen Kauf mitwirken.
- Beratung bei der Marktforschung für einzelne Waren und Dienstleistungen.
- Aufbau von kompletten Werbekampagnen.
- Werbung in der sowjetischen Fachpresse.
- Veranstaltung von Werbesymposien und Präsentationen.
- Außen- und Innenwerbung (Verkaufswerbung, Werbung in Sportstätten).
- Direct Mail.
- Herausgabe und Vertrieb von Werbe- und Informations-Sonderdrucken.
- Anzeigen im Handbuch „Businessman's Moscow“.
- Werbung im Rundfunk.
- Public Relations.
- Andere Werbedienstleistungen, die in der UdSSR üblich sind.

SOWJETISCHE
AUßENHANDELS-
WERBEORGANISATION
VNESHORGREKLAMA
UdSSR, 113461 Moskau, ul. Kachowka 31.
Telegrammadresse:
Moskau, Vneshtorgreklama
Telefon: 121-04-34
Telex: 411265

SDRAWOOD

14150 24 151 394 347
ZOLLVERW-R 1500 9003 1529
PLES



„Gesundheit und Frieden für die jetzige und für kommende Generationen“ — unter dieser Devise stand eine Schau der medizinischen Errungenschaften der Welt in den Ausstellungskomplexen Sokolniki und Krasnaja Presnja. Gejdar Alijew, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster stellvertretender des Mi-

Wanne für Unterwassermassage (CSSR)



nisterrats der UdSSR, betonte in seiner Begrüßungsrede an Teilnehmer und Gäste der Ausstellung:

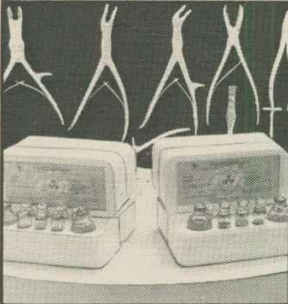
„Wir empfinden Genugtuung über die Aufmerksamkeit und das Interesse, das staatliche, geschäftliche und wissenschaftliche Kreise des Auslands an der dritten internationalen Ausstellung Sdrawoochranenije 85 bekundeten.“ An ihr beteiligten sich über 1000 Betriebe und Organisationen aus 24 Ländern und Westberlin.

Die UdSSR war auf der Ausstellung mit 4500 Exponaten aus allen Bereichen des Gesundheitswesens, der medizinischen Wissenschaft und Technik vertreten. Umfassend wurden die Leistungen von Firmen und Betrieben sozialistischer Staaten demonstriert. Industrie- und Handelsfirmen aus Österreich, Italien, den

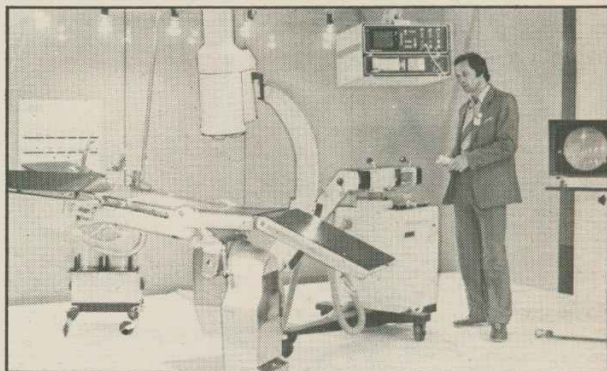
Am Eingang des sowjetischen Pavillons

USA, Frankreich, der BRD und einigen anderen kapitalistischen Ländern führten interessante Neuheiten vor.

Die Ausstellung Sdrawoochranenije 85 ermöglichte nicht nur eine Bekanntschaft mit den neuesten Mustern medizinischer Anlagen und Arzneimittel und einen Erfahrungsaustausch. Sie gab der Zusammenarbeit und der Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im medizinischen Bereich einen neuen Impuls.



Chirurgische Instrumente und Medikamente (Polen)



Feinrichtbarer Operationstisch (Ungarn)



Zahlenechograf (Italien)



Geräte zur Intensivtherapie (UdSSR)

Fotos: W. Panow